



Die Kommunistische Internationale

1925 / HEFT 12

1,50 MARK

AUS DEM INHALT

Varga: Wege u. Hindernisse der Weltrevolution / Kwiring
Lage und Aussichten der sozialistischen Industrie in der
Sowjetunion / Brown: Die Verfolgungen der KPE und die
Offensive gegen die Arbeiterklasse / A. Liss: Die Auf-
gaben der KP und der kommunistischen Gewerkschafts-
fraktionen / Bibliographie

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

VARGA: WEGE UND HINDERNISSE DER WELT- REVOLUTION

Die großen Entwicklungslinien der Weltwirtschaft und Weltpolitik — die ihrerseits den Gang der Weltrevolution bestimmen — scheinen uns — schlagwortartig zusammengefaßt — folgende zu sein:

1. Sowjetrußland bereits aufsteigend auf proletarischer Basis.
2. Amerika noch aufsteigend auf kapitalistischer Basis.
3. Asien in antiimperialistisch-revolutionärer Gärung.
4. Europa trotz zeitweiliger Stabilisierungstendenzen im Niedergang.

Wir wollen die einzelnen Punkte näher betrachten: nur der vierte kann bezweifelt werden.

1. Sowjetrußland ist ökonomisch und weltpolitisch in raschem Aufstieg begriffen: Im Wirtschaftsjahr 1925/26 wird das Vorkriegsniveau fast erreicht, im Wirtschaftsjahr 1926/27 sicher stark überschritten sein — wenn die kapitalistischen Mächte die Entwicklung nicht durch einen kriegerischen Angriff stören. Der wirtschaftliche Aufstieg bedeutet innerpolitische Stärkung des Sowjetregimes: immer festere Ausgestaltung des Klassenbündnisses zwischen Proletariat und werktätiger Bauernschaft. Das außenpolitische Gewicht der Union wächst von Tag zu Tag. Bei der Enge des Weltmarktes für industrielle Waren wird der steigende Absatz nach der Union für die kapitalistischen Länder Europas von großer Wichtigkeit. Die mit der Stabilisierungstendenz verbundene Verschärfung der außenpolitischen Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten zwingt dieselben, mit Sowjetrußland als außenpolitischen Faktor zu rechnen. Die gewaltigen Massen der in revolutionärer Gärung befindlichen Arbeiter und Bauern Asiens sehen in Sowjetrußland ihren natürlichen Bundesgenossen. Der beste Teil der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern — nicht nur die Kommunisten — sieht in Sowjetrußland seinen Staat, den Vorkämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse, den Beginn der Verwirklichung des „Endziels“ der sozialistischen Arbeiterbewegung, den Beginn der Realisierung des sozialistischen Zukunftsstaates, wie es die großen Utopisten geträumt hatten. Jeder Tag bedeutet einen weiteren Fortschritt: ökonomisch, innerpolitisch und weltpolitisch.

Das wirtschaftliche Aufblühen Sowjetrußlands zeigt empirisch-handgreiflich, daß die vom Kapitalismus geschaffenen Produktionskräfte vom Proletariat allein, ohne die Kapitalisten beherrscht werden können! Das kapitalistische System ist nicht ewig und unentbehrlich; die Arbeiterklasse kann ohne Kapitalisten die Produktion nicht nur beherrschen, sondern wird mit Hilfe der Planwirtschaft die kapitalistische Wirtschaft weit überflügeln. Diese Tatsache zwingt die Gegner der Revolution — vor allem die Sozial-

demokratie — zu einer grundlegenden strategischen Wendung in ihrem Kampfe gegen die Kommunisten, wie wir es später zeigen werden!

2. Der Gegenpol Sowjetrußlands in der kapitalistischen Welt sind die Vereinigten Staaten von Amerika! Sie befinden sich — ähnlich wie Sowjetrußland — im ökonomischen und weltpolitischen Aufstieg, aber auf kapitalistischer Basis! Das Tempo des Aufstieges ist ein viel langsames als in Sowjetrußland, aber absolut ist er natürlich heute noch viel größer.

Wie Sowjetrußland die Festung des revolutionären Proletariats der ganzen Welt, der Gravitationspunkt aller antikapitalistischen revolutionären Kräfte ist, so sind die Vereinigten Staaten das natürliche Zentrum aller antirevolutionären, kapitalistischen Kräfte. Amerika und nicht England, wie man allgemein annimmt! Wohl ist aktuell England das antirevolutionärste, Sowjetrußland feindlichste Land, weil die Herrschaft der englischen Bourgeoisie von der Weltrevolution bereits unmittelbar bedroht ist. Denn der englische Imperialismus ist ein verfallendes Gebilde: die Siedlungskolonien lösen sich los; die englische Arbeiterschaft ist bereits in stark revolutionärer Gärung; die unterdrückten Kolonialvölker rebellieren. Die englische Bourgeoisie hat ihre traditionelle politische Sicherheit verloren: schwankend, tastend versucht sie innerpolitisch und außenpolitisch einen Ausgang aus der seit fünf Jahren andauernden Krise zu finden. Die englische Bourgeoisie ist vielleicht noch stark genug, um einen räuberischen Überfall gegen Sowjetrußland zu organisieren, aber die wirkliche Führung der internationalen Bourgeoisie liegt nicht mehr bei der englischen, sondern bei der amerikanischen Bourgeoisie, denn nur der amerikanische Kapitalismus bewegt sich — zusammen mit den englischen Siedlungskolonien — noch auf einer steigenden Linie. Mag daher in diesem Moment noch die englische Bourgeoisie der Hauptfeind Sowjetrußlands und der Rufer im Kampf gegen den Kommunismus sein: auf weitere Sicht wird der Endkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat im internationalen Maßstab unter Führung der Vereinigten Staaten und der Union der Sowjetrepubliken ausgetragen werden.

Die Führung der ganzen kapitalistischen Welt liegt auch heute bereits bei den Vereinigten Staaten. Als einziger großer Kreditgeber zwingen sie alle bürgerlichen Staaten und Städte, Banken und Unternehmungen, Kaufleute und Grundbesitzer, sich um Kredite bei ihnen zu bewerben. Die großen englischen Siedlungskolonien: Kanada, Australien, Südafrika lösen sich vom verfallenden England immer mehr los und suchen Anschluß an die aufsteigenden Vereinigten Staaten. Mittel- und Südamerika wird zu einem Kolonialgebiet der Vereinigten Staaten. Selbst in Europa ist der Wille der amerikanischen Bourgeoisie ausschlaggebend: Washingtoner Konferenz, Dawesplan, Londoner Abkommen, Locarno, Schuldenvereinbarungen sind die sichtbarsten Ergebnisse dieser Einflußnahme . . .

Ideologisch steht die Weltbourgeoisie ganz unter dem Einfluß der amerikanischen. In rascher Folge erscheinen in Europa Bücher, die die technischen und organisatorischen Methoden der amerikanischen Bourgeoisie beschreiben und anpreisen. „Taylorismus“, „Fordismus“, „Standardproduktion“, das „laufende Band“, „Finanzierung des Konsums“ usw. sind die populärsten Schlagworte der europäischen Bourgeoisie geworden. Wie Sowjetrußland das Zentrum der revolutionären Bewegungen der Welt, das Ideal der revolutionären Arbeiter, so die Vereinigten Staaten das Zentrum

aller die kapitalistische Gesellschaftsordnung behahenden gegenrevolutionären Kräfte*, das Ideal der Bourgeoisie der ganzen Welt . . .

Selbstverständlich besteht — trotz der Parallele — eine grundlegende Differenz zwischen dem Verhältnis Sowjetrußlands zu den revolutionären Kräften und dem Verhältnis der Vereinigten Staaten zu den gegenrevolutionären Kräften der Welt. Die Sowjetunion strebt, ihrem Klassencharakter nach, die Befreiung aller unterdrückten Klassen und Völker als Selbstzweck an! Die Vereinigten Staaten müssen, ihrem kapitalistischen Charakter entsprechend, ihre Politik den Profitinteressen der Bourgeoisie unterordnen. Ihr Verhältnis zu anderen Ländern kann prinzipiell nur ein antagonistisches sein. Geben sie anderen Ländern Anleihen, unterstützen sie die Bourgeoisie irgendeines Landes, so bringen sie dieselbe hierdurch notgedrungen in Abhängigkeit von sich, verwandeln das Land in ihr Kolonialgebiet, beuten das Land aus. Daher können die Vereinigten Staaten niemals in der Weise das Zentrum der kapitalistischen Kräfte werden, wie die Sowjetunion das Zentrum der revolutionären Kräfte ist. In unserem Lager herrscht auf absoluter Gleichheit der Interessen basierte Einheit: im kapitalistischen Lager auf der Verschiedenheit und Gegensätzlichkeit der Interessen basierter Antagonismus. Dies ist — auf lange Sicht betrachtet — eine der Grundlagen unseres Sieges: denn niemals kann die Bourgeoisie ihre Kräfte international so einheitlich zusammenfassen, wie wir unsere Kräfte.

3. Asien — wozu wir in diesem Falle auch die nordafrikanischen Kolonien rechnen — befindet sich in einer antiimperialistisch-revolutionären Gärung! Revolutionärer Bürgerkrieg in China, Kolonialkriege in Syrien und Marokko, Gärung in Indien. Der Klassencharakter dieser antiimperialistischen Bewegung hat sich noch nicht herauskristallisiert. In den einigermaßen bereits kapitalistisch entwickelten Riesenreichen: in China und Indien, kämpfen Bourgeoisie und Proletariat um die Hegemonie in der Führung der Bauernschaft.

Während das Proletariat die national-imperialistische Linie hemmungslos verfolgen kann, wird die Bourgeoisie durch ihre Furcht vor dem Proletariat gehemmt. Als nationale Bourgeoisie kann sie mit allen anderen Klassen gegen die fremde Bourgeoisie, gegen den Imperialismus kämpfen; als Bourgeoisie hat sie gemeinsame Interessen mit der fremden Bourgeoisie an der Niederhaltung des nationalen Proletariats. Daher kann sie den antiimperialistischen Kampf nicht bis zum letzten Ende auskämpfen, sondern muß ein Kompromiß auf bürgerlicher Grundlage schließen! Wenn also die Führung der antiimperialistisch-revolutionären Bewegung der Bourgeoisie zufällt, so werden nach dem Siege aus China und Indien formell freie bürgerliche Staaten, wie Japan und die Türkei, werden, die aber ökonomisch auch weiterhin von den imperialistischen Mächten stark ausgebeutete „Halbkolonien“ bleiben.

Fällt die Führung des Kampfes dem Proletariat zu, so besteht die Möglichkeit, daß der nationale Befreiungskampf mit dem sozialen Befreiungskampf sich verschmilzt. Das Resultat des Kampfes würde ein tatsächlich freier Arbeiter- und Bauernstaat sein mit einem der Sowjetverfassung sehr ähnlichen Aufbau usw.

* Bezeichnend ist der Besuch der deutschen Gewerkschafter auf Staatskosten in Amerika, ihr Bestreben, die A. F. of Labour für Amsterdam zu gewinnen und in Deutschland amerikanische Methoden einzuführen.

1*
Druckfehlerberichtigung. 18. Zeile von unten lies statt national-imperialistische: national-antiimperialistische.

Ob nun die Bourgeoisie oder das Proletariat die Führung an sich reißen wird, hängt vom Verhalten der Bauernklasse ab, die in allen asiatischen Staaten zahlenmäßig ausschlaggebend ist.

Mag aber die gegenwärtige revolutionäre Gärung unter Führung der Bourgeoisie mit der Bildung „unabhängiger“ bürgerlicher Staaten oder unter Führung des Proletariats mit der Bildung wirklich unabhängiger Arbeiter- und Bauernstaaten enden, die Periode der ungehemmten Ausbeutung Asiens durch die europäischen imperialistischen Mächte ist für immer vorbei. Dies stärkt das außenpolitische Gewicht der Sowjetunion als natürliches Zentrum aller antiimperialistischen Kräfte; damit stürzt aber auch eine der Säulen der kapitalistischen Herrschaft in Europa!

Niedergang oder Stabilisierung des europäischen Kapitalismus

Wir haben bereits vor vier Jahren ausdrücklich darauf hingewiesen, daß innerhalb des Kapitalismus sowohl immanente Tendenzen als auch bewußte Bestrebungen zur Überwindung der besonderen Nachkriegskrise des Kapitalismus, zur Herstellung eines neuen Gleichgewichtes auf kapitalistischer Basis wirksam sind.* Ungefähr vor einem Jahre waren die Kommunisten — auf Grundlage unverkennbarer Tatsachen — genötigt, eine gewisse „Stabilisierung“ des Kapitalismus zu konstatieren. Eine Stabilisierung in dem Sinne, daß keine „akut revolutionäre Situation“ vorliegt, d. h. aussichtsreiche Kämpfe um die Machtergreifung nicht aktuell sind. Seither ist ein Jahr vergangen; wir wollen versuchen, auf Grundlage einer um ein Jahr längeren Erfahrung nochmals zu erörtern, was eigentlich dieser Stabilisierungsprozeß bedeutet, wie tief er gedungen ist, wie lange seine Dauer eingeschätzt werden kann?

Wenn wir von Stabilisierung sprechen, so haben wir natürlich nur den europäischen Kapitalismus im Auge! Der Kapitalismus in Amerika und in den englischen Siedlungskolonien (Australien, Südafrika) entwickelte sich auch während des Krieges und der Nachkriegszeit auf einer aufsteigenden Linie; er war bisher noch niemals so weit erschüttert, daß akut-revolutionäre Situationen entstanden wären.

Wenn wir das Ende des Jahres 1923 — nach den Oktoberniederlagen der deutschen Arbeiterklasse — als Endpunkt der Periode der aktuell revolutionären Situationen annehmen, dann kann die „Stabilisierungsperiode“ in allgemeinen Zügen folgendermaßen charakterisiert werden:

Die objektiven Tendenzen und die zielbewußten Bestrebungen zur Wiederherstellung des kapitalistischen Gleichgewichtes führten dazu, daß der europäische Kapitalismus sich äußerlich seinem Vorkriegszustand genähert hat; aber die Veränderungen seiner Struktur während des Krieges und in der Nachkriegszeit waren so tiefgehend, daß es unmöglich ist, das Gleichgewicht der Weltwirtschaft so wiederherzustellen, wie es vor dem Kriege bestand, als Europa der Mittelpunkt des Weltkapitalismus war. Die inneren Widersprüche des Kapitalismus offenbarten sich, bedingt durch seine veränderte Struktur, in immer höherem Maße und werden schließlich in nicht allzu ferner Zukunft zur Untergrabung der Stabilisation führen.

* Siehe E. Varga: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, II. Auflage.

Die Stabilisierungselemente

Vergleichen wir die gegenwärtige Lage des europäischen Kapitalismus mit seiner Lage vor drei Jahren, dann finden wir folgende Elemente, die sie der Vorkriegszeit annähern. Auf dem Gebiete der Wirtschaft: Der kapitalistische Zirkulationsmechanismus ist größtenteils wiederhergestellt. Die meisten europäischen Länder (Frankreich, Italien, Polen und einige kleine Länder ausgenommen) haben ihre Währung stabilisiert. Einige Länder — England, Holland, die Schweiz — sind zum freien Geldverkehr auf Goldbasis zurückgekehrt. Infolgedessen sind die Hindernisse der Produktion beseitigt worden; damit ist die äußere Möglichkeit einer Akkumulation und Reproduktion auf erweiterter Grundlage gegeben.

Diese „Normalisierung“ des Kapitalismus hat auf das europäische Proletariat im großen und ganzen beruhigend gewirkt. Die gewaltige elementare revolutionäre Welle der ersten Nachkriegsjahre hat sich zu einem Teil in erfolglosen Kämpfen um die Macht gebrochen; zum Teil infolge der Normalisierung des Zirkulationsmechanismus verflüchtigt. Teile des Proletariats — von der Sozialdemokratie stark in diesem Sinne beeinflusst —, verfielen in die Illusion, daß ein ähnlicher stetiger Aufstieg in der Lebenshaltung wie in der Vorkriegszeit auch jetzt möglich sei. Diese Illusion wurde von den Kapitalisten bewußt genährt durch die starke Ausdehnung der Spannung zwischen den Löhnen der gelernten und ungelerten Arbeiter. Der subjektive Faktor der Revolution, das Proletariat, verlor auf diese Weise viel von seiner Schlagkraft, was stark zum Verschwinden der akut-revolutionären Situation beitrug. Gleichzeitig gewannen die herrschenden Klassen — unter Führung der Großbourgeoisie vorübergehend gegen das Proletariat geeint — ihr früher stark erschüttertes Selbstbewußtsein wieder. Erst in jüngster Zeit sehen wir wieder ein starkes Ansteigen der Arbeiterbewegung, die sich aber vorläufig nicht auf die Machtergreifung, sondern auf die Besserung der Lage der Arbeiterschaft innerhalb des kapitalistischen Systems richtet, ähnlich wie in der Vorkriegszeit. Erst die Erfahrung, daß der europäische Kapitalismus infolge der vor sich gegangenen Strukturveränderungen unfähig ist, diese ökonomischen Forderungen zu befriedigen, wird den Kampf notgedrungen auf das politische Gebiet überführen.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Tatsache, daß die Stabilisierung des europäischen Kapitalismus, insbesondere die Wiederherstellung eines normalen Zirkulations- und Kreditmechanismus, nicht aus eigener Kraft Europas erfolgte. Die Stabilisierung erfolgte durch die von dem noch im Aufstiege begriffenen Teil des Weltkapitalismus gewährte Hilfe. Sämtliche Valutastabilisierungen wurden mit Hilfe amerikanischer Kredite durchgeführt, selbst die englische. Das einzige Land, das eine Valutastabilisierung ohne große Auslandskredite versuchte, war Polen. Der Versuch endete mit einem starken Mißerfolg: der Zloty ist Ende November bereits auf die Hälfte seines Goldwertes gesunken.

Die „Hilfe“ Amerikas, obwohl in eine humanitäre Ideologie eingekleidet und zum Teil tatsächlich diktiert durch das Interesse der amerikanischen Bourgeoisie selbst, in Europa keine revolutionäre Situation aufkommen zu lassen, wird natürlich nicht umsonst gewährt. Es müssen nicht nur gute Zinsen gezahlt werden, auch die Rolle der europäischen Schuldnerländer im Weltkapitalismus wird hierdurch grundlegend modifiziert.

Die Strukturänderungen des europäischen Kapitalismus der Nachkriegszeit

Die Geschichte des Kapitalismus kennt bisher zwei Perioden: die von Marx analysierte Periode des auf freier Konkurrenz basierten Kapitalismus und die von Lenin analysierte Periode des Imperialismus. Die Frage, die noch theoretisch erörtert werden müßte, ist, ob die gegenwärtige Krisenperiode einfach als ein Teil der normalen imperialistischen Periode aufzufassen ist, oder als eine „Niedergangsperiode“ des Kapitalismus, wie ich sie benannt habe. Die Entscheidung dieser Frage entscheidet zugleich den Charakter der gegenwärtigen „Stabilisierung“ des Kapitalismus: ob dieselbe eine vorübergehende Episode innerhalb der Niedergangsperiode, oder aber der Beginn eines neuen „normalen“ Zeitalters des Imperialismus ist?

Wir wollen nun versuchen, einige „strukturelle“ Änderungen aufzuzeigen, die den Gedanken nahelegen, daß es sich wirklich um eine neue Periode des Kapitalismus handelt und daß die Stabilisierung nur eine vorübergehende Episode ist.

1. Mit der Entstehung der Sowjetunion ist ein bedeutender Teil der Welt, ein Sechstel der Erde, ein Zehntel der Erdbevölkerung, bereits aus dem Kapitalismus ausgeschieden.

2. Die Grundlage des europäischen Imperialismus, die monopolistische Ausbeutung der Kolonien und Halbkolonien, ist im Verschwinden begriffen! Die selbständige Türkei, das sich befreiende China, die Kämpfe in Marokko und Syrien, die revolutionäre Gärung in Indien und Ägypten sind der Beweis dafür. Auch wo das koloniale Verhältnis noch besteht, wird der koloniale Extraprofit durch die erhöhten Kosten des Gewaltapparates und durch abgerungene Konzessionen an die unterdrückten Völker aufgezehrt.

3. Die soziale Basis der Herrschaft der europäischen Kapitalistenklasse verengert sich von Tag zu Tag. Der Kreis der am Bestehen des Kapitalismus Interessierten wird immer kleiner. Die eigentliche herrschende Klasse wird objektiv immer stärker isoliert.

Die ökonomische Basis dieser Erscheinung ist folgende:

a) Der Konzentrationsprozeß des Kapitals — eine Erscheinung, die sich in der Periode des freien Kapitalismus, des Imperialismus, des Weltkrieges und des Niederganges gleicherweise vollzieht — bedeutet allgemein die Tendenz der immer schärferen Abtrennung der Kapitalistenklasse von allen übrigen Klassen. Die Konzentration hat zwei Formen: Konzentration infolge Akkumulation des Kapitals, und Konzentration infolge von Zentralisation des Kapitals.* Ersteres bedeutet, daß ein Teil des Profits zum Kapital geschlagen wird und die Produktion auf höherer Stufenleiter fortgesetzt wird. Das zweite bedeutet, daß bereits gebildete kleine Kapitale sich im Konkurrenzkampf als lebensunfähig erweisen und von den größeren Kapitalisten aufgesaugt werden.

* Siehe Kapital, Band 1, Seite 590:

„Zentralisation ist . . . Konzentration bereits gebildeter Kapitale, Aufhebung ihrer individuellen Selbständigkeit, Expropriation von Kapitalist durch Kapitalist . . . er unterscheidet sich vom ersteren (der Konzentration) dadurch, daß er nur veränderte Verteilung der bereits vorhandenen und funktionierenden Kapitale voraussetzt . . .“

Eine wichtige strukturelle Änderung des europäischen Kapitalismus in der Niedergangsperiode besteht nun darin, daß der Konzentrationsprozeß in erster Linie durch Zentralisation und nicht durch Akkumulation vor sich geht; ferner, daß der Geltungsbereich des Zentralisationsprozesses sich auf ein viel breiteres Gebiet ausdehnt.

Vor dem Kriege vollzog sich der Zentralisationsprozeß nicht in allen Sphären des Kapitals, sondern nur in jenen, wo eine unmittelbare Konkurrenz um den Absatz stattfindet: Industrie-, Handel- und Landwirtschaftskapital. Das Leihkapital blieb davon verschont: hatte jemand eine noch so kleine Spareinlage bei einem Geldinstitut oder in fix verzinslichen Wertpapieren (staatliche, kommunale Obligationen, Rentenbriefe usw.) angelegt, so unterlag dasselbe nicht der Enteignung durch Zentralisation.

Die Inflation bedeutet eine Ausdehnung der Zentralisation auf das Gebiet des Leihkapitals, und zwar eine Enteignung, die bis nahe an 100 Prozent aller in diese Kategorie fallenden Werte gegangen ist. (Eine Ausnahme bildet England und einige neutrale Staaten.) Die ganze Klasse der Rentner — eine der verlässlichsten und breitesten Stützen des Kapitalismus — ist fast restlos verschwunden.* Die Enteignung der Ersparnisse der Bauernklasse durch die Inflation hat den Prozeß der Zentralisation in der Landwirtschaft — wo das Tempo im normalen Kapitalismus aus speziellen Gründen ein viel langsames ist — außerordentlich beschleunigt und die am Bestehen des Kapitalismus interessierte Schicht der Bauernschaft sehr verkleinert. Ebenso wurden die Ersparnisse der Arbeiteraristokratie im Wege der Inflation enteignet.

b) Das sukzessive Verschwinden der kolonialen Ausbeutung nimmt der europäischen Bourgeoisie die Möglichkeit, einen Teil der Arbeiterschaft als Arbeiteraristokratie vom Gesamtproletariat durch Beteiligung an den kolonialen Extraprofiten abzuspalten und auf ihre Seite herüberzuziehen.** Eine der Grundlagen des Imperialismus, das Zusammengehen eines Teiles der Arbeiterschaft mit der Bourgeoisie, verschwindet.

c) Die Vorherrschaft des westeuropäischen Kapitalismus war nicht nur auf die unmittelbare Ausbeutung der Kolonien und Halbkolonien basiert, sondern auch auf seine Vormachtstellung als „Industrielle Werkstätte der Welt“. Die Preise der mit einem Kapital von hoher organischer Zusammensetzung produzierten europäischen Waren enthielten — da die Tendenz zur gleichen Profitrate den Austausch zu den Produktionspreisen erheischte — weniger Arbeitszeit als die gleichen Preise der mit niedriger organischer Zusammensetzung produzierten Waren der wirtschaftlich minder entwickelten Länder. Das industrielle Westeuropa erhielt mehr Wert im normalen Warenaustausch mit den anderen Weltteilen, als es selbst hingab. Anders ausgedrückt: die Arbeitsstunde des westeuropäischen Arbeiters wurde international höher bewertet als die Arbeitsstunde der anderen Arbeiter.

* Wir erinnern an die große Bedeutung, die Lenin der Tendenz zur Entwicklung eines „Rentnerstaates“ im Imperialismus zuschreibt. Lenin: Der Imperialismus als letzte Phase des Kapitalismus. Seite 102 ff.

** Die Bourgeoisie vergrößert zwar die Spannung zwischen den Löhnen der gelernten und ungelerten Arbeiter, aber weniger durch reale Erhöhung der Lebenshaltung der gelernten Arbeiter als durch Herabdrückung des Lebensniveaus der ungelerten Arbeiter.

Dieser Vorteil des europäischen Kapitalismus ist durch die fortschreitende Industrialisierung der früher agrarischen Gebiete ebenfalls im Verschwinden.

d) Endlich ist der westeuropäische Kapitalismus als Ganzes — mit Ausnahme Englands — aus einem Kapitalexport- zu einem Kapitalimportgebiet geworden. Statt wie früher den Profit aus den Kapitalanlagen im Ausland zu beziehen, ist es jetzt genötigt, einen großen Teil des in Europa enteigneten Mehrwerts an Amerika abzugeben als Zinsen der Kriegsschulden und Anleihen, als Profit des hier angelegten amerikanischen Kapitals. Der Reihe nach verfallen die Länder Europas in eine finanzielle Abhängigkeit von dem Kapital der Vereinigten Staaten, werden tatsächlich — wenn auch nicht formell — zu Kolonien Amerikas.

Das Ergebnis dieser strukturellen Änderungen ist ein klaffender Widerspruch zwischen den Produktions- und den Verwertungsmöglichkeiten der westeuropäischen Industrie: der großindustrielle Produktionsapparat ist infolge des während des Krieges und in der Nachkriegszeit wirksam gewesenen Zentralisationsprozesses außerordentlich erweitert. (Technisch insbesondere durch die Umstellung der Kriegsindustrie auf Friedensproduktion und die Aufhäufung von „Sachwerten“ in der Inflationszeit.) Es gibt aber keine Verwertungsmöglichkeit für die Produkte. Der innere Markt ist infolge des vorangegangenen Zentralisationsprozesses, der niedrigen Arbeitslöhne und starker Arbeitslosigkeit für Waren des Massenkonsums wenig aufnahmefähig. Der Export ist durch die Industrialisierung der früheren Agrarländer, durch die Konkurrenz der Vereinigten Staaten, deren Bourgeoisie Industriewaren in Form von Kapitalexport auf den Weltmarkt wirft, durch das Ausscheiden der Sowjetunion aus der Reihe der bürgerlichen Staaten, durch die revolutionäre Gärung Asiens behindert. Daher Stillstehen eines großen Teiles des industriellen Produktionsapparates und Massenarbeitslosigkeit — nicht nur in den Krisenphasen —, sondern als ständige Erscheinung.

Die strukturellen Veränderungen, die im Kapitalismus Europas vor sich gegangen sind — Verschwinden der Rentnerklasse, rasches Zusammenschrumpfen überhaupt aller Mittelschichten, Verlust der industriellen Vormachtstellung, Verlust oder Verminderung der kolonialen Profite, Verwandlung aus einem Kapitalexportgebiet in ein Kapitalimportgebiet — haben nicht die Tendenz zu einer rückläufigen Entwicklung. Es sind nicht Teile einer zyklischen Bewegung, sondern ein Prozeß, der nicht umkehrbar ist. Dies scheint uns bei der Beurteilung der Frage von entscheidender Wichtigkeit zu sein.* Nur die Disproportionalität zwischen Produktions- und Verwertungsmöglichkeiten der europäischen Industrie könnte theoretisch durch eine massenhafte Schließung der industriellen Produktionsstätten — wie das momentan in Deutschland tatsächlich geschieht — durch Massenauswanderung oder Massenverhungern des „überflüssigen“ Teiles des industriellen Proletariats, durch Vernichtung eines großen Teiles der im Imperialismus entwickelten Produktionskräfte beseitigt werden. Aber dies bedeutet ja eben den Niedergang des Kapitalismus, bedeutet eine solche Belastungsprobe für das kapitalistische System, die es kaum ertragen könnte.

* Daher erwähnen wir hier nicht jene schweren Krisenerscheinungen, die aus einer Disproportionalität stammen, die aber eine immanente Ausgleichstendenz in sich tragen: Kohlenkrise, Schifffahrtskrise usw.

Auf Grundlage dieser Erwägungen sind wir der Meinung, daß die gegenwärtige Stabilisierung nicht der Beginn einer neuen Periode des Aufstiegs, sondern nur eine vorübergehende Episode in dem Niedergang des europäischen und — in weiterer Ferne — des Weltkapitalismus darstellt.*

Die Wirtschaftslage Europas im Jahre 1925

Wir wollen nun kurz einen Vergleich anstellen zwischen der Wirtschaftslage Europas Ende 1925 und Ende 1924, um zu sehen, ob der Stabilisierungsprozeß im Verlaufe eines Jahres Fortschritte gemacht hat oder nicht. Wir wollen nur die allgemeinsten Umrisse geben; ziffernmäßiges Material findet sich reichlich in unseren Vierteljahresberichten.

Wenn wir die Wirtschaftslage Europas heute mit der vor einem Jahre vergleichen, so finden wir keine nennenswerte Besserung. Es hat sich noch immer kein einheitlicher Konjunkturgang für alle europäischen Länder herausgebildet; es ist noch immer unmöglich, zu entscheiden, ob das Jahr 1925 als eine Konjunkturphase oder eine Krisenphase zu betrachten ist. Dieser Umstand erschwert natürlich sehr die Beurteilung, ob die Stabilisierung fortschreitet oder nicht, denn ein richtiger Vergleich läßt sich nur zwischen gleichen Phasen des Konjunkturzyklus anstellen. Im allgemeinen läßt sich folgendes sagen:

Europa hatte in diesem Jahre eine außergewöhnlich gute Ernte, und man hätte erwarten können, daß sich infolgedessen auch die industrielle Produktion entschieden bessern wird. Dies ist aber nicht eingetreten. Einzelne Industriezweige: Textilindustrie, Bauindustrie, zeigen zwar eine Besserung, hingegen die Schwerindustrie nicht. Dies geht aus folgenden zusammenfassenden Daten hervor.

Zusammenfassende Daten über die Wirtschaft Europas
(ohne Sowjetrußland):

	Produktion			
	Mill. Tonnen Kohle ¹	Mill. Tonnen Eisen ²	1000 Tonnen Stahl ³	1000 Tonnen Schiffbau ³
1924 Monatsdurchschnitt	43,7	2,51	2,70 (30. 9. 24)	2205
1925 Januar	46,4	2,69	3,00 (31. 3. 25)	2041
1925 August	37,7	2,46	2,54 (30. 9. 25)	1863

* Es ist der Gedanke aufgetaucht, der europäische Kapitalismus könnte mit Hilfe des amerikanischen Kapitals ebenso auf längere Zeit zu einer neuen Blüte gelangen wie der amerikanische Kapitalismus im 19. Jahrhundert mit Hilfe des europäischen Kapitals. Wir glauben, daß dieser Gedanke ganz und gar unrichtig ist. Amerika konnte sich mit Hilfe des europäischen Kapitals entwickeln, weil es ein Gebiet mit riesigen Naturschätzen, mit „unbegrenzten“ Möglichkeiten war, und weil der Aufstieg im Rahmen eines aufsteigenden Weltkapitalismus vor sich ging. Für das zersplitterte, von imperialistischen Gegensätzen zerfleischt, seiner industriellen und imperialistischen Vormachtstellung beraubte, von schwersten Klassenkämpfen fieberhaft durchrüttelte, von dem Gespenst Sowjetrußlands verfolgte Europa gibt es diese Möglichkeit nicht.

¹ Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Saargebiet, Tschechoslowakei.
² Obige Staaten plus Luxemburg und Schweden.
³ Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Holland.

Am besten wird vielleicht die Lage durch die Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Wenn wir die letzten prozentuellen Daten der Arbeitslosigkeit mit dem entsprechenden Monat 1924 vergleichen, so ergibt sich folgendes Bild:

	England	Belgien	Dänemark	Deutschland	Holland	Norwegen	Schweden
1924 Aug.	--	5,5	—	—	—	—	—
Sept.	—	—	—	—	8,2	5,2	7,0
Okt.	—	—	7,0	8,4	—	—	—
1925 Aug.	—	3,9	—	—	—	—	—
Sept.	—	—	—	—	8,3	12,8	8,5
Okt.	11,3	—	12,0	5,8	—	—	—

Diese Zahlen sind bereits veraltet: in einigen Ländern, vor allem in Deutschland, hat sich seither eine ganz rapide Verschlechterung des Arbeitsmarktes vollzogen. Auch fehlen einige Länder mit verhältnismäßig sehr großer Arbeitslosigkeit, wie Polen, Österreich, Ungarn usw. Es kann festgestellt werden, daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Europa Ende 1925 keinesfalls geringer ist als Ende 1924.

Was die Valutaverhältnisse anbelangt, so wurde die englische und holländische Valuta im Laufe des Jahres durch Wiedereinführung des freien Geldverkehrs auf Goldbasis gestellt, hingegen hat die Anfang 1924 stabilisierte polnische Valuta ihre Stabilität verloren und ist Ende November auf die Hälfte ihres Goldwertes gefallen. Auch die Valuten Frankreichs und Italiens stehen gegenwärtig bedeutend niedriger als vor einem Jahre. Dagegen ist ein starker Fortschritt in der Fundierung der interalliierten Schulden erreicht worden, wie auch eine Besserung im gesamten Außenhandel.

Wenn wir ganz kurz die Wirtschaftslage der einzelnen wichtigsten kapitalistischen Länder betrachten, so finden wir folgendes:

In England Fortdauer der chronischen Krise. Die absolute Zahl der ausgewiesenen unterstützten Arbeitslosen nur um einige Zehntausend kleiner als vor einem Jahre; diese Verminderung zum großen Teil nur fiktiv, weil die Bedingungen der Gewährung von Arbeitslosenunterstützung verschlechtert wurden. Die Besserung in der Schwerindustrie zum großen Teil geschuldet dem bereits monatelang dauernden Streik der Anthrazit-Bergarbeiter in Amerika, der eine erhöhte Kohlen- und Eisenausfuhr aus England ermöglicht. Die Textilindustrie noch immer mit verkürzter Arbeitszeit arbeitend;* Maschinenbau, Schiffbau usw. weiter in schwerer Krise.

In Frankreich fortschreitende Inflation, und dementsprechend eine Scheinblüte der Industrie mit starker Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und günstiger Außenhandelsbilanz: Erscheinungen, die wir aus der Inflationsperiode in Deutschland gut kennen. Die Stabilisierung des Franken wird eine ähnliche Krise wie in Deutschland und in England, vielleicht in noch schärferer Form, mit sich bringen.

* Die Schädigung der englischen Baumwollindustrie durch den chinesischen Freiheitskampf und den Boykott englischer Waren zeigen folgende Zahlen:

Die Ausfuhr von Textilwaren aus Lancashire nach China betrug in Millionen Quadratyard:
 1925: Januar 27,8, August 8,6,
 März 17,7, Sept. 8,5.

In Deutschland Besserung der Wirtschaftslage in den Frühjahrs- und Sommermonaten unter dem Einfluß des Zuströmens ausländischen Kapitals; scharfe Verschlechterung, die bereits einen Krisencharakter annimmt, in den Herbstmonaten. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen stieg Ende des Jahres auf 1 465 000, was bei den sehr strengen Bedingungen der Gewährung von Arbeitslosenunterstützung in Deutschland das Zwei- bis Dreifache an tatsächlichen Arbeitslosen bedeutet. Massenhafte Stilllegung von Betrieben, Konkurse und Geschäftsaufsichten zeigen, daß Deutschland in eine neue, sehr schwere Krisenphase eingetreten ist.

In Polen katastrophaler Sturz der Valuta. Kursschwankungen bis zu 25 bis 30 Prozent täglich. Vollständige Zerrüttung des Wirtschaftslebens, massenhafte Arbeitslosigkeit, vollkommene Ratlosigkeit bei der Bourgeoisie.

Eine etwas bessere Wirtschaftslage in Italien und in einigen neutralen Ländern: Stabilisierungskrise und große Arbeitslosigkeit in Norwegen, Dänemark, Österreich, Ungarn.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das ganze Bild der europäischen Wirtschaftslage um die Jahreswende 1925 nicht als günstiger beurteilt werden kann als vor einem Jahre. Die Stabilisierung hat — abgesehen von der Schuldendfundierung und der Besserung des Außenhandels — keine irgendwie offenkundigen Fortschritte gemacht. Ein genaueres Urteil wird sich erst geben lassen, wenn die wirtschafts-statistischen Daten bis Ende des Jahres vorliegen werden.

Sozialdemokratie und weißer Terror

Die von uns geschilderten strukturellen Veränderungen im europäischen Kapitalismus führen automatisch zu einer Isolierung der Großbourgeoisie, zu einer sukzessiven Verringerung jener Bevölkerungsschicht, die am Bestehen des Kapitalismus ökonomisch interessiert ist. Mit der Enteignung der Rentner, mit der systematischen Verdrängung und Expropriierung der kleinen Eigentümer in Industrie und Handel, mit der Unmöglichkeit für die europäische Bourgeoisie, wenigstens einem Teil der Arbeiterklasse eine erhöhte Lebenshaltung zukommen zu lassen, wird die Bourgeoisie immer mehr von den anderen Bevölkerungsschichten isoliert, werden die Klassengegensätze objektiv immer schärfer. Dagegen muß festgestellt werden, daß die Schlagkraft des subjektiven Faktors, des revolutionären Teiles des Proletariats, gegenüber den Jahren unmittelbar nach Kriegsende sich verringert hat. Das Nichtvorhandensein von akut revolutionären Situationen ist unseres Erachtens in viel höherem Maße im subjektiven Faktor als in den ökonomischen Bedingungen zu suchen.

Die Bourgeoisie bedient sich, um die Kräfte des subjektiven Faktors der Revolution zu schwächen, vor allem zweier Mittel: der Sozialdemokratie und des weißen Terrors. Die zwei Methoden schließen sich nicht aus, sondern können — wie das Beispiel Ungarns, Polens, Bulgariens zeigt — gleichzeitig angewendet werden. Wir wollen versuchen, die Art des Wirkens dieser zwei Kräfte, wenn auch nur skizzenhaft, zu charakterisieren.

In der Taktik der Sozialdemokratie uns gegenüber vollzieht sich gegenwärtig — wie wir glauben — eine tiefgehende Wandlung, als Folge der bis-

her geschilderten Änderungen der Weltlage. Es wäre notwendig, diese Änderung, die erst im Werden begriffen ist, eingehend zu analysieren. Folgendes gibt einige Gesichtspunkte hierzu:

Die Wendung steht in engstem Zusammenhang mit dem ökonomischen Aufschwung Sowjetrußlands, den man vor der europäischen Arbeiterschaft nicht länger verheimlichen kann. Die bisherige Basis der Taktik der Sozialdemokratie uns gegenüber war:

Diktatur des Proletariats bedeutet Elend und Hunger für die Arbeiterklasse, ökonomischen und kulturellen Verfall.

Mit dieser Parole suchten sie — nicht ohne Erfolg — viele ehrlich-revolutionäre Elemente der Arbeiterschaft vom revolutionären Weg wegzulenken, vom Anschluß an die Kommunistische Partei abzuhalten, in ihrem eigenen Lager zu behalten. Angesichts des raschen wirtschaftlichen Aufstiegs Sowjetrußlands kann diese Plattform nicht weiter angewendet werden. Die Sozialdemokratie ist jetzt im Begriff, eine neue Plattform folgenden Inhalts auszuarbeiten:

1. Der ökonomische Aufschwung Sowjetrußlands sei die Folge der Rückkehr zum Kapitalismus. In Sowjetrußland herrsche nicht mehr die Arbeiterschaft, sondern eine neue Bourgeoisie im Wege einer machtbegierigen Clique früherer Arbeiterführer. In Rußland gebe es keine „Diktatur des Proletariats“, sondern einen primitiven, unkultivierten „schlechten“ Kapitalismus, der die Arbeiterschaft stärker ausbeutet und unterdrückt als der „kulturelle“ Kapitalismus der alten kapitalistischen Länder.

2. Der Aufstieg der Arbeiterschaft sei auch innerhalb des Kapitalismus möglich. Der Weg hierzu sei:

a) die Eroberung der parlamentarischen Mehrheit durch Gewinnung der Bauernschaft;

b) der Ausbau der politischen Demokratie zur „Wirtschaftsdemokratie“.

Die Eroberung der parlamentarischen Mehrheit erfordert die Gewinnung weiterer Bauernschichten für die Sozialdemokratie. Dies wird vor allem von der SP Österreichs gegenwärtig sehr zielbewußt angestrebt.

Otto Bauer — den Lenin einmal in einem Privatgespräch mit dem Schreiber dieser Zeilen „den klügsten, daher gefährlichsten Menschewik“ nannte — schreibt vor dem jüngsten Parteitag der SP Österreichs:*

„Eine weitere Industrialisierung Österreichs, die die industrielle Arbeiter- und Angestelltenschaft allein zur Mehrheit des Volkes machen würde, dürfen wir nicht erwarten. Daher wird es zur wichtigsten Aufgabe der Partei, der industriellen Arbeiter- und Angestelltenschaft die Bundesgenossen zu erobern, mit denen vereint sie erst imstande sein wird, die Herrschaft der Bourgeoisie über die Republik zu brechen. Unsere bisher ohne klare einheitliche Richtlinien betriebene Werbearbeit in den Dörfern durch ein den Massen des Landvolkes verständliches, von ihren praktischen Bedürfnissen ausgehendes Agrarprogramm, einheitlicher, zielbewußter und dadurch wirksamer zu gestalten, wird daher die wichtigste Aufgabe des heurigen Parteitages sein.“

Um die Bauern zu gewinnen, versichert er weiter:

„daß der Sozialismus nicht daran denken kann, die Masse der Bauern zu enteignen, haben Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht, Karl Kautsky immer wieder übereinstimmend ausgesprochen“.

* „Der Kampf“, November 1925, S. 403.

Er zeichnet das Verhältnis des Bauerntums zu dem vom Proletariat beherrschten Staatswesen ziemlich richtig wie folgt:

„Die sozialistische Gesellschaft wird begründet werden durch eine Reihe von Enteignungsakten, die die Großindustrie, den Großgrundbesitz, den Großhandel und das Bankwesen den Kapitalisten entreißen, dem Gemeinwesen überantwortet werden. Durch diese Expropriationsakte wird nun allerdings sofort die Macht des Gemeinwesens über die bäuerliche Wirtschaft gestärkt; denn sobald das Gemeinwesen einerseits die Großindustrie, die den Bauern Maschinen, Geräte, Gebrauchsgegenstände liefert, andererseits den Großhandel beherrscht, der die Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft vertreibt, hat das Gemeinwesen die Macht, durch das Mittel der Bestimmung der Preise das Realeinkommen der Bauern, ihren Anteil am Realeinkommen des Gesamtvolkes zu regeln.“

Wir sehen: Otto Bauer hat manches von den Bolschewiki gelernt. Was er aber nicht gelernt hat und offenbar niemals lernen wird, wo er wie die Katze um den Brei herumgeht, das ist die Frage: Wie die Macht erobern? Hier gelangt er nur bis zur stammelnden Frage:

„Geist und Gewalt, Demokratie und Diktatur — was sind ihre Funktionen im Prozeß der Machteroberung?“

Diese Fragestellung spielt zwar mit dem Gedanken der Diktatur, trägt aber damit nur den Stimmungen des österreichischen Industrieproletariats Rechnung, das in ganz Europa am schlechtesten entlohnt, von der Arbeitslosigkeit niedergedrückt, an der Richtigkeit des demokratisch-parlamentarischen Weges zu zweifeln beginnt. Tatsächlich hat aber die SP Österreichs auf ihrem Parteikongreß ein Agrarprogramm angenommen mit dem offen verkündeten Ziele, die zur parlamentarischen Majorität fehlenden 300 000 Stimmen unter den Kleinbauern zu gewinnen.

Dem Beispiel der österreichischen Sozialdemokraten werden alsbald andere sozialdemokratische Massenparteien folgen. Das Wesen dieser taktischen Wendung ist: Die Kleinbauern, die der Führung der Agrarier und Großbauern überdrüssig zu werden beginnen, durch eine sozialdemokratische Ideologie auch weiter an die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu ketten, sie davon abzuhalten, unter der Führung der Kommunistischen Partei einen revolutionären Weg einzuschlagen. In dem Kampf der Revolution und der Gegenrevolution um die Bauernschaft stellt sich die Sozialdemokratie, wie immer, auf die Seite der Gegenrevolution.

Dies ist der allgemeine Sinn dieser taktischen Wendung der Sozialdemokratie.

Dient als Schrittmacher für die neue Bauernpolitik der Sozialdemokratie die „linke“ SP Österreichs (ihre neue Politik läuft der von Lloyd George propagierten Landpolitik der Liberalen Partei Englands ganz parallel), so für die Politik der Wirtschaftsdemokratie die reaktionärste von allen sozialdemokratischen Massenparteien: die SPD.

Diese neue Politik ist auf die ökonomische Theorie von Hilferding aufgebaut, daß dem europäischen Kapitalismus noch eine lange Periode des Aufstieges bevorsteht. Sie setzt sich aus zwei Elementen zusammen: aus der Losung der Wirtschaftsdemokratie, die im wesentlichen die Übertragung der Kautskyschen Theorie, daß in der gegenwärtigen Periode die politische

Form der gemeinsamen Beherrschung des Staates durch Bourgeoisie und Proletariat, die Koalitionsregierung der sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien sei, auf das wirtschaftliche Gebiet ist. Wenn wir den Sinn des Referats und der Diskussion über Wirtschaftsdemokratie auf der Breslauer Tagung* des ADGB suchen, so finden wir ungefähr folgende Gedankengänge:

Die Macht der Kapitalisten soll durch die Betriebsräte, durch die Tätigkeit der Arbeitervertreter im Reich, Land und Gemeinden, durch Ausbau der Arbeiter-Konsumgenossenschaften, durch die Bauhüttenbewegung, durch Erhaltung und Ausdehnung der Betriebe der öffentlichen Hand, durch Schaffung eines Wirtschaftsparlaments und Wirtschaftskammern usw. systematisch verringert werden und durch Schaffung eines „Wirtschaftsparlaments“ eine Gleichstellung der Arbeiter auf ökonomisch-rechtlichem Gebiet mit den Kapitalisten erreicht werden. Es ist dies im Wesen nichts anderes als eine Auffrischung des Systems der Arbeitsgemeinschaften, in der Hoffnung oder mit der Vorspiegelung, daß durch diese Institutionen eine dauernde Besserung der Lage der Arbeiterschaft möglich sei.

Das zweite Element ist der Versuch, die Ideologie und die Methoden der amerikanischen Arbeiterbewegung auf Deutschland zu übertragen.

Die Sozialdemokratie macht die Wendung der europäischen Bourgeoisie zu Amerika getreulich mit. Als prominent gegenrevolutionärer Faktor orientiert sie sich ebenfalls nach dem Zentrum aller gegenrevolutionären Kräfte der Welt: nach den Vereinigten Staaten. Die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiteraristokratie wird als Ideal hingestellt: Die A. F. of Labour soll als konservatives Gegengewicht gegen die „unverläßlich“ gewordenen Engländer zum Eintritt in die Amsterdamer Internationale bewogen werden usw.** Bekämpfung der kommunistischen Parteien und der revolutionären Ideologie unter der Vorspiegelung, daß revolutionäre Methoden zuviel Opfer forderten und überflüssig seien, da im Wege der „Wirtschaftsdemokratie“ und durch Ausbau von Arbeiterbanken, Konsumgenossenschaften, Bauhütten usw. eine sukzessive „Aufsaugung“ des Kapitalismus durch das Proletariat möglich sei.

Diese neue Plattform der Sozialdemokratie gegen Sowjetrußland und die Kommunisten ist viel schwächer als die frühere: „Proletarische Diktatur bedeutet Hunger und Verelendung“. Sie ist schwächer, weil ihr die materielle Basis vollkommen fehlt.

Die Lüge, daß in Sowjetrußland die Kapitalisten herrschen, kann in Anbetracht des immer reger werdenden Verkehrs zwischen der russischen und nichtrussischen Arbeiterschaft kein langes Leben haben. Die frühere Plattform hatte eine materielle Basis: tatsächlich herrschte jahrelang Not und Elend in Sowjetrußland.*** Das Märchen über die gegenwärtige Herrschaft der Kapitalisten in Sowjetrußland hat aber keinerlei Basis.

* Siehe „Die Wirtschaft und die Gewerkschaften“; zwei Vorträge von Professor Dr. Hermsberg, Leipzig, und H. Jäckel, Berlin. Verlag ADGB, Berlin. 1925.

** Wir werden in einem späteren Artikel versuchen, diese Orientierung der europäischen, vor allem der deutschen Sozialdemokratie, nach Amerika detailliert darzustellen.

*** Ich habe in meinem Buche: „Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur (II. Auflage, Bibliothek der Kommunistischen Internationale) auf Grund der un-

Was aber die Plattform der Wirtschaftsdemokratie und die wirtschaftliche Aufsaugung des Kapitalismus anbelangt, so ist dieselbe für die Überhöhung der europäischen Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Periode bereits ein unbrauchbares Mittel. Es ist die Ideologie der Arbeiteraristokratie in der Periode des aufsteigenden Kapitalismus. Nur in Ländern, in denen die Bourgeoisie imstande ist, zumindest einem bedeutenden Teil der Arbeiterschaft eine stetig aufsteigende Lebenshaltung zu gewähren, kann diese Plattform zum Kampf gegen die Kommunisten dienen. Dies ist heute noch der Fall in den Vereinigten Staaten, in Kanada, Australien, Südafrika, zum großen Teil auf Grundlage der Extraprofite, die durch vermehrte Ausbeutung der unteren Schichten der Arbeiterschaft (Einwanderer, Neger, koloniale Bevölkerung) im Lande selbst oder außerhalb desselben (Imperialismus) erbeutet werden. In England ist ein eigenartiger Umschlag eingetreten: während in der Blütezeit des englischen Imperialismus die Arbeiterschaft der Exportindustrien die Arbeiteraristokratie bildete, sind heute die Arbeiter der keiner ausländischen Konkurrenz unterliegenden Produktionszweige (sheltered industries) in einer relativ gehobenen Lebensstellung. Für die große Masse des Proletariats der europäischen Länder kommt aber eine stetige Erhöhung der Lebenshaltung in der gegenwärtigen Periode nicht in Frage. — Damit entfällt aber auch die materielle Grundlage für die Wirksamkeit dieser neuen Taktik der Sozialdemokratie! Die fortschreitende Revolutionierung der Arbeiterklasse in Europa kann durch diese Taktik nicht verhindert werden.

Unter den Faktoren der Revolutionierung der Arbeiterklasse spielt nämlich die Gestaltung der Lebenshaltung eine große Rolle. Nicht die absolute Höhe, sondern die Änderungsrichtung derselben ist entscheidend. Eine Arbeiterklasse mit sehr niedriger, aber beständiger oder aufsteigender Lebenshaltung ist — ceteris paribus — viel weniger revolutionär als eine Arbeiterklasse mit absolut hoher, aber fallender Lebenshaltung! Dasselbe gilt für einzelne Schichten der Arbeiterklasse. Nicht die am schlechtesten bezahlten Schichten des Proletariats bilden die Avantgarde der Revolution: viel eher die gelernten Arbeiter. Gegenrevolutionär sind im allgemeinen nicht die gelernten Arbeiter als solche, sondern jene Schichten, die, wenn auch ein niedriges, aber ein gesichertes, ansteigendes Einkommen haben: staatliche und kommunale Arbeiter, Arbeiter, die ein Häuschen und etwas Boden haben und ähnliches. Das Bestehen einer gut bezahlten Arbeiteraristokratie ist keine Garantie gegen die Revolution, wenn die Bourgeoisie nicht mehr fähig ist, einen steigenden Standard zu gewähren.

Hierzu ist aber die europäische Bourgeoisie bereits unfähig, trotz der Stabilisierungstendenz, infolge der im ersten Teil beschriebenen weltwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen. Die Freiheitsbewegung der Kolonien und Halbkolonien nimmt dem europäischen Kapitalismus die kolonialen Überprofite. Das ökonomische Übergewicht Amerikas verdrängt Europa

garischen Erfahrungen nachgewiesen, daß im Beginn jeder Diktatur die reale Lebenshaltung des industriellen Proletariats sinken muß, weil die Produktion sinkt. Die Produktion sinkt aber, weil mit Aufhören der Klassenherrschaft auch die Klassendisziplin in der Produktion aufhört; damit wird auch die Arbeitsdisziplin stark erschüttert, bis sich eine neue Form der Arbeitsdisziplin auf Grund der neuen Machtverhältnisse herausbildet. Dies braucht aber längere Zeit.

von vielen Märkten. Die Verschuldung an Amerika zwingt die europäische Bourgeoisie, einen Teil des Mehrwertes an Amerika abzutreten. Die sich zuspitzenden imperialistischen Gegensätze, die Furcht vor der Revolution zwingt die Bourgeoisie zur Haltung eines teuren militärischen und polizeilichen Gewaltapparates. Wie soll unter diesen Umständen die ökonomische Möglichkeit bestehen, der Arbeiterschaft eine stetige Erhöhung ihrer Lebenshaltung zu gewähren. Daher kann auch die neue sozialdemokratische Taktik der „Wirtschaftsdemokratie“ der Bourgeoisie, die die Niederlage des einen oder anderen Teiles der Arbeiterklasse dazu benutzt, ein System des weißen Terrors aufzurichten, keinen dauernden Schutz gewähren.

6. Dezember 1925.



FRAGEN DER REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG IM OSTEN AUF DEM BEVORSTEHENDEN ER- WEITERTEN PLENUM DES EKKI

Seit dem 5. Kongreß der Komintern nehmen die Fragen der revolutionären Bewegung im Osten einen immer größeren Raum in der allgemeinen Entwicklung der proletarischen Weltrevolution ein und ziehen dementsprechend in steigendem Maße die Aufmerksamkeit sowohl der Komintern in ihrer Gesamtheit — in der Person ihres Exekutivkomitees — wie der einzelnen Sektionen derselben auf sich. Im letzten Halbjahr ist in dieser Richtung auch eine überaus bemerkenswerte Wendung in der Tätigkeit der kommunistischen Parteien Englands, Frankreichs und in gewissem Grade auch Hollands zu verzeichnen. Die kommunistische Presse begann den Fragen des revolutionären Kampfes im Osten mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Parteien suchen Verbindung und Kontakt mit den national-revolutionären Organisation der Kolonialländer „ihres“ Imperialismus.

Wir wollen an dieser Stelle insbesondere zweier solcher überaus grandiosen politischen Erscheinungen Erwähnung tun. Es ist dies einmal der mutige Kampf der französischen Sektion gegen den marokkanischen Krieg und ihre entschiedene Unterstützung der Forderung nach Unabhängigkeit der im Aufstand befindlichen Rifkabylen. Dieses entschlossene Auftreten wird unstrittig für die ganze weitere Entwicklung der nationalrevolutionären Bewegung im Nahen Osten von nachhaltigem Einfluß sein.

Als zweite Erscheinung führen wir die unzweideutig antiimperialistische Resolution des letzten Kongresses der englischen Trade Unions in Scarborough an, die auf Vorschlag der englischen Kommunisten zur Annahme gelangte. Diese Resolution öffnet der revolutionären Vorhut der englischen Arbeiterklasse neue Wege nicht nur für ihre Annäherung an die Arbeitermassen der vom britischen Imperialismus unterjochten Kolonialvölker, sondern auch an alle Massen der Werktätigen, die in den revolutionären Kampf gegen den britischen Imperialismus hineingezogen sind.

Das bevorstehende Plenum wird fraglos diese unbestreitbaren großen Erfolge der Tätigkeit unserer westeuropäischen kommunistischen Sektionen als Gewinn buchen, doch nicht, um dabei haltzumachen, sich daran Genuge sein zu lassen, sondern um diese Wendung in der Tätigkeit der kommunistischen Parteien der imperialistischen Staaten in entschlossener Weise zu fördern und diese in der Richtung des einmal eingeschlagenen Weges weiterzudrängen. Das ist um so mehr geboten, als die II. Internationale angesichts des unabwendbar wachsenden Einflusses der Komintern im Osten im Verein mit den Amsterdamer Gewerkschaften die ersten Versuche macht, mit den ganz unbedeutenden Grüppchen der Reformisten an der ganzen Küste des Stillen Ozeans in organisatorische Verbindung zu kommen und diese Grüppchen untereinander zu verbinden.

Auch die revolutionäre Bewegung im Osten selbst kann eine Reihe höchst beachtenswerter Errungenschaften verbuchen, und zwar sowohl in der Richtung ihrer extensiven Entwicklung durch Einbeziehung immer neuer und neuer Länder in die revolutionäre Bewegung wie auch in der organisatorischen Ausgestaltung und Festigung, in der Erreichung größerer Klarheit und Bestimmtheit in den politischen Zielen und Aufgaben der Bewegung. Wir haben schon lange keinen einheitlichen „Osten“ mehr vor uns — dieser hat sich schon längst differenziert. Entsprechend dem Stande der wirtschaftlichen Entwicklung eines jeden Landes hat die nationale Freiheitsbewegung jedes Landes ihren besonderen Ausdruck je nach den sozialen Kräften, die hier die Führer der Bewegung sind. Doch bei aller Differenziertheit der Bewegung mußte einerseits die allgemeine Begeisterung der nationalen Befreiungsbewegung des Ostens (die Ereignisse in China, Marokko, Syrien) und andererseits die schonungslos blutige Auseinandersetzung mit dieser Bewegung seitens der imperialistischen Mächte notgedrungen in der Taktik selbst der gemäßigten nationalen Organisationen zum Ausdruck kommen, indem sie sie auf den Weg eines entschlosseneren Kampfes stieß. Das sehen wir an der allgemeinen Radikalisierung aller nationalen Organisationen Ägyptens; die gleiche Erscheinung tritt uns in Indonesien entgegen, wo die gemäßigt-nationale Organisation „Sarekat-Islam“ im Verlaufe des Kampfes auf den Weg eines Kompromisses mit den indonesischen Kommunisten gedrängt wurde. Vereinzelt steht nur Britisch-Indien da, wo wir den unaufhaltsamen Prozeß einer stetig wachsenden Zersetzung der bürgerlich-nationalen Organisationen sehen, die noch vor kurzer Zeit unversöhnliche Feinde des britischen Imperialismus waren. In diesem Lande, das schon Zeuge mächtiger wirtschaftlicher Streiks des Proletariats war (der letzte langandauernde Streik der Textilarbeiter in Bombay endete mit einem Siege der Arbeiter), in dem Hunderte von Millionen Bauern in unerträglicher Armut und Druck vegetieren: in diesem Indien, sollte man meinen, müßten alle objektiven Bedingungen gegeben sein für die Bildung einer grandiosen revolutionären Massenpartei, die das indische Proletariat, die Bauernschaft und den revolutionären Teil der städtischen Kleinbürgerschaft umfassen könnte. Es ist die nächste Aufgabe der Kommunisten in Indien, durch entsprechende Sondierung die neuen politischen und organisatorischen Schritte zu fixieren, die die Bildung dieser revolutionären Partei beschleunigen und in ihr den leitenden Einfluß des Proletariats sichern könnten.

In den beiden aneinandergrenzenden Ländern des Nahen Ostens — Türkei und Persien — sehen wir einen übereinstimmenden Prozeß in der Entstehung eines national-bürgerlichen Staates. Der Kampf dieser Länder um ihre Unabhängigkeit geht im Zeichen des Kampfes mit dem britischen Imperialismus vor sich, der seinem innersten Wesen nach mit allen feudalen Gruppen verbunden ist, die an der Bewahrung der feudalen Rückständigkeit und Zerrissenheit dieser Länder interessiert sind.

In der Türkei, deren sozialwirtschaftliche Entwicklung sehr weit fortgeschritten ist, wird die junge Bourgeoisie unter Leitung der Kemalisten durch den Verlauf des inneren Kampfes immer mehr auf den Weg einer Auseinandersetzung mit allen Überbleibseln des Feudalismus, auf den Weg des bürgerlich-republikanischen Staatsprinzips gedrängt. Die Gegensätze

zwischen der Türkei und dem britischen Imperialismus spitzen sich zu und legen der Türkei gebieterisch nahe, freundschaftliche Beziehungen mit der USSR zu pflegen. Gleichzeitig unternimmt es aber die türkische Regierung, die Partei des türkischen Proletariats, der werktätigen Massen — die türkische Kommunistische Partei zu verfolgen. Es wäre aber ein schwerer Fehler, wollte man die Taktik gegenüber der gegenwärtigen Gewalt in der Türkei nur auf Grund dieses einen Merkmals — der Verfolgung der Kommunisten — bestimmen. Die türkischen Genossen müssen auch weiter hartnäckig und ohne zu schwanken alle Schritte der kemalistischen Regierung unterstützen, die auf die Festigung der revolutionären Errungenschaften und auf die Anbahnung enger freundschaftlicher Beziehungen zu der USSR gerichtet sind. Gleichzeitig aber muß die türkische Kommunistische Partei trotz aller von der kemalistischen Polizei bereiteten Hindernisse und Verbote eine ernsthafte Tätigkeit unter den Massen des städtischen Proletariats und der Bauernschaft entfalten, um die selbständige proletarische Partei jener Massen zu werden, die das Verharren des revolutionären Prozesses allein auf den Errungenschaften der bürgerlichen Ordnung nicht billigen, sondern die Revolution vorwärtsdrängen wollen auf den Weg der Erfüllung der sozialen Bedürfnisse der Werktätigen.

In Persien steht die nationale Freiheitsbewegung insofern am Scheidewege, als der Führer dieser Bewegung, Riza Chan, der sich auf eine starke nationale Armee stützt, dem republikanischen Entwicklungsprinzip den Rücken zugekehrt hat und sich nach dem Sturz der Dynastie durch die konstituierende Versammlung zum erblichen Schah hat ausrufen lassen. In gewissem Grade ist dieser Umschwung das Resultat einer wirklichen Schwäche der organisierten sozialen Schichten, die eigentlich eine Stütze der republikanischen Bewegung hätten bilden müssen. Es ist durchaus nicht verwunderlich, daß Rhiza Chan während der Vorbereitung seiner Ausrufung zum Schah zuallererst an die Zerschlagung der kleinen Kommunistischen Partei und an die Liquidierung ihrer halblegalen Existenz gegangen ist. Die persischen Genossen werden sich überaus ernsten Schwierigkeiten politischen wie organisatorischen Charakters gegenübersehen. Die nächsten Monate werden die Möglichkeit geben, mit größerer Sicherheit die internationale Orientierung Rhiza Chans nach dem Umschwung und den tatsächlichen Einfluß und die Rolle Englands in diesem Umschwung festzustellen, was dann seinerseits für die Bestimmung der Einstellung unserer Genossen und auch weiterer republikanischer Kreise der nationalen Bewegung Persiens von überaus wesentlichem Einfluß sein wird.

Wir haben nicht die Absicht, in diesem Teile bei den einzelnen Fragen der nationalrevolutionären Bewegung im ganzen Osten zu verweilen. Auf die wichtigsten Länder kommen wir weiter unten zurück. An dieser Stelle möchten wir noch einen Umstand erwähnen, der wesentliche Bedeutung besitzt. Wir denken da an den sich immer offensichtlicher kundtuenden Prozeß der politischen und organisatorischen Ausgestaltung unserer kommunistischen Gruppen und Parteien. Besonders plastisch tritt uns dieser Prozeß in China entgegen, wo er das Resultat machtvoller selbständiger politischer Unternehmungen des Proletariats ist. Am chinesischen Beispiel können wir es verfolgen, wie kompliziert dieser Prozeß ist, welcher Beharrlichkeit es seitens der Leiter der Bewegung und der ganzen Masse der Parteimitglieder

bedarf, damit das Proletariat sich seiner eigenen Klassenaufgaben bewußt werde und seine Wechselbeziehungen zu jenen angrenzenden Elementen bestimme, die als seine Bundesgenossen am gemeinsamen Kampf teilnehmen. Dieser Prozeß geht aber unaufhaltsam weiter. Wir sind auf dem Wege zur Gründung kommunistischer Massenparteien in den weiterentwickelten Ländern des Ostens.

Wenden wir uns nun der Charakterisierung der Lage und der Aufgaben unserer Parteien in den einzelnen größeren Ländern zu.

1. China

Hier haben wir das überaus komplizierte Bild einer machtvollen Bewegung gegen den Imperialismus, begleitet von heftigsten inneren Kämpfen und einer sich vollziehenden Umschichtung.

Allgemeine Charakterisierung der Aufgaben der Bewegung

Die grundlegende, nächste historische Aufgabe, die die nationalrevolutionäre Bewegung in China zu erfüllen hat, ist die Liquidierung der hier bestehenden Imperialistenherrschaft, der Kampf um die nationale Unabhängigkeit des Landes, für seine Sammlung um eine allgemeinnationale, revolutionär-demokratische Gewalt, für die freie Entwicklung der produktiven Kräfte des Landes. Diese Aufgaben, die ihrem Umfange nach zu den Aufgaben einer bürgerlich-demokratischen Revolution gehören, können nur durch einen entschlossenen und konsequenten Kampf gegen den Imperialismus und in engem Verbande mit allen Kräften der proletarischen Weltrevolution gelöst werden. Die kompromißlerischen Tendenzen und der direkte Verrat der Volksinteressen durch die chinesische Bourgeoisie, die wirtschaftlich an den Imperialismus gebunden ist (und in Zukunft noch enger gebunden bleibt) und politisch eine Stütze in der imperialistischen Reaktion gegen die Revolution der Arbeiter- und Bauernmassen suchen wird, rufen gebieterisch das chinesische Proletariat auf den Plan als den entschlossenen Kämpfer für die demokratische Revolution, als den Führer der nationalen Freiheitsbewegung, als das Haupt des revolutionären Blocks des Proletariats, der Bauernschaft und des radikalen Teils der städtischen Kleinbürgerschaft. Die Partei muß tagtäglich vor den Massen der Werktätigen diese Perspektive des aufgerollten nationalrevolutionären Kampfes beleuchten, die Halbheiten aller Aktionen der kapitalistischen Gruppen entlarven, die Vorhut des Proletariats für ihre kommende Führerrolle vorbereiten und unablässig unter den Arbeitern und Bauern die Festigung des Bandes zwischen dem Proletariat und den hunderten Millionen von Bauern propagieren.

Es wäre aber ein schwerer Fehler, wollte man sich auf diese Charakterisierung der Perspektive der Bewegung beschränken und auf dieser allein die ganze Taktik des Tageskampfes aufbauen. Die die Bewegung leitenden Faktoren (die chinesische Kommunistische Partei u. a.) sind keineswegs als „unverantwortliche Opposition“ zu betrachten, und die internationale Bedrohung der Bewegung ist durchaus realer Natur. Die sich heute ergebende Lage muß unbedingt in Betracht gezogen werden.

Die gegenwärtige Etappe des nationalen Befreiungskampfes kann selbst nach dem Zerfall der „Mukdener“ konterrevolutionären Clique keineswegs noch als Periode einer schon herangereiften Herrschaft der revolutionär-demokratischen Kräfte angesehen werden. Die Aufgabe einer Sammlung Chinas um eine einheitliche Gewalt ist auch für die Handel und Gewerbe treibende Bourgeoisie von so vitaler Bedeutung, daß erhebliche Schichten der chinesischen Bourgeoisie auf eine ziemlich ausgedehnte Periode hinaus sich aktiv an der allgemeinnationalen Freiheitsbewegung beteiligen werden. Hierbei wird die chinesische Bourgeoisie bestrebt sein, diese national-bürgerliche Aufgabe der chinesischen Revolution im Hinblick auf ihre Klasseninteressen zu lösen, und zwar durch Einführung einer national-bürgerlichen Militärdiktatur, die die Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Nöte sicherzustellen und gleichzeitig die Entfaltung des revolutionären Kampfes des Proletariats, der Bauernschaft und der ärmeren Stadtbevölkerung zu verhindern hätte. Mit dieser ständigen Gefahr einer bürgerlichen Militärdiktatur im Nacken muß die KP Chinas einerseits dieser Gefahr durch revolutionäre Mobilisierung der Massen zu begegnen suchen, andererseits aber darauf bedacht sein, den Kampf der bürgerlichen Schichten um die Einheit und Unabhängigkeit des Landes in höchstmöglichem Maß für sich auszunützen. Dies ist um so mehr erforderlich, als die Kräfte des revolutionär-demokratischen Blockes im ganzen Lande noch nicht mobilisiert und für die Verwaltung des Landes noch nicht genügend durchgebildet sind und da unter Deckung der im allgemeinen Freiheitskampf engagierten Bourgeoisie und vermöge der Entlarvung der wahren Absichten der letzteren vor den Massen die Kräfte der Volksrevolution vorbereitet und organisiert werden können. Ebenso kann auf diesem Wege der entscheidende Zusammenstoß mit der imperialistischen Welt bis zu jenem Augenblick hinausgezogen werden, wo die Reserven der chinesischen nationalen Freiheitsbewegung herangezogen werden können.

Die Aufgaben unserer Partei

Die junge Kommunistische Partei Chinas hat im letzten Jahre schon einige politische Kampagnen durchzuführen, sich mit den Massen zu verbünden vermocht und ist in der Periode der Schanghaier Ereignisse die wirkliche Leiterin der allgemeinnationalen Bewegung gewesen. Es mangelt ihr jedoch noch an Klarheit der Ideologie und der Organisation, ohne die ihr in der Leitung der Bewegung naturgemäß große Einbußen drohen und sie auch selbst vor inneren Krisen nicht gesichert ist.

Die gesamte politische Tätigkeit der KP Chinas muß sich auf eine streng wissenschaftliche, marxistische Analyse aller sozialen Kräfte und Gruppierungen des gegenwärtigen Chinas gründen. Durchaus erforderlich ist die Analyse des wirtschaftlichen und proletarischen Einflusses jeder einzelnen Imperialistengruppe in den verschiedenen Provinzen Chinas und der daselbst vor sich gegangenen Veränderungen, das Studium der wirtschaftlichen Verbindungen der chinesischen Verwaltungssphären und der chinesischen Handels- und Industriebourgeoisie mit den einzelnen Imperialistengruppen sowie die soziale Analyse der gesamten Stadtbevölkerung, insbesondere des

städtischen Kleinbürgertums und der armen Bevölkerung, hauptsächlich aber ein sorgfältiges, genaues Studium des Bauerntums in den einzelnen Gebieten mit seiner sozialen Differenziertheit und seinen einzelnen Zwischenschichten, und endlich das Studium des Proletariats selbst nach den einzelnen Industriegebieten. Die KP Chinas und die KP Rußlands müssen unter Mitwirkung der Komintern zumindest eine kleine Gruppe theoretischer Arbeiter wählen, die die Aufgabe haben, die wissenschaftliche Basis für das zukünftige Programm der chinesischen Kommunistischen Partei vorzubereiten.

Im Besitz einer soliden sozialen Basis — des in nationalen, ausländischen und gemischten Betrieben beschäftigten Industrieproletariats — muß die KP Chinas vor allem den Prozeß ihrer Ausgestaltung zu einer selbständigen Klassenpartei — der chinesischen Sektion der Kommunistischen Internationale — vollenden. Dieser Prozeß der Selbstbestimmung hat dank der umfangreichen politischen und wirtschaftlichen Streiks des verflossenen Jahres erhebliche Fortschritte gemacht, doch ist er organisatorisch noch nicht im ganzen Lande vollendet. Im besonderen in Kanton und in der ganzen Provinz Kwantung hat die KP Chinas noch keine eigene gesonderte Parteiorganisation, sie betätigt sich hier als leitender linker Flügel der linken Kuo-min-tang. Aber auch dort, wo die organisatorische Konsolidierung erfolgt ist (in Mittelchina), ist sie ideell nicht gefestigt, kommt ihre besondere Aufgabe der ganzen Masse der Parteimitglieder nicht richtig zum Bewußtsein. Die Jugend des chinesischen Proletariats und seine Verbindung mit der Bauernschaft, die politische und organisatorische Nähe zwischen KP Chinas und Kuo-min-tang, die Gemeinsamkeit der revolutionär-demokratischen Aufgaben, das alles wird im kommunistischen Lager noch sehr lange „nationale“ Strömungen nähren, besonders im Zusammenhang mit der überwiegenden Mehrzahl der Intellektuellen unter den leitenden Parteispitzen im Zentrum wie an den Orten. Die Partei muß eine ernsthafte politische innere Arbeit leisten, um diesen Prozeß der Selbstbestimmung zu beschleunigen. Im besonderen wird es nötig sein, der Masse der Mitglieder gegenüber das Wesen der Zugehörigkeit der KP Chinas zur Komintern und die Rolle der KPR und der USSR für den Kampf im Osten zu präzisieren.

Zugleich mit den „nationalen“ Tendenzen werden wir in den Reihen der KP Chinas mit einer „linken“ Abweichung zu rechnen haben, wie sie in der Zeit des Schanghaier Streiks hervorgetreten ist und auch weiter in allen kritischen Momenten der Bewegung zum Vorschein kommen wird. Der Inhalt dieser „linken“ Abweichung wird sich in dem Bestreben kundtun, über die lange Phase des nationalrevolutionären Kampfes gegen den Imperialismus hinwegzuspringen zu den Aufgaben der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht, die Kräfte des Proletariats zu überschätzen und die Bauernschaft, diesen grundlegenden und entscheidenden Faktor der nationalrevolutionären Bewegung Chinas, zu vernachlässigen. Trotz aller Besonderheiten der Umgebung nähern sich die Probleme der chinesischen Revolution sehr den Problemen, denen sich das russische Proletariat in der Periode der ersten russischen Revolution im Jahre 1905 gegenüber sah. Eine Beherzigung der Lehren der ersten russischen Revolution durch die KP Chinas müßte einer Vorbeugung sowie Beseitigung verschiedener Abweichungen nach rechts (nationale Strömungen) und „links“ überaus förderlich sein.

Die internationale Konstellation

Es wäre der größte Fehler der chinesischen Genossen, wenn sie die konkreten Beziehungen der Imperialisten untereinander ignorieren und in ihrer Taktik von einer Einschätzung der Imperialisten als einer „einheitlichen reaktionären Masse“ ausgehen wollten.

Die nationalrevolutionäre Bewegung in China hat keine zusammengeweißte Einheitsfront der Weltbourgeoisie gegen sich. In jedem beliebigen Moment kann sich das Lager der Imperialisten als auseinandergerissen erweisen, sowohl infolge der allgemeinen Gegensätzlichkeit ihrer wirtschaftlichen Interessen in der ganzen Welt wie in China als auch wegen der Besonderheiten der politischen und strategischen Lage einer jeden dieser imperialistischen Gruppen in China. Die Taktik der nationalrevolutionären Bewegung in China muß darauf gerichtet sein, sorgsamst alles zu vermeiden, was die Zusammenschließung aller Gruppen der Imperialisten gegen China nach sich ziehen könnte. Die Taktik muß auf ein folgerichtiges Manövrieren hinauslaufen, das stets die allgemeine und konkrete internationale Konstellation in Rechnung zieht.

Die Politik der USSR hat nicht gezögert, das erste Land der proletarischen Diktatur zum Verbündeten der chinesischen Freiheitsbewegung zu machen, indem sie China in seinem Kampfe machtvolle Hilfe angedeihen ließ. Die KP Chinas muß deshalb in ihrer Taktik ständig auf die Berücksichtigung der internationalen Lage der USSR bedacht sein, indem sie ihre Taktik mit der Taktik der KP Rußlands entsprechend in Einklang bringt. Dies ist erforderlich, um sowohl die China und der USSR seitens der Imperialisten drohende Kriegsgefahr abzuwenden als auch im allgemeinen in den Augen der Feinde nicht isoliert dazustehen.

Praktische Fragen — Kuo-min-tang — Volksarmeen

Wir haben oben eine allgemeine Charakteristik der Perspektive für die Entwicklung der nationalen Freiheitsbewegung und der nächsten Aufgaben unserer Partei gebracht. Unter den taktischen Problemen ist eine der ernstesten Fragen die der Wechselbeziehungen zwischen der KP Chinas und der Kuo-min-tang. In beständigem politischen Umgang muß die Kuo-min-tang als Verbündete des Proletariats im Kampfe um die nationale Befreiung durch stete Einwirkung auf den Weg der politischen Selbstbestimmung gedrängt werden. Die Kuo-min-tang ist eine revolutionäre Volkspartei, die im Interesse des Kampfes für eine revolutionär-demokratische Gewalt die städtische Bourgeoisie, die radikale Intelligenz und bedeutende Schichten der Bauernschaft zusammenfassen muß. Die Kuo-min-tang darf nicht ihr Bestreben auf die Verbreitung ihres Einflusses auf die Arbeiterklasse und die dieser nahestehenden Schichten der armen Bauernschaft richten, wengleich ein gewisser Einfluß auf diese Schichten unvermeidlich ist. Es ist notwendig, eine soziale Abgrenzung dieser beiden Bundesgenossen der chinesischen Revolution zu erreichen. Äußerst schädlich und gefährlich für die Entwicklung der demokratischen Revolution ist die extrem linke Ausrichtung in den Reihen der Kuo-min-tang, die bestrebt ist, die Kampfformen und Methoden

der KP Chinas nachzuahmen, und damit bedeutende Schichten der städtischen Kleinbourgeoisie in die Arme der Großbourgeoisie treibt. Bei der unvermeidlichen Bildung einer bürgerlich-nationalen Partei rechts von Kuo-min-tang ist es erforderlich, die Kleinbourgeoisie im Lager der Revolution festzuhalten. Die chinesischen Kommunisten müssen in den Bestand der Kuo-min-tang und ihrer leitenden Organe eintreten und gleichzeitig vor dem Proletariat die „nationalen“ Illusionen der Kuo-min-tang enthüllen. Die KP muß als Partei die Unternehmungen der Kuo-min-tang in jeglicher Weise unterstützen, sich selbst aber gleichzeitig die Freiheit der Agitation und der selbständigen Unternehmungen sichern.

Die chinesische nationalrevolutionäre Bewegung wird nur dann den Sieg davontragen, wenn der Kampf und der Aufbau der demokratischen Macht sich unter beständigem Schutz wahrhaft verlässlicher Volksarmeen befinden werden, deren Kommando- und gänzlicher Personenbestand zum Kampfe für die Losungen der nationalen Freiheitsbewegung bereit sein wird. Nur im militärischen Kampf werden die Grüppchen der Militaristen (der neutralen oder der Überbleibsel der Tschili-gruppe) vernichtet werden, die in der Entwicklung der Revolution mehr als einmal noch als Waffe der Vendée und als Unterstützung der imperialistischen Kräfte dienen könnten. Die Schaffung einer einheitlichen nationalen, demokratischen Armee ist eine der Grundaufgaben des nationalrevolutionären Kampfes. Diese demokratische Armee ist ihrer Klassenstruktur und ihren Aufgaben nach nicht als proletarische Klassenarmee anzusehen. Doch muß das Proletariat, indem es an der Organisierung der nationalrevolutionären Armee teilnimmt, dieser einen deutlichen Stempel seines Klasseneinflusses aufzudrücken suchen, um der eventuellen Verwendung dieser bewaffneten Kräfte gegen den eigenen weiteren Kampf oder als Waffe des Imperialismus und der chinesischen Bourgeoisie gegen die USSR einen starken Riegel vorzuschieben. In Würdigung dessen muß die KP Chinas in aktivster Weise an der Arbeit des militärischen Aufbaues teilnehmen, wobei sie sich die Lehren der Oktoberrevolution und die Formen ihres militärischen Aufbaues in allerhöchstem Maße zunutze machen muß.

2. Japan

In Japan gibt es seit der Zeit des Erdbebens keine kommunistische Partei mehr, sondern nur kommunistische Gruppen mit geringem Bestand. Diese Gruppen und einzelnen Elemente, die von einem einheitlichen Willen beseelt sind, sich auf eine marxistisch-leninistische Analyse der Erscheinungen des japanischen Lebens stützen und die Erfahrung der Komintern richtig einschätzen, könnten in den weiteren Schicksalen der Arbeiterbewegung eine große Rolle spielen. Die allgemeine politische Konstellation des Landes ist für die Arbeiterklasse so günstig wie nur irgend möglich, um sich von dem verderblichen Einfluß der Reformisten zu befreien, und um die Unterstützung der Bauernschaft und der Stadtdemokratie im Kampfe um ihre Forderungen zu erhalten.

Die Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes in China hat die hier schon bestehende Wirtschaftskrise um ein Bedeutendes verschärft. Zum

Herbst hatte die Gesamtzahl der Arbeitslosen die ungeheure Höhe von anderthalb Millionen erreicht. Die internationale Lage Japans erfährt eine ständige Verschlechterung.

Die hemmungslose Willkür der Regierungsagenten, die sich mit der anwachsenden Unzufriedenheit im Lande noch steigert, ergänzt die Wirkung der wirtschaftlichen Faktoren und sollte in ihrem ganzen Umfange die Frage der Notwendigkeit einer tiefgreifenden Demokratisierung der politischen Struktur des Landes aufrollen.

Das neue Wahlgesetz, das die Regierung unter dem wachsenden Druck der öffentlichen Meinung herauszugeben sich gezwungen sah, erweitert den Kreis der Wähler von 5 Millionen auf 12 Millionen.

Die proletarische Partei

So ergab sich von selbst die Frage der Schaffung einer neuen politischen Gruppierung, die die Interessen der unteren Volksmassen widerzuspiegeln hätte. Die Initiative hierzu ging vom Bauernbund aus (50 000 Mitglieder). Auf dessen Aufruf, eine Partei der „Besitzlosen“ (eine proletarische Partei) zu gründen, reagierten zunächst die linken Gewerkschaften, die im Gewerkschaftsrat vereinigt sind, und die Gesellschaft zum Studium der sozialen Wissenschaften; später schloß sich die Organisation der Paria an (Sucheisja) und endlich auch die reformistischen Gewerkschaften, diese entgegen dem festen Beschluß ihrer Führer, keinerlei Anteil an dieser Angelegenheit zu nehmen. Es hatten sich so bis zum konstituierenden Kongreß im Dezember gegen 150 000 Mann zusammengefunden, Gewerkschaftsmitglieder, Mitglieder von Bauern- und Pariaorganisationen und führende Intelligenz.

Die gesamte bürgerlich-liberale öffentliche Meinung Japans prophezeite einen großen Erfolg der neuen Partei. Die liberalen Zeitungen schrieben freundschaftlich, daß die Massen des japanischen Volkes der neuen Partei folgen würden, da das Land seinen Glauben an Kenseikai und Seiyukai verloren hätte und das Leben auch zum Kampfe mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen Japans drängte. Diese Voraussagen waren aber ohne die japanische Polizei und ohne die japanischen Sozial-Reformisten gemacht.

Nach ihren erfolglosen Versuchen, die Gründung der proletarischen Partei durch Verweigerung ihrer Beteiligung zu verhindern, beschlossen die Reformisten ihr Ziel anders zu erreichen, und zwar durch Sabotierung der Arbeiten zur Aufstellung eines Programms, indem sie die Linken zu einer Spaltung provozierten. Die letzteren hatten aber fest beschlossen, auf alle Zugeständnisse einzugehen, nur um die Schaffung einer legalen Klassenpartei der Massen zu ermöglichen. In ihrem Wunsche, die legale Physiognomie der neuen Partei zu wahren, gingen die Linken so weit, daß sie ohne Widerrede ihre Forderung der Unabhängigkeit der Kolonien (sie erklärten sich mit einer Autonomie einverstanden) und sogar der Enteignung des Grund und Bodens ohne Entschädigung fallen ließen. Die Reformisten, die sich vorher mit der Polizei ins Einvernehmen gesetzt hatten, verließen jedoch den konstituierenden Kongreß der proletarischen Partei mit der Erklärung, daß sie kein Instrument in den Händen der Linken sein wollten. Vom Wunsche

beseelt, die Legalität der neuen Partei um jeden Preis zu sichern, entschlossen sich die Linken, ebenfalls den Kongreß zu verlassen. Es verblieben auf dem Kongreß die Delegierten des Bauernbundes und des Sucheisja (Organisation der Paria), die ihrem Bedauern Ausdruck gaben über den Weggang der Linken sowie ihrer Dankbarkeit für die von diesen geleistete Arbeit für die Schaffung der Partei. Darauf wurde ein nach der Einschätzung der bürgerlichen Presse überaus gemäßigtes Programm angenommen (den genauen Text besitzen wir noch nicht) und das Vollzugskomitee gewählt. Nichtsdestoweniger löste die Polizei unter leeren Vorwänden diese zur Hälfte schon entmannte Partei auf. Susuki, der Führer der Reformisten, drückte seine Genugtuung aus anlässlich der Verfügung des Ministeriums des Innern zur Auflösung der proletarischen Partei und erklärte, daß man jetzt zur Gründung einer Partei schreiten könnte, in der nur sachliche Elemente vertreten sein würden. Zweifellos zur Sicherung einer Vertretung dieser Susuki erwünschten sachlichen Kräfte hat sich die japanische Polizei mit der Erklärung beeilt, daß eine neue proletarische Partei lediglich auf der Grundlage individueller Mitgliedschaft gegründet werden könne.

Die Reformisten werden sich aber nicht lange ihres Sieges freuen dürfen. Selbst wenn die proletarische Partei in der ersten Zeit kein nach den Grundsätzen des Leninismus ausgearbeitetes Aktionsprogramm hätte, in ihrem Programm sogar opportunistische, reformistische Einschlüge aufwiese, es wäre doch dies alles nicht von wesentlicher Bedeutung. Wichtig ist das Grundlegende, daß die Arbeiter- und Bauernmassen in die proletarische Partei strömen, wichtig ist, daß die objektiven Verhältnisse des Landes die japanischen Arbeiter und Bauern zu entschlossenen Aktionen und großen Aufgaben drängen.

Die japanische Polizei mag zeitweise den Lauf des aus seinen Ufern getretenen Stromes des Volkslebens Japans eindämmen, zuletzt wird sich jedoch der Strom um so toller ergießen, alles auf seinem Wege Befindliche mit sich fortreibend.

Die nächsten Aufgaben

Die japanischen Arbeiter haben gegenwärtig folgende höchst wichtigen Aufgaben vor sich:

1. Ungeachtet aller behindernden Kunstgriffe der Polizei und der Reformisten ihre Klassenpartei zu organisieren;

2. Die Unzufriedenheit und die durch die polizeilichen Maßnahmen noch geschürte Bewegung aller Bevölkerungsschichten auszunutzen, um es zu erreichen, daß diese Unzufriedenheit sich zu einer weiten öffentlichen Bewegung für eine Demokratisierung der politischen Struktur Japans auswachse;

3. Die Taktik der Einheitsfront in weitem Umfange anzuwenden und für die nächste Zeit solche Forderungen aufzustellen, die die ganze Masse des Proletariats zusammenzufassen und alle Arbeiterorganisationen, auch die Verbände der Seeleute und Arsenalarbeiter, in die Bewegung hineinzuziehen vermögen. Eine Kampagne um die Losung der Gewerkschaftseinheit einzuleiten;

4. Im Verlaufe dieser Arbeit systematisch und geduldig die Heranbildung und Organisierung einer bewußten Avantgarde der japanischen Arbeiterklasse zu betreiben, die dazu ausersehen wäre, die wahre Leiterin des ganzen politischen Kampfes des japanischen Proletariats und der japanischen Bauernschaft zu werden.

3. Die Kolonien des Mittelländischen Meeres

Aufstand und Krieg in Marokko haben die nationale Freiheitsbewegung im ganzen Ringe der Mittelmeerkolonien (Algier, Tunis, Ägypten, Palästina, Syrien) verschärft und vertieft. Die erste Folge des heroischen Kampfes des kleinen Rifvolkes gegen die 200 000 Mann betragende französische Armee war eine außerordentliche Schwächung der militärisch-materiellen Autorität des französischen Imperialismus im ganzen Kolonialreich Frankreichs.

Diese Tatsache machte sich vor allem in der „jüngsten“ französischen Kolonie — in Syrien — geltend.

Im Laufe von zwei bis drei Monaten verwandelte sich diese Bewegung aus einem lokalen Aufstand der Drusen in einen allgemeinnationalen Kampf Syriens um seine Unabhängigkeit. Die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit des Landes bringt es mit sich, daß die Leitung der Bewegung in den Händen der gemäßigten Schichten der Großbourgeoisie und sogar der feudalen Aristokratie liegt. Man kann aber zurzeit schon zwei Grundtendenzen in der Bewegung wahrnehmen: eine gemäßigte, dem Frieden zu neigende, und eine radikale.

Vermöge der Rückständigkeit des Landes finden diese beiden Tendenzen ihren Ausdruck in der Bildung zweier militärisch-politischer Gebietszentren: 1. eines gemäßigteren in der Mitte des Landes (Rayon Chamsa), der von Bakri und Schalash geleitet wird, und 2. eines radikaleren in Djebel-Drus, der vom Sultan Alrasch und den Führern der „Volkspartei“ (Dr. Schachbandar u. a.) geleitet wird. Die Grundforderungen der Bewegung sind: 1. die Evakuierung des französischen Heeres, 2. die Einberufung einer Nationalversammlung, 3. Schaffung einer demokratischen Republik.

Die bäuerlichen Forderungen haben bisher in der Bewegung keinerlei Ausdruck gefunden.

Die nicht allzu großen Schichten des syrischen Proletariats sind in die Bewegung nur in minimalem Grade hineingezogen worden; es erklärt sich dies vor allem daraus, daß die Bewegung bisher nur die am wenigsten industriell entwickelten Gebiete erfaßt hat. Die nächsten Ziele der Bewegung müssen fraglos folgende sein: 1. die Schaffung eines gemeinsamen, einheitlichen, militärisch-politischen Zentrums, 2. die Formulierung eines politischen und sozialen Programms, 3. die Hineinziehung der westlichen und nördlichen Provinzen des Landes in die Bewegung, 4. die stärkere Einbeziehung der bäuerlichen und proletarischen Elemente und 5. die Schaffung einer zentralisierten nationalrevolutionären Partei.

Die Kommunistische Partei Syriens muß gerade in dieser Richtung ihre Tätigkeit entfalten und hierbei die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit des Landes in Rechnung ziehen. Alle linken Abweichungen (Überschätzung der Rolle des Proletariats, die Losung der Räte usw.) isolieren

fraglos die syrischen Kommunisten von dem Hauptstrom der nationalen Bewegung.

Der marokkanische Krieg hat nicht nur in Syrien den Prozeß der nationalen Selbstbestimmung verschärft und vertieft. Die nordafrikanischen Kolonien Frankreichs — Algier und Tunis — verfolgen mit überaus gespannter Aufmerksamkeit die Entwicklung der marokkanischen Ereignisse. Das Anwachsen der nationalen Bestrebungen dieser beiden Länder geht jedoch auf ganz verschiedenen Grundlagen der öffentlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse vor sich.

Algier ist die älteste und fortgeschrittenste französische Kolonie. Bei einer Bevölkerung von 5 800 000 Menschen betrug der Außenhandel Algiers im Jahre 1924 5 Milliarden Franken (gegen 900 Mill. Mark). Algier besitzt ein bedeutendes Proletariat (eingeborenes wie europäisches) und eine große Schicht von Landarbeitern. Auf dem Lande herrschen krasse Gegensätze: auf der einen Seite eine primitive, im Absteigen begriffene bäuerliche Wirtschaft, auf der andern Seite wachsende kapitalistische Latifundien, die französischen Kapitalisten und Aktiengesellschaften gehören und die neueste Maschinenteknik anwenden. In den Städten Algiers gibt es eine bedeutende eingeborene Handelsbourgeoisie mit zahlreicher Intelligenz. Endlich muß auch das hartnäckige Bestreben der Franzosen erwähnt werden, das Land zu kolonisieren, d. h. eine möglichst große Zahl von französischen Bauern anzusiedeln (zurzeit sind unter der 5 800 000 Köpfe betragenden Bevölkerung 500 000 Franzosen).

Das ist das Bild der inneren Verhältnisse des Landes. Noch plastischer tritt uns diese Kompliziertheit und Buntheit der öffentlichen Verhältnisse in unserer Kommunistischen Partei entgegen.

Um die Mitte des Jahres 1925 waren in der algerischen Kommunistischen Föderation gegen 1500 Parteimitglieder. In den roten Gewerkschaften Algiers waren um diese Zeit gegen 25 000 Arbeiter organisiert. Diese beiden proletarischen Organisationen hatten aber einen schweren Mangel: das war ihr sozialer und besonders nationaler Bestand. In der Partei waren 98 Prozent Franzosen und nur 2 Prozent Araber. Das gleiche Verhältnis gilt auch für die Gewerkschaften. Auf diese Weise waren Partei und Gewerkschaften von den arabischen Proletariermassen fast vollständig isoliert.

Aber auch der soziale Bestand der Partei war überaus unbefriedigend: in der Partei waren etwa 30 Prozent Angestellte und Beamte gegen 25 Prozent Kolonisten (d. h. französische Bauernansiedler) usw.

Der Beginn der nationalen Freiheitsbewegung in Algier rief unter diesen Schichten der Partei ein besonders feindseliges Verhältnis wach. Die Partei mußte in einer tiefen inneren Krise (die zur Zeit noch nicht überwunden ist) dieser Gegensätzlichkeit Herr werden. Gleichzeitig muß die Partei eine ungeheuer schwierige Aufgabe lösen: die Heranziehung der eingeborenen fortgeschrittenen Arbeiter und die grundlegende Veränderung ihres sozialen und nationalen Bestandes. In der nächsten Zeit wird die Partei ein klares Programm für die Nationalitäten- und Agrarfrage finden müssen. Ohne diese Voraussetzung dürfte die Partei von der nationalen Freiheitsbewegung isoliert werden, die in den letzten Monaten aus der Illegalität an die Oberfläche zu steigen beginnt. Diese Bewegung, die im vorigen Jahre lediglich demokratisch-reformistische Forderungen aufgestellt hatte, geht jetzt unter

dem Einfluß Syriens und Marokkos auf den Weg des nationalrevolutionären Kampfes über. Soweit es in Algier noch keine nationale Partei gibt, kann man auf diesen Wendepunkt in der Bewegung nur nach einzelnen Symptomen schließen (nach dem Manifest der 1000 eingeborenen Intellektuellen, nach dem Aufruf der 256 Studenten usw.).

Es ist die Aufgabe der Kommunisten in Algier, diese Bewegung in jedweder Weise zu fördern und eine einheitliche revolutionäre Front mit derselben herzustellen. Die notwendige Voraussetzung hierzu wäre allerdings die obenerwähnte innere Umgruppierung der Partei.

In Tunis sehen wir die Radikalisierung der nationalen Bewegung mit besonderer Schnelligkeit vor sich gehen. Die nationale Partei „Destur“, die 20 000 Mitglieder hat, geht in schnellem Tempo in das Lager des nationalrevolutionären Kampfes über. Die Gründe dieses Prozesses liegen in einem Versagen aller friedlichen Versuche des „Destur“, im Wege der Verhandlungen mit der französischen Regierung ernstliche Reformen zu erzielen. Der marokkanische und syrische Krieg haben diesen Prozeß beschleunigt. Ende 1925 sollen auf einem außerordentlichen Kongresse des „Destur“ die weiteren Richtlinien für diesen Kampf festgelegt werden. Nach dem Anwachsen des linken Flügels des „Destur“, der mit der kommunistischen und der Arbeiterbewegung in Tunis Verbindung sucht, zu urteilen, muß angenommen werden, daß der Kongreß des „Destur“ sich zur Schaffung einer Einheitsfront aller radikalen Elemente in Tunis entschließen wird.

Das ist das allgemeine Bild der revolutionären Bewegung in den französischen Kolonien am Mittelmeer.

Die im kommenden Frühjahr bevorstehende Wiederaufnahme der Kriegooperationen in Marokko und das Anwachsen des Aufstandes in Syrien werden der Entwicklung und der Vertiefung der Bewegung in diesem Ringe fraglos einen neuen Anstoß geben. Die innere Konsolidierung dieser Bewegungen sowie die äußere Koordinierung derselben ist jetzt die dringlichste und verantwortungsvollste Aufgabe der französischen und britischen kommunistischen Partei wie auch der kommunistischen Organisationen all dieser kolonialen Länder.

Der ganze Kolonialring des Mittelmeers ist vermöge der allgemeinen Konstellation mit revolutionären Perspektiven geschwängert.

4. Indonesien

Die Kommunistische Partei Indonesiens hat schon eine große Erfahrung in der Leitung einer nationalrevolutionären Massenbewegung hinter sich. In den Jahren 1919—1920 vollzog sich die revolutionäre Bewegung unter der Losung der Sowjetgewalt. Die Welle verflüchtigte sich aber bald. Die Kommunistische Partei verstand es nicht, ihre politische und organisatorische Linie den neuen Arbeitsbedingungen anzupassen.

Die gegenwärtige politische Lage in Indonesien wird durch folgende drei Momente charakterisiert:

1. Durch einen allgemeinen Ruck nach links in den nationalistischen Organisationen; 2. durch den Einfluß, den die nationale Freiheitsbewegung in China und in den islamitischen Ländern auf den Befreiungskampf in Indonesien ausübt; 3. durch den seitens der Regierung nicht nur gegen die Kommunistische Partei und den von dieser geleiteten „Sarekat Rajag“, son-

dern auch gegen die gemäßigten, nationalistischen Gruppierungen ausgeübten Terror.

Die sich ständig verschlechternde wirtschaftliche Lage der Volksmassen und das machtvolle Anwachsen der nationalrevolutionären Bewegung nahezu in allen Ländern des Ostens spiegeln sich in den Stimmungen jener Massen der indonesischen Bevölkerung wieder, die bislang noch den gemäßigten nationalistischen Gruppierungen gefolgt sind. Die von der Kolonialkommission des letzten Plenums des EKKI ausgegebene Losung der antiimperialistischen Einheitsfront findet in steigendem Grade lebendigen Widerhall in den unteren Organisationen des gemäßigt nationalistischen Sarekat Islam, des Budi Utomo u. a. Unter dem Druck dieser Organisationen sah sich Tjokro-Minoto, der Führer des Sarekat Islam, im Sommer dieses Jahres gezwungen, mit den Leitern der javaischen Kommunistischen Partei wegen Schaffung eines Einheitsblockes gegen den holländischen Imperialismus in Verhandlungen zu treten. Die Verhandlungen haben zwar zunächst noch zu keinen Resultaten geführt, doch hat die Losung der Einheitsfront überall schon tiefe Wurzeln geschlagen. Die Radikalisierung der Bewegung tut sich auch in der Organisation der javaischen Intelligenz — Budi Utomo — kund, die bis in die letzte Zeit hinein abseits von der Politik gestanden hatte.

Es muß allerdings gesagt werden, daß unsere javaischen Genossen nicht in genügendem Maße auf diesen Prozeß reagieren. Die kommunistische Presse widmet der Idee der Einheitsfront und der einer Plattform, auf der alle nationalrevolutionären Elemente zusammengefaßt werden könnten, zu geringe Aufmerksamkeit. Ebenso sind noch keine Methoden für eine Annäherung an die unter dem Einfluß der reformistischen Führer stehenden Massen ausgearbeitet worden. Inzwischen gehen die revolutionären Elemente der nationalistischen Organisationen, die an der reformistischen Taktik der Führer verzweifeln, über den Kopf der Kommunistischen Partei hinweg zum Terror über. So berichten die letzten Zeitungen, daß die sogenannte „Sektion B“ des Sarekat Islam — eine terroristische Gruppe, die bis zum Jahre 1920 operiert hatte — ihre Tätigkeit wieder aufgenommen habe. In einer ganzen Reihe von Städten seien Attentate auf prominente holländische Beamte ausgeführt worden. Die Häufung der terroristischen Akte ist demnach die zweite bedeutsame Tatsache, die vermerkt werden muß.

Der Einfluß des siegreichen Ringens des chinesischen Volkes um seine Unabhängigkeit kommt auch unmittelbar zum Ausdruck in den Massen der chinesischen Arbeiter und der Kleinbourgeoisie, deren es in Indonesien insgesamt gegen eine Million gibt. Diese Massen gruppieren sich um die indonesische Sektion der Kuo-min-tang. Seit den Schanghaier Ereignissen betreibt die Kuo-min-tang auf Java und den anderen Inseln des Archipels eine gesteigerte Tätigkeit. Zur Unterstützung der Schanghaier Streikenden hat sie 50 000 Dollar aufgebracht; ebenso werden von ihr Erläuterungen und die Popularisierung der Idee der nationalrevolutionären Bewegung in China eifrig betrieben. Auf den Erfolg dieser Propaganda kann man nach den Repressalien schließen, die die Regierung gegen die Leiter der Kuo-min-tang ausübt. Während der letzten drei Monate wurden vier Redakteure chinesischer Kuo-min-tang-Zeitungen aus Java ausgewiesen, und ein Redakteur wurde ins Gefängnis geworfen. Die Sammlung von Spenden für die Kuo-min-tang wurde verboten.

Die allgemeine Linkskonzentrierung der nationalistischen Organisationen, die Terrorakte und die Tätigkeit der Kommunistischen Partei beantwortet die Regierung mit der Verstärkung des polizeilichen Kolonialregimes und mit dem weißen Terror.

Über das Land ist der Belagerungszustand verhängt; alle revolutionären und oppositionellen Organisationen werden aufgelöst. Die holländischen Satrapen Indonesiens begnügen sich aber nicht mit dem offenen Terror; unter Billigung und nächster Beteiligung der Regierung werden faschistische Organisationen geschaffen für den bewaffneten Kampf gegen die „kommunistische Gefahr“. Der Sarekat Chiljo — das ist die Bezeichnung der faschistischen Organisation — mordet Kommunisten, sprengt Versammlungen, terrorisiert Bauern, die an der Bewegung des Sarekat Rajat teilnehmen.

Unter so schwierigen Bedingungen vollzieht sich das Wirken und der Kampf der Kommunistischen Partei und der von ihr geleiteten Organisation Sarekat Rajat. Das Fehlen einer guten Verbindung mit dem weiten Java und die faktisch rechtlose Lage der Partei erschweren — nach den vereinzelt zu uns gelangenden Mitteilungen — die Festsetzung einer gemeinsamen Linie der Partei in Fragen der Bauernschaft, Gewerkschaften usw. Die Partei setzt ihre Tätigkeit sowohl in der Bauernorganisation Sarekat Rajat wie in der Arbeiterbewegung weiter fort. In den letzten Monaten sind unter Beteiligung der Kommunisten einige Streiks durchgeführt worden, so der Streik der Buchdrucker, der Metallarbeiter, der Seeleute usw. Es vergeht kein Tag, an dem die Blätter nicht Mitteilung machten über die Auflösung von Versammlungen des Sarekat Rajat und über die Verhaftung der kommunistischen Organisatoren dieser Versammlungen. Die kommunistische Propaganda hat indes auch ins Heer einzudringen vermocht, wovon die Verhaftungen kommunistischer Soldaten zeugen.

Einzelne Tatsachen zeigen allerdings, daß die indonesischen Genossen ungeachtet all ihrer Aktivität es bisher nicht vermocht haben, unter der Bauernschaft eine tiefgreifende Propaganda zu entfalten und diese in die allgemeinnationale Bewegung hineinzuziehen. Die Fehler der indonesischen Genossen gegenüber den nationalistischen Organisationen wiederholen sich auch gegenüber der Bauernschaft. Die Resolution des letzten Plenums des EKKI über die allmähliche Loslösung des Sarekat Rajat von der Partei und über die Umwandlung desselben in eine selbständige nationalrevolutionäre Organisation, die sich mit den breiten Massen verbinden sollte, ist nicht zur Ausführung gekommen. Wenn die Partei nicht zur rechten Zeit die richtige Linie gegenüber der Bauernschaft finden wird, so wird die politische Entwicklung der letzteren an ihr ebenso vorübergehen, wie es zum Teil schon bezüglich der radikalnationalistischen Elemente beobachtet wurde. Nur allein die volle und bedingungslose Durchführung der Resolution des Märzplenums des EKKI kann die isolierte Stellung der Partei beseitigen und kann sie zu einem festen Damm für alle aktiven anti-imperialistischen Kräfte des indonesischen Volkes machen.

E. KWIRING:
LAGE UND AUSSICHTEN
DER SOZIALISTISCHEN INDUSTRIE DER
SOWJETUNION

Die Wirtschaftsliteratur der Sowjetunion steht allgemein auf dem Standpunkt, daß das Haushaltsjahr 1925/26 den volkswirtschaftlichen Wiederaufbauprozess zu seinem Ende führen und sowohl die landwirtschaftliche wie die industrielle Produktion auf etwa 95 Prozent der Produktion von 1913 heben wird. Diese Auffassung stützt sich auf die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Perspektiven, wie sie in den sogenannten Kontrollziffern der Staatsplankommission enthalten ist. Mögen auch diese Kontrollziffern angesichts der ganzen Kompliziertheit der zu lösenden Aufgabe eine Anzahl unvermeidlicher Ungenauigkeiten enthalten, so nimmt dies doch diesem außerordentlich wichtigen Dokument nichts von seiner Bedeutung.

Neuerdings werden nun zahlreiche Stimmen laut, nach denen die Kontrollziffern der Staatsplankommission zu hoch gegriffen seien, und die der Sowjetunion feindliche Presse versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß die Sowjetvolkswirtschaft vor einer Krise und einer schweren Erschütterung stehe.

Wenn auch die Schätzungen der Staatsplankommission in gewisser Hinsicht zu hoch gegriffen sind, so kann doch deswegen keinesfalls von einem Stillstand oder gar einer Krisis der volkswirtschaftlichen Entwicklung Sowjetrußlands gesprochen werden. Es kann sich nur darum handeln, daß das industrielle Entwicklungstempo eine unwesentliche Verlangsamung erfährt.

Der Grund, aus dem sich diese irrtümliche Berechnung der Staatsplankommission herleitet, liegt in der Überschätzung des Ernteertrages 1925. Starke Regengüsse haben Qualität und Quantität der Ernte herabgesetzt, eine Tatsache, die auf den staatlichen Getreideankauf und -export die entsprechende Rückwirkung ausüben mußte.

Auf der Grundlage der zu günstigen Schätzungen des Ernteertrages war für die staatliche Getreidebeschaffung ein Programm von 780 Mill. Pud festgesetzt worden, und sowohl der Exportplan wie die Höhe der den staatlichen Einkäufern zugestellten Mittel waren dieser Ziffer angepaßt.

Hieraus mußten sich Komplikationen ergeben, wie sie sich dann auch in dem Zurückbleiben des Angebots hinter der Nachfrage der Einkäufer zeigten. Die Jagd nach dem Getreide trieb die Preise in die Höhe. Weiter kam hinzu, daß infolge der ungenügenden Bestände an Industriewaren die Bauernschaft nicht in der Lage war, ihren Warenbedarf zu decken und auf diese Weise die aus dem Getreideverkauf erlösten Gelder anzulegen.

Unter allen diesen Umständen kam es zu einer außerordentlichen Verschärfung des Warenhungers, der wieder zu einer starken Steigerung der Kleinhandelspreise der wichtigsten Industriewaren führte.

So bemächtigte sich die Spekulation des Marktes; teilweise hielten sich selbst die staatlichen und genossenschaftlichen Handelsinstitutionen hiervon nicht frei, indem sie Wiederverkäufe mit hohen Zuschlägen vornahmen.

Die so geschaffene Situation stellte die Sowjetregierung vor die Aufgabe, Maßnahmen zur Gesundung des Marktes und des ganzen wirtschaftlichen Lebens des Landes zu ergreifen.

Diese Maßnahmen mußten zunächst damit beginnen, daß der Ernteertrag neu eingeschätzt wurde, und daß im Anschluß hieran das Programm des staatlichen Getreideeinkaufs und -exports die entsprechenden Veränderungen erfuhr.

Die Tätigkeit der Einkäufer wurde beschränkt, die Käufe und teilweise auch der Export wurden verringert.

Maßnahmen zur Gesundung des Marktes wurden ergriffen, man verminderte die Kredite an die Handelsorganisationen, schaltete die Wiederverkäufe seitens der staatlichen und genossenschaftlichen Organe aus und erwog die Festsetzung von Maximalzuschlägen im Kleinhandel. Alles dies und anderes mehr wird in bedeutendem Maße dazu beitragen, das Wirtschaftsleben des Landes von den entstandenen Schäden zu befreien.

Verweilen wir zunächst bei den Perspektiven der Sowjetindustrie, wie sie sich nach allen inzwischen vorgenommenen Korrekturen zu den anfänglichen Kontrollziffern der Staatsplankommission ergeben.

Die Verminderung des Ernteertrages führte zu einer Herabsetzung der staatlichen Getreideeinkäufe von 780 Mill. Pud auf 600 Mill. Pud. Ungefähr 300 Mill. Pud entfallen auf den Anteil der Privatpersonen und der lokalen staatlichen oder genossenschaftlichen Käufer.

Diese Verkürzung zeigt sich auch im Export- und Importplan. Nach der ersten Variante der Staatsplankommission war der Export 1925/26 mit 1100 Mill. gegen 462 Mill. Rubel im Vorjahr und der Import mit 950 Mill. gegen 600 Mill. vorgesehen. Nach der Herabsetzung des Programms ergeben sich für den Export etwas über 800 Mill. und für den Import etwa 700 Mill. Rubel.

Im Vorjahr war die Handelsbilanz passiv, so daß die Differenz aus Gold- und Valutareerven gedeckt werden mußte. In einem Jahr guter Ernte müssen wir natürlich eine aktive Bilanz haben, um die Valuta- und Goldreserven aufzufüllen. Diese Auffüllung jedoch können wir nur um den Preis einer gewissen Einschränkung in unseren Auslandkäufen erreichen, wobei dies sowohl die Rohstoffe wie den Industriebedarf an Maschinen und Werkzeugen betrifft.

Eine Reihe von Industriezweigen der Sowjetunion verarbeitet ausländische Rohstoffe, und die komplizierte Maschinerie der meisten Produktionszweige muß wegen der schwachen Entwicklung der russischen Maschinenfabrikation aus dem Auslande geholt werden. Es ist dies die Hinterlassenschaft des kapitalistischen Rußlands. Abhängig von ausländischen Rohstoffen ist die Textilindustrie, und zwar sowohl die Baumwoll- wie die Wollfabrikation, die Lederverarbeitung, die Gummiindustrie und eine Reihe anderer Produktionszweige, die Rohstoffe oder Halbfabrikate geringerer Bedeutung benutzen.

Die hohe Kaufkraft der Bauern ruft in erster Linie eine Nachfrage nach Gegenständen des bäuerlichen Massenbedarfs hervor. Vom gesamten Lande

kommt eine ungeheure Nachfrage, und es besteht zurzeit nicht die Möglichkeit, diesen Anforderungen völlig zu genügen. Um dies zu erreichen, wäre ein noch schnelleres Entwicklungstempo der staatlichen Industrie erforderlich, als es jetzt der Fall ist; dabei zwingt jedoch die Einschränkung des Einfuhrprogramms, dieses Tempo ein wenig zu mäßigen.

Wo liegen die Grenzen der industriellen Entwicklung im Rahmen des eingeschränkten Einfuhrprogramms? Das Entwicklungstempo der sowjet-russischen Großindustrie (namentlich der staatlichen) ist in den letzten Jahren sehr intensiv gewesen. Im Vergleich zum jeweiligen Vorjahre belief sich ihr Kräftezuwachs 1922/23 auf 31 Prozent, 1923/24 auf 32 Prozent, 1924/25 auf 62 Prozent; in den Kontrollziffern der Staatsplankommission war auf Grund der Vorausberechnungen für das zweite Halbjahr letztere Ziffer mit 54 Prozent angegeben, so daß also diese Schätzung durch die realen Ergebnisse übertroffen wurde. 1925/26 ist nunmehr eine Steigerung von 34 Prozent zu erwarten, während der Oberste Volkswirtschaftsrat ursprünglich unter Berücksichtigung des zu hoch angesetzten Ernteertrages 45—50 Prozent annahm und dementsprechend erwartete, daß die Großindustrie 97 Prozent des Vorkriegsniveaus erreichen würde.

Wie sieht es nun mit der Erreichung dieses Produktionsniveaus aus?

Antwort hierauf gibt der faktische Produktionsstand, den die Staatsindustrie im Oktober 1925 erreicht hat. Diese Gruppe ist nicht ganz identisch mit jener Gruppe der Staatsplankommission, wie sie unter der Rubrik „Zensusindustrie“ zusammengefaßt ist, stellt jedoch etwa 90 Prozent dieser Gruppe dar.

Die staatliche Industrie wuchs in den letzten Monaten in gewaltigem Maßstabe. So ergab die Septemberproduktion eine Zunahme um 12 Prozent, die Oktoberproduktion eine solche um 10,5 Prozent.

Eine derartige Monatssteigerung läßt auf ein gutes Jahr industriellen Aufstiegs schließen; die Oktoberproduktion entspricht etwa 87 Prozent der realen Vorkriegsproduktion. Gegenüber dem Monatsdurchschnitt 1924/25 weist die Oktoberproduktion eine Steigerung von etwa 35 Prozent auf.

Demnach zeigt die Oktoberproduktion, die Produktion des ersten Monats des neuen Wirtschaftsjahres 1925/26, gerade den Produktionsstand, wie er durch die Kontrollziffern für 1925/26 vorgesehen ist. Um das vom Obersten Volkswirtschaftsrat für 1925/26 festgesetzte Produktionsprogramm zu erfüllen, bedarf es also für die Industrie keines Antriebs zu weiterer Beschleunigung der Entwicklung; es ist zur Hauptsache erforderlich, den erreichten Produktionsstand zu behaupten und eine allmähliche Vorwärtsbewegung der weiter zurückgebliebenen Industriezweige, namentlich der Metallindustrie, zu bewirken.

Die Roheisenproduktion beträgt im Oktober 1925 erst 40 Prozent der Vorkriegsproduktion, während nach dem Programm eine Steigerung auf 60 Prozent vorgesehen ist. Dieses Programm muß unbedingt erreicht werden, und zwar um so eher, als dieser Industriezweig nur hinsichtlich einzelner Teile seiner maschinellen Ausrüstung vom Einfuhrprogramm abhängig ist.

Können wir uns auf dem erreichten Stande behaupten? Das hängt im wesentlichen von der ausländischen Rohstoffzufuhr ab, und es ist dazu zu sagen, daß der Einfuhrplan für Rohstoffe und Halbfabrikate trotz der Ver-

kürzung die Möglichkeit bietet, den erreichten Produktionsstand zu behaupten; eine teilweise Ausnahme gilt nur für vereinzelte Gruppen der leichten Industrie (Teile der Nahrungsmittel- und Fettindustrie). Unter diesen Stand müßten wir nur dann hinuntergehen, wenn der Exportplan sich als noch nicht endgültig erweisen würde und wir dementsprechend noch mehr die Einfuhr von Rohstoffen und Fabrikaten beschneiden müßten.

Eine Einschränkung ergibt sich, soweit es sich um die Kapitalinvestierungen in der Industrie handelt. Der Oberste Volkswirtschaftsrat hat für das laufende Jahr eine ausgedehnte Arbeit in Aussicht genommen, die sich gleichmäßig auf das Gebiet der Kapitalreparatur, der Neuausstattung und Rationalisierung der Staatsindustrie sowie der Anlage von neuen Werken und Fabriken bezieht; insgesamt waren etwa 950 Mill. Rubel vorgesehen, davon etwa 650 Mill. Rubel für Reparaturen und Neuausstattungen, etwa 200 Mill. für Neuanlagen (der Gesamtwert der geplanten neuen Betriebe beläuft sich auf etwa 620 Mill. Rubel) und 100 Mill. für die Errichtung von Arbeiterwohnungen.

Zur Deckung dieser Ausgaben waren folgende Quellen in Aussicht genommen:

Eigene Mittel der Industrie (Amortisationsfonds, Gewinne unter Abzug des in das Staatsbudget zurückfließenden Teiles u. a.) mit ungefähr 500 Mill. Rubel, Zuwendungen aus dem Staatshaushalt mit 120 Mill., Beträge aus der Anleihe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau mit 175 Mill., Kredit der Kommunalbank mit 50 Mill. (für Wohnungsbau) und ein Betrag von 100 Mill., der sich aus der Kreditierung von Zahlungen bis 1926/27 ergibt (darunter auch die Auslandskredite für Maschinen und Werkzeuge).

Das Programm kann in dieser Form nicht durchgeführt werden, einerseits, weil die inneren Mittel nicht in genügendem Maße disponibel sind, andererseits, weil der Importplan eingeschränkt werden mußte. Schätzungsweise wird sich die Summe der Kapitalinvestierungen in der Industrie insgesamt auf 800—850 Mill. Rubel belaufen können. Man wird deshalb eine Reihe von Neuanlagen, die das Programm vorsah (z. B. in der Traktoren-, Textil- und Glasindustrie), zurückstellen müssen; außerdem wird bei einer Anzahl von Fabriken und Werken die Neuausstattung mit Maschinen und Geräten, wenigstens auf die ersten Monate des Wirtschaftsjahres 1925/26, verschoben werden müssen. Übrigens erscheint es nicht ausgeschlossen, daß der tatsächliche Export in der zweiten Jahreshälfte die Voranschlagsziffern übersteigt, da die Schätzungen hier sehr vorsichtig vorgenommen sind; damit würde sich natürlich die Frage nach einer Erhöhung der Einfuhr von Maschinen und Geräten erneut stellen.

Immerhin wird sich auch bei dem verkürzten Programm die Einfuhr von Maschinen und Geräten auf etwa 150 Mill. Rubel belaufen, eine Summe, die bei günstiger Gestaltung der Kreditverhältnisse noch höher werden könnte.

Die innere finanzielle Lage braucht keine besonderen Befürchtungen hinsichtlich der Finanzierung der industriellen Kapitalinvestierungen nach dem gegenwärtigen Programm aufkommen zu lassen. Aus dem Budget und der Anleihe für wirtschaftlichen Wiederaufbau sind etwa 300 Mill. ausgeworfen, was zusammen mit den eigenen Mitteln der Industrie gegen 800 Mill. Rubel ergibt. Fügt man hierzu noch die Kredite für den Wohnungsbau, die Auslandskredite für Fabrikausstattung und die befristeten Zahlungen, so gelangt man zu dem Betrag von 850 Mill. Rubel.

Wie man sieht, sind die Ergebnisse der angestellten Überlegungen keineswegs trübe.

Wenn, wie angenommen, die industrielle Produktion sich 1925/26 in den Grenzen von etwa 35 Prozent hebt, so ist damit die Erreichung von 90 bis 95 Prozent der Vorkriegsproduktion ungefähr gesichert.

Gleichzeitig schaffen wir neue Unternehmungen und modernisieren die bestehenden Betriebe, um auch für die Zukunft die Steigerung sicherzustellen. Das bedeutet allerdings, daß wir alle Kräfte des Landes anzuspannen haben.

Einzelne Unternehmungen werden schwierige Perioden zu überstehen haben, die finanzielle Lage wird eine fühlbare Anspannung zeigen.

Was das Staatsbudget betrifft, so zeigt es keinerlei Defizit und nähert sich der Summe von 4 Milliarden Rubeln (voraussichtlich 3850—3900 Millionen); dabei sind die allgemeinen Aufwendungen für Arbeitslöhne und besonders die kulturellen Aufwendungen wesentlich erhöht. Es ist dies ein sichtbares Zeichen für den wachsenden Wohlstand des Landes.

Aber gerade dank diesem wachsenden Wohlstand des Arbeiter- und Bauernlandes wachsen die Anforderungen des Konsums noch schneller, und so wird es noch schwerer, dem Massenbedarf zu entsprechen.

Besonders schwer wird dies der Industrie, und zwar trotz ihres schnellen Wachstums.

Eine Folge dieser Differenz ist der Warenhunger, der gleichzeitig eins der schwersten Hemmnisse für die Konsolidierung der Sowjetwirtschaft ist: er vermag den Finanzen des Landes Abbruch zu tun und eine Zuspitzung der politischen Beziehungen zwischen Bauernschaft und Arbeiterklasse herbeizuführen.

Bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten unterstützt uns die weitere Ausdehnung und Konsolidierung der staatlichen Industrie, deren Besitz zu den wichtigsten beherrschenden Stellungen des sozialistischen Aufbaus gehört.

Was ich sagte, bezieht sich auf die staatliche Industrie. Aber unser Wirtschaftssystem besteht aus Elementen verschiedener Wirtschaftssysteme. Wladimir Iljitsch Lenin hat diese Elemente aufgezählt:

1. Die patriarchalische, d. h. in bedeutendem Maße noch naturalwirtschaftliche Bauernwirtschaft.
2. Die Kleinproduktion für den Markt (hierher gehört die Mehrzahl der Bauern, soweit sie Getreide auf den Markt bringen).
3. Der privatwirtschaftliche Kapitalismus.
4. Der Staatskapitalismus.
5. Der Sozialismus.

Unsere Wirtschaftsstruktur bildet einen Übergang zum Sozialismus, ist nicht völlig sozialistisch, und zwar deshalb, weil neben sozialistischen Elementen kapitalistische und vorkapitalistische Elemente bestehen, die erst in Sozialismus verwandelt werden müssen, um diesen in vollem Maße zu verwirklichen.

Welche Ergebnisse hat nun der Kampf zwischen diesen Elementen in den Jahren der Neuen Ökonomischen Politik gezeitigt, während derer der wirtschaftliche Kampf zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Elementen offen ausgetragen wurde?

Genosse Lenin hat in seinem Aufsatz über die Naturalsteuer sowie in seinem Aufsatz über die Genossenschaften klar gesagt, was er unter den von ihm aufgeführten Wirtschaftsgruppen verstanden hat.

Am ehesten bedarf der Fixierung die als Staatskapitalismus bezeichnete Gruppe. In der Broschüre über die Naturalsteuer spricht Lenin von vier Arten des Staatskapitalismus, und zwar: 1. Konzessionen; 2. Genossenschaften; 3. Benutzung des privaten Händlers als Kommissionärs zum Verkauf staatlicher Waren; 4. Verpachtung von Industriebetrieben nach dem Muster der Konzessionen.

In der Abhandlung über die Genossenschaften rechnet Lenin die Genossenschaften zur Gruppe der sozialistischen Wirtschaftsunternehmungen und beschränkt die Gruppe des Staatskapitalismus auf die Konzessionen. Wir wollen einige Auszüge wiedergeben:

„Eine Gesellschaftsordnung zivilisierter Genossenschaftler bei Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, auf Grund des Klassensieges des Proletariats über die Bourgeoisie — das ist die Gesellschaftsordnung des Sozialismus.“

„Unter den bei uns gegebenen Verhältnissen fällt die Genossenschaft vollkommen mit dem Sozialismus zusammen.“

„Jetzt haben wir das Recht, zu sagen, daß das einfache Wachsen der Genossenschaften für uns (unter dem obenerwähnten ‚kleinen‘ Vorbehalt) gleichbedeutend ist mit dem Wachsen des Sozialismus.“

„... die Konzessionen aber würden unter unsern Verhältnissen den reinen Typus des Staatskapitalismus darstellen.“

Demnach sind zu den Unternehmungen vom Typ des Staatskapitalismus nur die Konzessionen zu rechnen, nachdem weder die Verpachtung von Industriebetrieben nach dem Muster von Konzessionen noch der private Kommissionshandel eine nennenswerte Entwicklung eingeschlagen haben. Über die Konzessionen braucht man sich hier nicht weiter auszulassen. Die größten Konzessionäre — Harriman (Tschiatura) und die Lena Goldfields — haben ihre Arbeit erst neuerdings aufgenommen, und die Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter übersteigt nicht zwei Prozent der in der Staatsindustrie beschäftigten Arbeiter. Demnach hat man also nur zu sprechen über den Kampf zwischen der sozialistischen, staatlichen und genossenschaftlichen Industrie auf der einen Seite und der privatkapitalistischen Industrie auf der andern Seite; zu letzterer ist auch die Kustarindustrie zu rechnen.*

Nach den diesbezüglichen Ziffern der Staatsplankommission ergibt sich folgende Tabelle:

Jahr	Bruttoproduktion in Millionen Tscherwonzenrubel und in %					
	Staatliche u. genossenschaftliche Industrie		Privatindustrie		Insgesamt	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1923/24	5 562	76,3	1 728	23,7	7 290	100
1924/25	7 750	79,3	1 970	20,7	9 520	100
1925/26	9 186	79,7	2 334	20,3	11 520	100

* Kustar = ländlicher Kleinproduzent von industriellen Waren. (Anm. des Übersetzers.)

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß die vergesellschaftete, sozialistische Industrie schneller als die privatkapitalistische Industrie wächst.

Diese kleine Tabelle enthält also schon die Antwort auf die Leninsche Frage: „Wer wen?“

Im Bereich der Industrie besiegen die sozialistischen Elemente, wenn auch allmählich, die privatkapitalistischen Elemente.

Die Perspektiven der neuen industriellen Anlagen weisen eine weitere Verstärkung dieses Prozesses auf, ungeachtet der Tatsache, daß das Tempo der Ausdehnung der Industrie ein wenig verlangsamt wird.

Im gleichen Zusammenhang muß man aber bemerken, daß der Warenmangel und das unzureichende Fortschreiten der staatlichen Großindustrie einen starken Antrieb für die Entwicklung der privaten Kleinindustrie und der Kustarproduktion bietet.

Bei Anhalten der hohen Konjunktur bietet sich für die Privatindustrie die Möglichkeit, in etwa demselben Tempo zu wachsen wie die Staatsindustrie; es drückt sich dies auch darin aus, daß nach dem Voranschlag die Verringerung des prozentuellen Anteils der Privatindustrie an der Gesamtproduktion des Landes für 1925/26 nur sehr geringfügig ist.

Auf der andern Seite muß man berücksichtigen, daß die Verträge über größere Konzessionen erst in dem Wirtschaftsjahr 1924/25 unterschrieben wurden, und daß sich der Zufluß von Konzessionskapitalien mit der erstarkenden Volkswirtschaft des Landes vermehren wird. Neuerdings werden Verhandlungen über eine Reihe großer Industriekonzessionen gepflogen, denen im Falle des Abschlusses bereits eine größere Bedeutung im industriellen und volkswirtschaftlichen Leben des Landes zukommen würde.

Alle diese Tatsachen zeigen, daß mit der wachsenden volkswirtschaftlichen Kraft des Landes auch die besonderen Schwierigkeiten und Gefährdungen des sozialistischen Aufbaus wachsen.

Mögen aber auch derartige Schwierigkeiten in Gegenwart und Zukunft bestehen, so werden wir unbekümmert darum auf der Grundlage der schon erzielten wirtschaftlichen Erfolge den sozialistischen Aufbau fortführen.

B. SMERAL:

DIE WAHLEN IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Das Resultat der am 15. November in der Tschechoslowakei durchgeführten Wahlen bringt das Material zur Beurteilung folgender zwei Tatsachen: 1. daß die jetzige Stabilisierung der kapitalistischen Länder wirklich nur eine sehr relative ist, 2. daß in einer nicht unmittelbar revolutionären Periode, in einer Periode zwischen zwei Revolutionen für kommunistische Parteien die Möglichkeit besteht, sich als wirkliche Massenparteien, als die in der Arbeiterbewegung führenden Parteien zu stabilisieren.

Die Tschechoslowakei ist ein kleiner Staat. Am Tage der letzten Volkszählung, 15. Februar 1921, zählte sie 13 368 683 Einwohner. Als selbständiger Staat existiert sie seit dem 28. Oktober 1918, also 7 Jahre. Die Entwicklung aller Verhältnisse derselben kann man infolge der Kleinheit des Territoriums und infolge der Kürze der Zeit leicht übersehen. An einer konkreten Praxis des Lebens eines konkreten Landes können wir hier die Frage prüfen: Inwieweit war die Methode bürgerlich-demokratischen Regierens während der sieben Jahre imstande, die wichtigsten Probleme des staatlichen und sozialen Lebens zu lösen? Hat die bürgerlich-demokratische Methode, den Staat aufzubauen, in der Tschechoslowakei in den abgelaufenen sieben Jahren größere Erfolge erzielt als die proletarisch-revolutionäre Methode, das Regierungssystem der Diktatur des Proletariats in Rußland? Bewegt sich die Tschechoslowakei — die Entwicklung ihrer Verhältnisse als Ganzes genommen — auf einer aufsteigenden Linie, oder ist die Gesamtbilanz des „demokratischen“ Regierens trotz einzelner Symptome einer Besserung, einer „Stabilisierung“, im ganzen passiv? Ist die Labilität der wirtschaftlichen, finanziellen und infolgedessen auch politischen Verhältnisse in mancher Hinsicht gleich oder sogar noch größer als zur Zeit der früheren Wahlen, 1920? Wir wollen heute, die internationalen gegenseitigen Abhängigkeiten und Einflüsse der kapitalistischen Staaten beiseitelassend, hier jene Symptome der Stabilität oder Labilität der Tschechoslowakei untersuchen, die aus ihrem eigenen inneren Leben herausquellen, und zwar von diesen jene, die in den Ziffern der letzten Parlamentswahlen zum Ausdruck gekommen sind.

Zuerst ein paar Sätze über die Wahlen selbst. Die letzten Wahlen zum tschechoslowakischen Parlament sind die zweiten Parlamentswahlen seit der Gründung des tschechoslowakischen Staates. Die ersten fanden am 15. April 1920 statt. In den ersten zwei Jahren der Existenz des Staates herrschte in der Tschechoslowakei nicht das Regime der Demokratie, sondern eine ausgesprochene, unverhüllte, durch die tschechischen Sozialdemokraten

unterstützte nationale Diktatur der Minderheit, der tschechischen Bourgeoisie. Die Verfassung, alle anderen Grundgesetze des neu aufzubauenden Staates, bestimmte nicht ein gewähltes, allen Schichten der Bevölkerung zugängliches Parlament, sondern eine Körperschaft, deren Mitglieder von den Führungen der tschechischen politischen Parteien ernannt wurden und jeden Tag durch einen Beschluß des zentralen Komitees der entsprechenden Partei abberufen und durch andere ersetzt werden konnten. Von der Teilnahme bei der Schaffung der Grundlagen des neuen „nationalen“ Staates wurden alle jene mit Gewalt ausgeschlossen, deren nationales Interesse ein anderes war als das nationale Interesse der in der „nationalen Revolution“ siegreichen tschechischen „Nation“ (der tschechischen nationalen Bourgeoisie). Erst als mit Hilfe der „nationalen Diktatur“ alle Grundlagen des neuen Staates (Verfassung, Wahlrecht, gesetzliche Sicherung des Privateigentums, gesetzliche Festigung der politischen Macht in den tschechischen Händen) fertig und fest waren, erst dann wurde die nationale Diktatur abgebaut, es wurden die Türen für die Demokratie halb geöffnet und am 15. April 1920 die ersten Wahlen zum Parlament durchgeführt. Mit diesen Wahlen waren zum ersten Male zur politischen Mitarbeit im Lande auch die Minoritätsnationen, Deutsche, oppositionelle Slowaken, Ungarn, Polen, also fast die Hälfte der Bevölkerung, zugelassen. Podkarpatske Rus (Karpathorußland) war auch damals noch nicht zur Wahl und zur Vertretung im Parlamente zugelassen. Die Kommunistische Partei hatte sich zur Zeit der ersten Parlamentswahlen als selbständige Partei noch nicht konstituiert. Sie lebte damals noch als „Linke“ im Schoße der tschechischen und der deutschen Sozialdemokratie. Die jetzt kommunistischen Stimmen wurden damals für die Kandidatenlisten der sozialdemokratischen Parteien abgegeben. Seit dem 15. April 1920 fanden in der Tschechoslowakei 1923 die Gemeindewahlen statt (aber nicht überall) und 1924 die ergänzenden Parlamentswahlen für Podkarpatske Rus. Die jetzigen Wahlen waren die ersten, die man wirklich als allgemeine betrachten kann. Bei der Gesamtzahl der Bevölkerung von 13½ Millionen haben sich an den jetzigen Wahlen 7 105 276 Wähler beteiligt. Also mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Solange die Bourgeoisie den ganzen Apparat der staatlichen Macht in Händen hat, kann sie selbstverständlich auch das Resultat der Wahlen sehr beeinflussen. Das geschah in großem Umfange auch in der Tschechoslowakei. Trotzdem aber kann man sagen, daß, sogar ohne eine dieser Tatsache entsprechende Korrektur durchführen zu müssen, in den Ziffern der Wahlergebnisse alle größeren inneren Probleme zum Ausdruck kommen, an denen die Tschechoslowakei reich ist. Gleichzeitig kommen in diesen Ziffern auch wichtige Probleme der Arbeiterbewegung dieses Landes zum Ausdruck.

Jetzt die grundlegenden Ziffern über die Resultate der jetzigen Wahlen. Am Wahlkampf haben sich nicht weniger als 31 Parteien beteiligt. 15 von ihnen haben soviel Stimmen erhalten, daß sie im neuen Parlamente vertreten werden. Das neue Abgeordnetenhaus (das Wahlrecht zu demselben ist gebunden an die Erlangung des 21. Lebensjahres; neben dem Abgeordnetenhaus besteht die zweite Kammer, der Senat, in die man erst mit 27 Jahren wählen kann.) hat folgende Zusammensetzung:

Die Parteien der Regierungskoalition:

Namen der Parteien	Zahl der Abgeordneten	Zahl der erhaltenen Stimmen
Tschechische Bauernpartei	45	970 498
Tschechische Klerikalen	31	691 238
Tschechische Sozialdemokraten	29	630 894
Tschechische Sozialisten	28	609 195
Tschechische Handwerker und Handelsleute	13	288 928
Tschechische Nationaldemokraten	13	284 628
Zusammen:	159	3 475 381

Opposition:

Namen der Parteien	Zahl der Abgeordneten	Zahl der erhaltenen Stimmen
Internationale Kommunisten	41	922 711
Slowakische Klerikalen	27	604 695
Deutsche Bauernpartei	24	571 198
Deutsche Sozialdemokraten	17	411 030
Deutsche Klerikalen	13	314 440
Deutsche Nationalen	10	240 879
Deutsche National-Sozialisten	7	168 278
Polnischer Volks- und Arbeiter-Bund	1	29 884
Autonome Bauernpartei in Podkarpatske Rus	1	35 674
Übrige 16 kleinere Parteien	—	323 090
Zusammen:	141	3 621 879

Was besagen diese Ziffern über die „Stabilisierung“ der Verhältnisse in der Tschechoslowakei? Die Frage der Bildung einer Regierung auf dem in den kapitalistischen Staaten üblichen parlamentarischen oder demokratischen Wege ist heute viel schwieriger, als es nach den Wahlen im Jahre 1920 der Fall war. Die Regierungskoalition bildeten früher nur fünf Parteien (die Handwerkerpartei mit 6 Abgeordneten war bis zu den letzten Wahlen in der Opposition), und das Verhältnis der Regierungsmajorität in der oppositionellen Minorität war 164 gegen 136. Jetzt beteiligen sich an der Regierung 6 Parteien und das numerische Kräfteverhältnis bei Abstimmungen ist 159 gegen 141. Dabei aber muß sich die jetzige „Majorität“ bewußt werden, daß sie auch mit den neugewonnenen Handwerkern nur die Minderheit der bei der Wahl abgegebenen Stimmen für sich bekommen hat. Es ist fast eine Unmöglichkeit, daß sechs verschiedene Gruppen, von denen jede ganz andere soziale Bedürfnisse vertreten soll, bei jeder wichtigen Gesetzesvorlage einheitlich sein können. Schon heute, 14 Tage nach dem Wahltage, sieht man, daß der Prozeß der formalen Bildung der neuen Regierung außerordentlich schwer vor sich geht. Man spricht schon davon, daß man eventuell ein Beamtenministerium oder ein „gemischtes“, aus „Fachmännern“ und Parlamentariern zusammengesetztes Ministerium wird einsetzen müssen. Man spricht aber auch ganz laut über noch weitergehende Maßnahmen, über die Einführung des Pluralwahlrechtes zuungunsten der Arbeiter und nationalen Minderheiten, über die Auflösung des jetzigen Parlaments und über die Durchführung der neuen Wahlen schon im Frühjahr. Sind das Symptome einer größeren Stabilisierung im Vergleich mit der parlamentarischen Situation vor fünf Jahren? Gewiß nicht!

Die trockene Sprache der Wahlziffern lenkt unsere Aufmerksamkeit auf weitere Umstände, die die Kompliziertheit und Unnatürlichkeit der gegebenen Situation in der Tschechoslowakei bezeugen. Ich führe einige Beispiele an. Erstens: In dem überindustrialisierten Lande, wo die Mehrheit der Bevölkerung in der Industrie und nur eine Minderheit in der Landwirtschaft beschäftigt sind, ist die Partei der Kapitalisten und der Banken die schwächste Partei in der regierenden Koalition. Die von Dr. Kramacz geführten Nationaldemokraten sind seit dem Jahre 1920 von 20 auf 13 Abgeordnete gesunken. Abgefallen sind von den Nationaldemokraten viele Handwerker, die diese kapitalistische Partei noch im Jahre 1920 in ihrem Schlepptau hielt. Der wichtigste Grund dieser Abspaltung ist die Steuerfrage. Zwei Monate vor den Wahlen hat sich durch Abspaltung von den Nationaldemokraten eine neue tschechische „Nationale Partei“ gebildet, die besonders unter den Intellektuellen und höheren Staatsbeamten zu agitieren begann und bei der Wahl nicht weniger als 98 240 Stimmen auf sich vereinigte. Diese Partei blieb infolge der künstlichen Anpassung des Wahlrechtes an die Bedürfnisse der Regierungsparteien ohne Vertretung im Parlament. In Kreisen des Großkapitals beginnt auch eine innere Differenzierung. Es entwickelt sich ein Gegensatz zwischen den alten „privilegierten“ Fabriken und Banken und den jüngeren, weiter ein Gegensatz zwischen dem reinen Finanzkapital der Banken und dem „produzierenden“ Kapital der Fabrikanten. Zweitens: In dem überindustrialisierten Lande bilden die größte Partei überhaupt die unter der Führung der klassenbewußten sehr reichen Großbauern stehenden tschechischen Agrarier; sofort nach ihnen, ihrer Größe sehr nahestehend als zweitgrößte Partei, kommen die Kommunisten. Wenn wir neben die tschechische Bauernpartei (970 598 Stimmen) auch die deutsche Bauernpartei stellen (591 198), wenn wir weiter bedenken, daß die Partei der slowakischen Klerikalen mindestens zu zwei Dritteln, die Partei der tschechischen Klerikalen mindestens zu einem Drittel aus der Dorfbevölkerung besteht, so wird klar, welche außerordentlich große Rolle in der weiteren Entwicklung der tschechoslowakischen Verhältnisse die Bauernfrage spielen wird. Drittens: Die größte Masse der Wählerschaft ziehen die in ihrer politischen Basis ausgesprochen kleinbürgerlichen Parteien an sich. Zu diesem kleinbürgerlichen Lager sind auch die Sozialdemokraten zu rechnen. Der charakteristischste Zug dieses Lagers ist seine große Zerstückelung in eine große Zahl selbständiger Parteien. Es existieren z. B. in der Tschechoslowakei nebeneinander vier selbständige Sozialdemokratische Parteien (deutsche, tschechische, polnische, ungarische), jede von ihnen mit einer anderen Politik, alle vier Mitglieder derselben II. Internationale. Diese Zerbröckelung des großen kleinbürgerlichen Lagers, durch die nationalen Unterschiede gesteigert, hat am meisten dazu beigetragen, daß am Wahlkampfe des kleinen Landes sich nicht weniger als 31 politische Parteien beteiligten. Die Zerbröckelung des großen kleinbürgerlichen Lagers ist kein Symptom einer Tendenz zur Stabilisierung, es ist ein Symptom der sozialen Unsicherheit, der politischen Ratlosigkeit und des Schwankens der breiten Schichten der Bevölkerung.

Viertens: Das überraschende Emporwachsen des katholischen Klerikalismus (tschechische Klerikalen mit 691 238, slowakische mit 604 695, deutsche mit 314 440 Stimmen). Dies in einem Lande, dessen Kampf um die natio-

nale Befreiung an die Traditionen der hussitischen und taboritischen Revolutionen gegen das päpstliche Rom anknüpften. Die jetzige Stärke des politisch organisierten katholischen Klerikalismus ist imstande, die Verhältnisse hier ähnlich zu komplizieren, wie die politischen Verhältnisse in Deutschland durch die Stärke des katholischen Zentrums in der Zeit des Bismarckschen Kulturkampfes kompliziert worden sind. Diese vier Umstände, die besonders in den Wahlziffern scharf in Erscheinung traten, muß man im Zusammenhange mit drei grundlegenden, ständig akuten Tatsachen bewerten, die schon an sich die Verhältnisse in der Tschechoslowakei außerordentlich kompliziert machen: erstens, daß das Land stark überindustrialisiert ist, zweitens, daß es sich wegen der großen Staatsschulden finanziell vor einer direkt unvorstellbaren (bei Weiterbestehen des Kapitalismus) Zukunft befindet; drittens: daß es sich um ein Land mit sechs verschiedenen Nationen handelt, von denen fünf unterdrückt sind, also um eine vollkommen ungelöste nationale Frage.

Weiter! Was sagen uns die Wahlziffern über die Kommunistische Partei und überhaupt über die Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei?

Die Kommunistische Partei erhielt 933 711 Stimmen. Sie hat im neuen Abgeordnetenhaus 41 Abgeordnete. Das ist ein sehr guter Erfolg. Jeder achte Wähler, jeder vierzehnte Einwohner des Landes steht zum Kommunismus in einem Verhältnis, das ihn für die Partei stimmen läßt. Es fällt uns nicht ein, zu übertreiben und alle diese Wähler sofort als Kommunisten zu betrachten. Die Partei hat 104 000 organisierte Mitglieder; aber was für eine Äußerung der tiefen Unzufriedenheit der Massen mit dem bisherigen bürgerlich-„demokratischen“ System des Regierens ist dieser Wahlausfall, ein wie großes Gebiet eröffnet sich uns für unsere weitere Propaganda des Leninismus, für unsere organisatorische Tätigkeit und für unsere Aktionen! Dieser Erfolg der Kommunistischen Partei wird um so deutlicher, wenn man überlegt, unter welchen Umständen er erreicht wurde: den Termin für die Wahlen hat die Regierung bestimmt; sie wählte den Augenblick, den sie für ihre Parteien für den günstigsten hielt; sie hat damit gerechnet, daß wir in einer Zeit, die nach unserem eigenen Geständnis nicht unmittelbar revolutionär ist, die Massen, die, von großen unmittelbaren Hoffnungen und Möglichkeiten hingerissen, früher mit uns gegangen sind, nicht unter unserem Einfluß würden halten können. Die Wahlen fanden unmittelbar nach Locarno statt, das als ein großer Schritt zur allgemeinen internationalen Entspannung in Europa, als Stabilisierung des jetzigen Zustandes auf „zwanzig Jahre“ geschildert wurde. Dazu im späten Herbst, wo die in der Tschechoslowakei wichtige Zuckerindustrie auf einige Wochen voll beschäftigt ist und die Arbeitslosigkeit — die übrigens auch so in diesem Jahre keine besonders große war — auf ein Minimum reduziert wurde. Ein ganzes Jahr lang hat sich die Regierung, haben sich die regierenden Parteien auf diesen Wahlkampf mit uns vorbereitet. Sie versuchten, uns im Innern zu zerrütten (Bubnik). Mit Hilfe der Polizei und Klassenjustiz haben sie unsere Parteifunktionäre, Agitatoren und Organisatoren verfolgt. Nach den keineswegs vollständigen Veröffentlichungen der Roten Hilfe wurden in den Monaten unmittelbar vor den Wahlen, in der Mehrzahl wegen verbaler Delikte, 211 aktive Parteimitglieder, meistens Funktionäre, zu 24 Jahren, 4 Monaten Kerker verurteilt. Gegen drei Zentralsekretäre, die in der Partei-

zentrale die organisatorische Vorbereitung der Wahl besorgen sollten, wurde nacheinander ein Haftbefehl erlassen. Zwei von ihnen, Jilek und Houser, wurden auch wirklich in den Kerker geworfen, Genosse Zapotocky mußte sich seit Mai in der Illegalität aufhalten. Gegen den verhafteten Genossen Jilek wollte man zuerst einen Prozeß wegen militärischer Spionage inszenieren. Nach einigen Wochen ist man davon abgekommen und arrangierte mit dem größten Lärm in der Presse eine Pogromhetze auf der Grundlage, daß die Genossen Jilek und Houser vor drei Jahren für Geld und auf Befehl Moskaus eine Ermordung des Präsidenten Massaryk organisiert hätten. Diese Kampagne endete mit großer Schande für die Regierung. Vor der ganzen Öffentlichkeit wurde der Nachweis erbracht, daß sie jeder tatsächlichen Grundlage vollkommen entbehrte, dabei aber in dem vollen Bewußtsein ihrer Grundlosigkeit direkt im Salon des Ministers des Innern mit Hilfe eines Getreuen vorbereitet wurde. Die verhafteten Sekretäre wurden trotzdem nicht aus der Haft entlassen. Es wurde gegen sie eine neue, dritte Anklage ausgearbeitet und auf die Anklagebank zu ihnen auch Genosse Neurath gesetzt. Die Anklage ging von der Behauptung aus, die Angeklagten hätten sich des Verbrechens des Hochverrats schuldig gemacht, indem sie von „Moskau“ Geld übernommen und für Sowjetrußland militärische Spionage geleistet haben. Mit großer Aufmachung und bei der sensationellen Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die Koalitionspresse kam es diesmal auch zur öffentlichen Hauptverhandlung, die fast eine ganze Woche dauern sollte. Nach drei Tagen begann es sich aber herauszustellen, daß auch die wichtigsten schriftlichen Dokumente dieses Prozesses Fälschungen waren. Die Regierung hatte natürlich kein Interesse, daß im öffentlichen Gerichtsverfahren, noch vor den Wahlen, festgestellt wurde, wer der Urheber dieser Fälschungen war. Die öffentliche Verhandlung wurde abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt.

In ihrem inneren Leben hat die Partei in dem Jahre vor den Wahlen eine schwere Krise durchgemacht. Diskussion, Änderung in der Führung auf dem Parteitage, heftige Fraktionskämpfe, endlich Bubniks Verrat. Die Beule des Bubnikismus war keine kleine. Neun Abgeordnete (von 27) und mehr als 30 Leute, die in der Partei bekannt, manche sehr populär waren, die teilweise wichtige Posten im Parteiapparat als Sekretäre oder Vertrauensleute bekleideten, mußten aus der Partei hinausgedrängt werden. Bubnik gab ein Tageblatt heraus und warf sich in den Wahlkampf gegen die Partei mit der Energie eines verzweifelten Verräters, der zu fühlen beginnt, daß er alles auf eine Karte gesetzt hat. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß die Partei kurz vor den Wahlen ihre Organisation auf Betriebszellen umstellte, und daß gleichzeitig fast überall im Parteiapparat wichtige personelle Änderungen eintraten. Wenn bei diesen Verhältnissen die Partei 933 711 Stimmen erhielt, und wenn dabei Bubnik— von dem noch angeführt werden muß, daß er in Podkarpatske Rus ein Wahlbündnis mit den orthodoxen Klerikalen (!) geschlossen hat — im Bereiche des ganzen Staates nur eine kläglich geringe Zahl von 7854 Stimmen zusammenbrachte, so ist das ein Beweis, wie fest verwurzelt die Kommunistische Partei in der Tschechoslowakei ist. Sie ist nicht von einzelnen, wenn auch sehr populären Personen abhängig. Sie hat tiefe Wurzeln in den sozialen Verhältnissen des Landes, in dem elementaren Klasseninstinkt und in der

bewußt revolutionären Überzeugung der fortschrittlichsten Masse des Proletariats, in dem nicht bloß gefühlsmäßigen, sondern durch die praktischen Erfahrungen in der gegenseitigen Mitarbeit der letzten vier Jahre reell erworbenen Vertrauen zu der Führung der Kommunistischen Internationale, in der die alte Garde der russischen Partei eine wichtige Rolle spielt.

Wir sind zufrieden mit dem Erfolge, den die Wahlen unserer Partei gebracht haben. Wir wissen, daß auch das EKKI und alle Sektionen dieses Resultat mit Freude begrüßt haben. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ist die stärkste unter den Arbeiterparteien; sie hat auch, was ihre zahlenmäßige Größe betrifft, die führende Stellung in der Arbeiterbewegung des Landes. Aber wir wollen auch nicht die Tatsache unterschätzen und verhüllen, im Gegenteil, wir unterstreichen sie am schärfsten, daß auch bei uns immer noch ein sehr großer Teil der Arbeitermassen der II. Internationale oder dem sogenannten nationalen Sozialismus folgt (obzwar prinzipiell heute zwischen den reformistischen Sozialdemokraten und den Nationalsozialisten überhaupt kein Unterschied mehr besteht). Trotz aller Verbrechen ihrer bürgerlichen Regierungspolitik haben die tschechischen Sozialdemokraten bei der Wahl immer noch 630 894, die tschechischen Sozialisten 609 195, die deutschen Sozialdemokraten 411 040 Stimmen erhalten. Es sind politisch und strategisch wichtige Gebiete, wo die Reformisten noch so starke Positionen haben, daß dies bei einem Vergleich mit der Verteilung der Kräfte in anderen Gebieten fast schwer zu begreifen ist. In dem Wahlgebiete Pilsen, in dem die Waffenindustrie besteht (große Unternehmung der Skoda-Creuzot-Werke), haben die tschechischen Sozialdemokraten 95 441, wir nur 20 830 Stimmen bekommen. Ein anderer ähnlich schwacher Punkt ist der vorwiegend deutsche Wahlkreis Karlsbad, wo die deutschen Sozialdemokraten 84 026, wir dagegen nur 27 345 Stimmen aufweisen. Diese partiell ungünstigen Resultate wollen wir als ernste Mahnung nehmen, und sie sollen nicht ohne Wirkung auf unsere weitere Arbeit sein.

Während der Wahlen haben wir eine Menge Erfahrungen gesammelt, die mit der organisatorischen und administrativen Parteitätigkeit zusammenhängen. Sie werden selbstverständlich verwertet. Eine Sache beginnt, meiner Meinung nach, so reif zu werden, daß sie im internationalen Maßstabe überlegt werden sollte. Ich meine die Frage, wie sollen unsere Zeitungen in der Zeit einer vorübergehenden Stille, zwischen zwei Revolutionen, geführt werden? In den Tagen der unmittelbaren Schlacht ist es selbstverständlich, daß die kommunistischen Zeitungen fast nur die Kampflosungen, die Winke für die Entwicklung des Kampfes, bringen, daß sie alles darauf konzentrieren, um die Kampfgefühle und Kampf Stimmung der Masse auf der Höhe zu halten, und daß dabei die sachliche Information über die zahlreichen Einzelheiten des anderen Lebens eine nebensächliche Sache ist. Bei uns hat sich in den Wahlen gezeigt, daß die Presse unserer Gegner eben mit Hilfe des sachlich-informativen Teiles ihres Inhaltes in die breitesten Schichten der Bevölkerung eindrang, so daß es dann auch in der Wahlschlacht schwer war, durch unseren Einfluß ihre Zeitungen zu paralisieren. Auch bei uns politisch nahestehenden Leuten wurde festgestellt, daß sie neben dem Parteiorgan noch ein anderes Blatt abonnieren. Sie behaupten, sie müssen das tun, wenn sie neben dem Bilde des Lebens der

Partei auch eine Übersicht über alles haben wollen, was im Lande und in der Welt geschieht. Durch das Übergewicht ihres Abendblattes haben besonders die tschechischen Sozialisten in der Hauptstadt Prag gute Erfolge erzielt.

In diesem Artikel kann ich nicht alle Konsequenzen besprechen, die sich aus den Wahlen in der Tschechoslowakei ergeben. Zum Schluß nur noch einige Gedanken: Die Wahlen haben gezeigt, daß die nationalen und demokratischen Illusionen, die nach dem Weltkrieg in der tschechischen Bevölkerung eine sehr große Rolle gespielt haben, rasch verschwinden. An den praktischen Resultaten der siebenjährigen Koalitionspolitik sehen die breiten Schichten der Bevölkerung — nicht nur die industriellen Arbeiter —, daß die bürgerlich-demokratische Methode der Regierung und des Aufbaues des neuen Staates auf der Grundlage des Kapitalismus nicht imstande war, die wichtigsten Probleme einer Lösung anzunähern. Die bürgerliche Demokratie hat während der sieben Jahre ihrer Macht nichts zur Entwicklung der Produktivkräfte im Lande, zur Lösung der industriellen Frage beitragen können. Sie hat sich als ohnmächtig zur Lösung der nationalen und der Bauernfrage (Beseitigung der Überreste des Feudalismus, Befriedigung der ärmeren Bevölkerung des Dorfes) erwiesen. Die Regierungszeit der bürgerlichen Demokratie ist die Zeit des großen Verfalles der Kultur, der Wissenschaft, des großen Triumphes des Klerikalismus und der Reaktion. Dabei werden sich die breiten Schichten der Bevölkerung immer mehr bewußt, daß wir trotz der relativen, vorübergehenden Stabilisierung nicht zu den „normalen“ Verhältnissen zurückgekehrt sind, daß im Gegenteil, wenn auch manche Symptome der Stabilisierung nicht zu leugnen sind, in manch anderer Hinsicht wieder die Situation noch labiler ist, als sie z. B. 1920 war. Die breiten Schichten der Bevölkerung sind elementar gegen das Großkapital und gegen die Regierung empört. Es besteht eine sehr gute psychologische Atmosphäre für eine ganz klare, kompromißlose Propaganda des Leninismus vor der großen Masse, auch vor den Bauern und dem städtischen Mittelstande. Die tschechoslowakische Erfahrung zeigt weiter, daß in der Periode zwischen zwei Revolutionen keine absolute Notwendigkeit besteht, daß die Sozialdemokraten stürmisch wachsen, und daß unsere Partei verfallen müßte. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ist schon die stärkste der Arbeiterparteien. Sie setzt sich aber das Ziel, ihren Massencharakter noch zu verstärken, ohne dabei in den Sumpf des Reformismus zu fallen. Wir werden quantitativ noch größer werden, als wir sind, gerade weil wir gleichzeitig in dem Prozeß der Bolschewisierung der Partei aufrichtig, energisch, mit Anspannung aller Kräfte weiter voranschreiten werden. Für die allernächste Zeit nach den Wahlen halte ich folgendes für notwendig: 1. eine große Kampagne der Propaganda des Leninismus; 2. eine solche Taktik, Sprache, Form der Agitation, daß wir einen überzeugenden Einfluß auf die sozialdemokratischen, nationalsozialistischen und auch auf die klerikalen Arbeiter ausüben können; 3. Verbindung des Kampfes für die soziale Revolution mit dem konsequenten Kampfe für alle Tagesforderungen und gegen die Reaktion; 4. Berücksichtigung der konkreten Tages- und Teilforderungen auf dem Gebiete der nationalen Frage; 5. Unterstützung jeder Anregung im Parlamente zur Besserung der Lage der armen Bevölkerung, ganz gleich, von wem sie ausgehen, und eigenes

initiatives Auftreten in dieser Richtung; 6. inhaltliche Bereicherung der Parteipresse, besonders der Tagesblätter, in der Weise, daß sie auch in bezug auf sachliche Information nach Möglichkeit das ganze Leben widerspiegeln; 7. Führung des Kampfes gegen den Klerikalismus nicht durch oberflächliche „kulturelle“ Agitation, sondern durch den Kampf gegen die soziale Wurzel dieser reaktionären Macht systematisch, in viel größerem Umfange als bisher; 8. Erhaltung eines regen politischen Lebens in den Zellen. 9. Am wichtigsten erscheint aber in Beleuchtung der Wahlergebnisse in der Tschechoslowakei die außerordentlich groß angelegte, planmäßige Tätigkeit im Sinne der Einheitsfront, der Einheit der Gewerkschaften und auf dem Gebiete der Bauernfrage.

E. H. BROWN :
DIE VERFOLGUNGEN DER KP ENGLANDS
UND DIE OFFENSIVE GEGEN DIE
ARBEITERKLASSE

Die Verhaftung der zwölf bekannten kommunistischen Führer in England, ihre Aburteilung und darauffolgende Einkerkung können nicht als Einzelfall bewertet werden. Um eine klare Vorstellung von der Bedeutung dieses Ereignisses zu haben, muß man es betrachten im Zusammenhang mit den allgemeinen Bemühungen — und als einen Teil davon — des englischen Kapitalismus um eine weitere Atempause auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiterklasse.

Seit Jahren ist die Industrie in England in schwerer Bedrängnis. Eine Wirtschaft, deren Stolz es einst war, die „Werkstatt der Welt“ zu sein, sieht sich dazu verurteilt, langsam aber sicher auf den Platz einer zweitrangigen ökonomischen Macht zurückgedrängt zu werden. Der Export, die Lebensader eines Industrielandes, ging unaufhörlich zurück. Die Arbeitslosigkeit hatte ein gewaltiges Ausmaß angenommen. Die Wirtschaftsaussichten für die Zukunft waren hoffnungslos.

In der ersten Hälfte des Jahres 1925 beschlossen die Kapitalisten eine Kampagne zur Herabsetzung der „Produktionskosten“. Diese sei absolut nötig — so wurde erklärt —, wenn die englischen Erzeugnisse in der Lage sein sollen, mit den Produkten anderer Länder zu konkurrieren, die unter Bedingungen niedrigerer Löhne und längerer Arbeitszeit hergestellt würden. Mit den üblichen kapitalistischen Gründen, und ohne irgendwie eine Kürzung ihres Profites oder eine wissenschaftlichere Organisation der Industrie in Erwägung zu ziehen, wurde behauptet, daß die Produktionskosten auf ein konkurrenzfähiges Niveau nur herabzubringen seien, wenn die Arbeiter sich zu einer allgemeinen Lohnreduzierung und in einer Reihe von Industrien (Bergwerks-, Textilindustrien usw.) zu einer Verlängerung des Arbeitstages, bereit finden würden.

Der Angriff und darauffolgende Rückzug

Die Bergarbeiter waren die ersten, denen die Herabdrückung ihrer Lebenshaltung aufgezwungen werden sollte. Die Kapitalisten rechneten so: Wenn es gelänge, den gutorganisierten Bergarbeiterverband mit seinen 900 000 Mitgliedern und seinem relativ entwickelten Klassenbewußtsein zu isolieren und zu schlagen, dann würde man früher oder später in der gleichen Weise auch mit den anderen Sektionen der Industriearbeiterschaft verfahren können.

Zum Unglück für die Pläne der Angreifer sahen dies auch die klassenbewußtesten Elemente der englischen Arbeiterbewegung. Die Kommunistische Partei und die mit ihr verbündete Minderheitsbewegung sorgten dafür, daß diese Erkenntnis in die breiteste Masse drang. Sie gaben die klare Losung

einer nationalen Gewerkschaftseinheit heraus, die in den Massen den weitesten Widerhall fand. Am 31. Juli (dem Roten Freitag), dem von den Grubenbesitzern für die Durchsetzung ihrer Pläne festgesetzten Datum, waren die Bergarbeiter des aktiven Beistandes aller bedeutenden Gewerkschaften sicher. Hätten die Grubenbesitzer die von ihnen geplante Aussperrung durchgeführt, so hätte das den Generalstreik bedeutet.

Die herrschende Klasse war auf eine solche Möglichkeit kaum vorbereitet, und man bequeme sich zu einem Rückzug. Man beschritt den vorläufigen Ausweg einer staatlichen Finanzhilfe für die Kohleindustrie, und es kam zum Abschluß eines neunmonatigen Waffenstillstandes.

Der neue Angriff

Der Rückzug war nötig, um der herrschenden Klasse Zeit zu geben, sich über die veränderte Situation in allen Einzelheiten klar zu werden und eine entsprechende Strategie auszuarbeiten, bevor sie erneut zum Angriff überging. Der Plan war, die Gewerkschaftseinheit zu zerschlagen, wenn dies in der Macht der Kapitalisten lag. Geling es nicht, so sollten alle den Kapitalisten zur Verfügung stehenden Machtmittel mobilisiert werden und in ständiger Bereitschaft stehen, um im geeigneten Moment eingesetzt zu werden.

In Förderung dieser Politik der „Mobilisierung“ ging die Regierung sofort eifrig ans Werk. Die Gründung einer riesigen Streikbrecherorganisation wurde offiziell sanktioniert, mit deren Hilfe man im Fall eines Generalstreiks die lebenswichtigen Betriebe aufrechtzuerhalten gedenkt. Die Leitung dieser Organisation liegt in den Händen bekannter Stützen des kapitalistischen Staates, und sie betreibt eine eifrige Rekrutierungsarbeit unter der Bourgeoisie und den besser bezahlten Berufskategorien. Die Regierung organisiert außerdem umfangreiche Spezial-Polizeikräfte, unter ausdrücklichem Ausschluß gewerkschaftlich organisierter Elemente. Eine zahlenmäßige Aufstellung der technischen Qualifikationen der Soldaten, Matrosen und staatlichen Angestellten wird durchgeführt. Die Faschisten werden offen ermutigt, ihre Gesetzesverletzungen werden ihnen verziehen. Kurz, die herrschenden Klassen bereiten sich auf eine völlig neue, nie dagewesene Art des Kampfes vor, für den sie alle ihre Machtmittel benötigen: wirtschaftliche und politische, legale und illegale und — militärische. Sie betreiben diese Vorbereitungen offen und eifrig, und hier ist es wichtig, festzustellen, daß die einzige Partei, die die Arbeiter auffordert, sich über diese Vorbereitungen in aller Nüchternheit klar zu werden und an die Organisation von Arbeiterwehren zu gehen zur Verteidigung der Arbeiterorganisationen gegen die Gewaltmaßnahmen der Faschisten und des Staates — die Kommunistische Partei ist.

Die Zerschlagung der Einheit der Arbeiter

Während diese Vorbereitungen zur gewaltsamen Niederwerfung der Arbeiter ihrer Vollendung entgegengehen, machen die Kapitalisten energische Vorstöße zur Zerschlagung der einheitlichen Arbeiterklassenfront. Sie ver-

folgen dieses Ziel in zwei Angriffslinien. Die eine verläuft innerhalb der Arbeiterbewegung, ihr Führer ist Ramsay Macdonald, assistiert von den bekannten kapitalistischen Pressekönigen Rothermere und Beaverbrook. Es ist dies der Kampf gegen den „Extremismus“ in der Arbeiterbewegung. Die zweite Angriffslinie umfaßt den Kampf von außen: den Feldzug Joynson Hicks, unterstützt von dem legalen (und illegalen) Staatsapparat, mit seinen Gerichten, seiner Polizei und seinen politischen Spitzeln. Die KP, als Avantgarde der Arbeiterklasse, hat natürlich den Hauptstoß dieser Angriffe auszuhalten.

Macdonald wählte die Liverpooler Konferenz der Labour-Party zum Anlaß für den Beginn seines Kampfes. Dank der Unterstützung der gut organisierten Beamtenelemente des rechten Flügels konnte er einen bedeutenden Erfolg für sich buchen. Er setzte die Annahme von Resolutionen durch, die die individuelle Mitgliedschaft von Kommunisten in der Labour-Party verbieten und die Aktivität durch Gewerkschaften delegierter Kommunisten unmöglich machen sollten.

Das wäre an sich nicht von sehr großen Folgen gewesen, wenn die Konferenz an eine ernsthafte Prüfung der Fragen gegangen wäre, vor denen die Arbeiterbewegung steht. Aber in seinem Feldzug gegen den „Extremismus“ führte Macdonald den Kampf eine entscheidende Stufe weiter. Er wandte sich gegen die gesamte Arbeiterklassenpolitik des linken Flügels. Dank sorgfältiger Bearbeitung der Gewerkschaftsdelegation vor der Konferenz und einer äußerst geschickten Verhandlungsführung wurde der Labour-Party ein politisches Programm aufgeschwindelt, das völlig auf der Kontinuität des kapitalistischen Systems basiert.

Die ganze kapitalistische Presse proklamierte Liverpool als einen großen Sieg — selbst die Börse war vergnügt. Seit Liverpool hat das Hauptquartier der Labour-Party, das ganz in der Gewalt des rechten Flügels ist, zusammen mit der kapitalistischen Presse nicht nur zum Ausschluß von Kommunisten, sondern ganzer örtlicher Labour Party-Organisationen, Gewerkschaftsbranchen usw. aufgefordert, die es ablehnten, die Liverpooler Beschlüsse zu akzeptieren.

Joynson Hicks folgt Macdonald

Liverpool eröffnete den Weg für einen offenen Angriff gegen die KP. Wenige Tage nach der Labour Party-Konferenz fand in Brighton der Kongreß der Konservativen Partei statt. Macdonald wurde dort für seinen Kampf gegen die Extremisten in Liverpool belobigt, und an die Regierung erging die Aufforderung zu weiterem Handeln.

Es kam der Überfall auf die Bureaus der KP., der Minderheitsbewegung und der Arbeitslosenkomitees. Zwölf Genossen wurden hinter Schloß und Riegel gesetzt, und die Polizei ging systematisch daran, die zentralen leitenden Organe dieser drei wichtigen proletarischen Organisationen zu zerschlagen.

Alle Bücher, Flugblätter, Dokumente wurden beschlagnahmt, die technischen Angestellten eingeschüchert und alles getan, um ein normales Funktionieren ihres organisatorischen Apparates unmöglich zu machen.

Die Funktionen, die die verhafteten Genossen innehatten, sind ebenfalls ein Beweis, daß ihre Auswahl nicht erfolgte nach Maßgabe ihrer Verantwortlichkeit in bezug auf die faktisch erhobenen Anklagen, sondern weil sie wichtige Stellungen in der revolutionären Arbeiterbewegung bekleideten. Der Genosse Pollitt beispielsweise wurde verhaftet, nicht weil er irgend etwas Aufreizendes geschrieben oder geredet hatte, sondern weil er der Fraktionsführer der Kommunisten auf allen Labour-Party- und Trade-Unions-Kongressen ist und außerdem der anerkannte Führer der schnell wachsenden Minderheitsbewegung. Die Genossen Inkpin und Rust sind die Generalsekretäre der Partei und der Jugend. Der Genosse Gallacher, als Kopf der parlamentarischen Abteilung, wurde verhaftet, weil in seinen Händen die Verantwortung für den Kontakt der Partei mit der politischen Arbeiterbewegung liegt. Der Beweis ist nicht schwer zu erbringen, daß die Verhaftung aller anderen Genossen aus ähnlichen Gründen erfolgte. Der Überfall und die Verhaftungen erfolgten in dem ausschließlichen Bestreben, die Tätigkeit der KP, der Minderheitsbewegung und der Arbeitslosenbewegung für die Dauer der bevorstehenden unruhigen Zeiten zu schwächen oder gänzlich zu unterbinden. Ihre Beseitigung sollte die Regierung instand setzen, ihre Unterdrückungsmaßnahmen konzentriert gegen den linken Flügel der wirtschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung zu richten.

Der Prozeß der Zwölf

Der Versuch der öffentlichen Ankläger, mit Einschluß des Generalstaatsanwalts Hogg selbst, den Prozeß auf einen rein juristischen Rahmen zu beschränken (die Anklage lautete auf Verschwörung zum Zwecke der Aufreizung zu Aufruhr und Meuterei), wurde durch die Genossen Campbell, Gallacher und Pollitt, den Sprechern der KP, verhindert. In glänzenden Reden verteidigten diese die Prinzipien der KI und lieferten gleichzeitig an Hand von Tatsachen und Beispielen den bündigen Beweis, daß der Angriff gegen die KP nur ein Teil des allgemeinen Kampfes gegen die Gesamtarbeiterklasse ist. Es bedurfte indes gar nicht der glänzenden Reden unserer Genossen, um den wahren Charakter des Prozesses zu enthüllen. In seinem Eifer, dem bourgeoisen Gericht seine Klassenverantwortlichkeit recht zum Bewußtsein zu bringen, ließ sich Herr Hogg zu folgender Erklärung hinreißen:

„Wohin sollte es führen, falls einmal Truppen den Befehl erhielten, einen Streik zu unterdrücken — wenn diesen Leuten erlaubt sein sollte, die Soldaten zur Nichterfüllung ihrer Pflicht aufzureizen.“

Als im weiteren Verlauf der Verhandlung der Genosse Campbell Hogg die Frage der Gesetzmäßigkeit eines solchen Befehls stellte, versuchte er, seine Bemerkung als einen falschen Zungenschlag hinzustellen. Er erbat vom Richter die Erlaubnis, das Wort Streik durch das Wort Meuterei ersetzen zu dürfen. Der Richter — ein notorischer Feind der Arbeiterbewegung — gab natürlich seine Zustimmung. Aber keine noch so große Kunstfertigkeit vermag die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß der Sprecher der alten Ordnung — wenn auch nur einen Moment lang — in bezug auf die künftigen Absichten der Regierung die Wahrheit gesprochen hat.

Die Fundierung der Anklage war eine der schwächsten, die je in einem bürgerlichen Gericht zu verzeichnen war, das gaben selbst die bürgerlichen juristischen Sprecher zu. Trotzdem wurden die Zwölf für schuldig befunden. Fünf von ihnen wurden zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Am Schluß der Verhandlung offenbarte der Vorsitzende des Gerichts noch einmal den eigentlichen Zweck der Verfolgung. Er machte den restlichen sieben Angeklagten den folgenden Vorschlag: Sie sollten aus der Kommunistischen Partei austreten und auf die Propaganda ihrer Lehren in der Arbeiterschaft verzichten, in diesem Fall würde man sie in Freiheit setzen. Natürlich lehnten unsere Genossen das Anerbieten mit Entrüstung ab, und der größte Prozeß in der politischen Geschichte Englands schloß mit ihrer Verurteilung zu je sechs Monaten Gefängnis.

Die Ergebnisse des Macdonald-Feldzuges

Einen Kongreß durch geschickte Manipulationen zur Annahme eines Programms zu veranlassen, dessen Grundlage die Kontinuität des kapitalistischen Systems ist, ist eine Sache; es ist aber eine andere Sache, die Arbeiter, die die lokalen Organe der Labour-Bewegung kontrollieren, zur Annahme eines solchen Programms zu bewegen. Das dringende Bedürfnis nach Einheit angesichts der kapitalistischen Offensive, und zwar einer Einheit, basiert auf dem Klassenbewußtsein, läßt Macdonalds Resolutionen von Liverpool kaum mehr wert sein als das Papier, auf dem sie gedruckt wurden. Sogar noch vor der Verhaftung der kommunistischen Führer lehnten nahezu 50 bedeutende Staats- und Bezirks-Labour-Party-Organisationen die Durchführung der Liverpools Beschlüsse ab. In allen Teilen des Landes wurden zwischen Kommunisten und sympathisierenden Gewerkschaftsdelegierten linke Blocks zur Durchführung einer Einheitskampagne gebildet. Das klare Ergebnis von Liverpool war die Umwandlung der bisher vagen Einheitstendenzen zu klarumrissenen Organen, deren Aufgabe der Kampf für die Einheit und für die Aufhebung der Liverpools Spaltungsbeschlüsse ist.

Auch ohne die Verhaftung der Kommunisten würden die dringenden Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Lage zur Einheit zwingen, entgegen den Liverpools Beschlüssen. Die Situation nach den Verhaftungen bringt aber Macdonald in eine geradezu mitleiderregende Lage. Kein Wunder, daß ihm in einem Schreiben an die „London Times“ der Stoßseufzer entschlüpfte, „was sein und seiner Freunde Kampf gegen den Bolschewismus nütze, wenn die Regierung diesen selbst erzeuge“.

Das Ergebnis der Offensive gegen die Kommunisten

Der Widerhall in den Labour-Organisationen und unter den Arbeitern im allgemeinen war so, daß (nach dem Ausspruch eines führenden Konservativen mit Bezug auf Macdonald) „er, der Feind der Kommunisten in Liverpool, wohl oder übel ihr Freund sein muß“. Wir können hinzufügen, daß er nicht anders kann, wenn er nicht seine Stellung als Führer der

Labour-Party einbüßen will. Der Prozeß und die Verurteilung hatten einen gewaltigen Proteststurm in der gesamten Labour-Bewegung zur Folge. Die Forderung auf Freilassung der Verurteilten ist offiziell von den folgenden Organisationen erhoben worden: Labour-Party, Generalrat der Gewerkschaften, Kommunistische Partei, Unabhängige Labour-Party, Exekutive des Bergarbeiterverbandes, Parlamentsfraktion der Labour-Party. Die Labour-Organisationen in allen bedeutenden Städten beteiligen sich offiziell an der Kampagne. Fast 2000 Pfund Sterling wurden von den Massen bereits durch Sammlungen aufgebracht zur Bestreitung der Gerichtskosten und Unterstützung der Angehörigen der Verurteilten. Die Massendemonstrationen zugunsten der Verurteilten gleichen hinsichtlich ihres Umfangs und ihrer Entschlossenheit den Demonstrationen in Zeiten brennendster nationaler Krisen.

Kurz das Gewicht der ihr zuteil werdenden Unterstützung ist so groß, daß die von den Gerichten für ungesetzlich erklärte KPE ihre Arbeit in aller Öffentlichkeit tun kann im Vertrauen auf die Bereitschaft der Arbeiter, jedem Versuch, sie zu zerschlagen, entgegenzutreten.

Die Kristallisierung des linken Flügels

Die Periode kurz vor und seit den Verhaftungen ist charakterisiert durch die Tendenz der verschiedenen linken Gruppen, zu einer aktiven Opposition gegen die Spaltungsmanöver Macdonalds und Joynson Hicks überzugehen. Cook, Lansbury, Wheatley und Wedgewood, alle hatten erklärt, daß Liverpool der Prolog und daß die Verhaftung der Kommunisten der erste Akt in dem Prozeß der Spaltung der Arbeiterbewegung sei. 46 Gewerkschaftsführer und Parlamentarier der Labour-Party haben ein gemeinsames Manifest veröffentlicht, in dem sie den Kommunisten für ihr tapferes proletarisches Auftreten ihre Anerkennung aussprechen und die Verpflichtung übernehmen, eine Kampagne zur Propaganda des Klassenkampfes durchzuführen und die Soldaten zur Gehorsamsverweigerung aufzufordern, wenn diesen bei Wirtschaftskämpfen der Befehl zum Schießen gegeben werden würde. Die Spalten des „Workers Weekly“, des „Sunday Worker“ und der Labour-Presse überhaupt sind voller Briefe aus allen Lagern, in denen linke Führer und einfache Arbeitermitglieder Vorschläge und Programme eines nationalen Linksblocks unterbreiten. Der Kernpunkt aller dieser Briefe ist, daß alle proletarischen Elemente sich vereinigen müssen, mit dem Ziel, die Labour-Party und die Gewerkschaften in wirkliche Instrumente der Arbeiter für den Klassenkampf zu verwandeln.

Im Verlaufe des November wurde jedoch eine weitere Stufe erreicht. Zehn Londoner Labour-Organisationen entsandten 50 Delegierte zu einer Linken-Flügel-Konferenz. Hier wurde der Beschluß gefaßt, ein provisorisches Komitee zu bilden, das die Aufgabe haben sollte, ein proletarisches Aktionsprogramm zu formulieren und zum Januar eine allgemeine Londoner Konferenz vorzubereiten. Ähnliches vollzieht sich in anderen großen Städten, und es sind Verhandlungen im Gange, alle diese Bestrebungen zu einem nationalen Linksblock zu vereinigen.

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei

Es ist klar, daß die KP diesen Bemühungen nicht fernbleiben kann. Wir müssen mit allen Mitteln die Bildung dieser Blocks fördern und an ihrer Arbeit teilnehmen und alles tun, um ihre Vereinigung zu einem gemeinsamen linken Block zu sichern. Die Lage ist so akut, daß es die wichtigste Aufgabe der Partei ist, alle diese Elemente für den Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten zu mobilisieren. Wir müssen eine organisatorische Basis und ein Aktionsprogramm schaffen, das den gemeinsamen Kampf aller dieser Gruppen ermöglicht. Welche Macht der linke Flügel haben könnte, geht aus der Liste der folgenden in Frage kommenden Gruppen hervor: Kommunistische Partei, Minderheitsbewegung, Arbeitslosenkomitees, Linke Blocks in der Labour-Party, der linke Flügel in den Gewerkschaften (Purcell, Hicks, Cook u. a.), die linken Parlamentarier (Wheatley, Maxton u. a.), Plebs League, Lansbury-Gruppe (G. Lansbury, Postgate, Price u. a.).

Es wird natürlich nicht möglich sein, eine organisatorische Basis zu finden die weit genug wäre, um alle zu umfassen; dagegen wäre ein Aktionsprogramm durchaus denkbar zur Sicherung eines gemeinsamen Kampfes gegen die Angriffe der Regierung und der mit dieser verbündeten reaktionären rechten Labour-Führer.

Die Notwendigkeit einer neuen Führung

Die Notwendigkeit dieser Mobilisierung wird täglich offener. Der Angriff der Kapitalistenklasse erfolgt auf weit ausgedehnter Front. In ihrer internationalen Politik kristallisiert er sich in dem Locarno-Pakt gegen die erste Arbeiterrepublik und in ihrer nationalen Politik in einem Angriff auf die Gesamtarbeiterklasse. Der Vorstoß gegen die Bergarbeiter, Eisenbahner als Einleitung zu einer Offensive gegen die anderen Arbeitergruppen, die Organisation des Faschismus und die Ausnützung des rechten Flügels gegen die Arbeitereinheit sind alles Teile dieser nationalen Offensive. Im Zentrum des erfolgreichen Widerstandes der Arbeiter gegen diese Offensive steht in großem Maße das Problem einer neuen Führung. Die Aufgabe der gegenwärtigen Periode ist die Sicherung dieser neuen Führung durch die Konsolidierung des linken Flügels auf der Grundlage eines unmittelbaren Aktionsprogramms. Die englischen Arbeiter kommen langsam zum Bewußtsein des sie bedrohenden Angriffs. Und noch etwas anderes beginnt ihnen einzu-gehen: daß die Versprechungen gesetzlichen Schutzes und friedlichen Fortschrittes, die die alten Führer ihnen gegeben haben, sich als Trug erweisen werden, wenn es zur Prüfung kommt; daß die Gesetze zum Besten der Besitzenden da sind und nicht der Besitzlosen, und daß der Rat, nur ihren eigenen Klassenorganisationen zu vertrauen, vielleicht doch der richtige ist. Die sich wandelnden Bedingungen und dieses wachsende revolutionäre Bewußtsein schaffen die Grundlage für eine kommunistische Massenpartei in England.

BELA KUN :
INHALT UND FORMEN DER INTERNATIO-
NALEN AGITATIONS- UND PROPAGANDA-
TÄTIGKEIT

Der 4. Kongreß der Komintern hat zuerst in bestimmter Weise Stellung genommen zur Frage der Agitations- und Propagandatätigkeit der kommunistischen Parteien. Die dort gefaßte Resolution rückte die Frage der kommunistischen erzieherischen Tätigkeit in den Vordergrund und sondierte das Terrain hinsichtlich der Möglichkeiten einer marxistischen und praktisch kommunistischen Erziehung der Parteimitglieder. Die organisatorische Verfassung der kommunistischen Partei um diese Zeit und noch später, in der Zeit des 5. Kongresses und auch noch nachher, gestattete keine organisatorische Abzweigung der Propagandatätigkeit vom allgemeinen Rahmen der Parteitätigkeit und ihre Zusammenfassung unter eine einheitliche Leitung. Der 5. Kongreß hatte auf die Tagesordnung die Frage allgemeiner organisatorischer Weisungen gestellt, deren Durchführung durchaus erforderlich war, damit die Agitations- und Propagandatätigkeit „wenigstens in den am meisten entwickelten kommunistischen Massenparteien als spezielles Tätigkeitsgebiet des Parteiapparats angesehen wurde“. Von einer Organisation solcher Tätigkeit und der Formierung entsprechender Organe konnte selbstverständlich nur da die Rede sein, wo die kommunistischen Parteien schon an sich in organisierter Weise tätig waren und einen bestimmten Grad der Arbeitsteilung erreicht hatten. Aber auch in diesen Parteien mußte die Organisation einer Agitations- und Propagandatätigkeit im Zentrum und an den Orten, sowie die Schaffung mehr oder weniger einheitlicher Leitungen im Anfange eine „Agitationsetappe“ passieren, d. h. eine Periode, in der eine diesbezügliche Agitation nicht nur unter den breiten Parteimassen, sondern auch unter den Funktionären notwendig war, um diese dahin zu bringen, die Notwendigkeit der Schaffung von Parteiorganen und Parteiinstitutionen anzuerkennen, die dazu berufen sind, eine kommunistische Agitations- und Propagandatätigkeit zu organisieren und zu leiten. Diese „Agitationsetappe“ ist freilich noch nicht überall beendet, im großen ganzen kann man jedoch feststellen, daß in den Parteien, die zum Umbau ihrer Organisationen im bolschewistischen Sinne geschritten sind, sich allmählich auch die Organe für die Organisation und Leitung einer Agitations- und Propagandatätigkeit gebildet haben. In diesem Sinne kann gegenwärtig schon davon gesprochen werden, daß im Einklang mit den Weisungen des 5. Kongresses in einer ganzen Reihe von Parteien die Phase einer wirklichen Organisation der Agitations- und Propagandatätigkeit erreicht ist.

Die Frage des Apparates

In der Mehrzahl der kommunistischen Parteien hat sich bis in die jüngste Zeit das Bestreben, die Parteiarbeit zu organisieren und die Organe dieser Arbeit systematisch auch auf der Grundlage der Arbeitsteilung aufzubauen,

nur in recht ungenügendem Maße kundgetan. Die Gründe dieser Erscheinung sind in den mehr oder weniger chaotischen Arbeitsmethoden zu suchen, die für die kommunistischen Parteien in der Offensivperiode der Revolution und beim Übergang derselben zur „Defensivperiode“ charakteristisch sind. Die Parteien stellten als Ganzes propagandistische und agitatorische Organisationen dar; 80—90 Prozent ihrer Arbeit bestand in agitatorischer und propagandistischer, zumeist nicht organisierter Tätigkeit. Erst in Verbindung mit der Organisierung von Parteizellen in den Betrieben begannen die kommunistischen Parteien sich mit eigenen inneren Organisationsfragen zu beschäftigen. Neue Aufgaben betrachtete jedoch die Mehrzahl der Parteien als ausschließliche Aufgabe der mehr oder weniger formalen Organisation der Zellen. Die Organisierung von Agitation und Propaganda fehlte bei der Mehrzahl der Parteien im Rahmen der Organisationsaufgaben.

So ließen sich denn auch nur mit Mühe leitende Organe für die Agitproparbeit schaffen. Das Auftauchen besonderer Abteilungen für Agitation und Propaganda im Apparat der ZK der mehr entwickelten kommunistischen Massenparteien nach dem 5. Kongreß muß schon als Fortschritt angesehen werden. In der Mehrzahl der Bezirks- und Unterbezirkskomitees wurden Agitpropkommissionen gebildet. Mit der Organisierung der Betriebsparteizellen wurden allmählich auch in diesen entsprechende leitende Organe der Agitation und Propaganda geschaffen (Ausschüsse, Agitproporganisator).

Bei der Organisierung von leitenden Organen der Agitation und Propaganda müssen folgende schwer ins Gewicht fallende Mängel und Mißverständnisse berücksichtigt werden.

1. Das Fehlen einer Verbindung der Agitpropabteilung mit den anderen Organen des Parteiapparates, mit der politischen Leitung oder aber mit der allgemeinen Organisationsarbeit. Die Agitprop-Abteilungen oder -Kommissionen bestehen nahezu vollkommen selbständig, erhalten keine politischen Weisungen; die Parteikomitees geben in ihren Verordnungen zur organisatorischen Verwirklichung politischer Direktiven keine Direktiven über die Organisierung der Agitation. An der Spitze der Agitpropabteilung steht eines der Mitglieder des Zentral- oder örtlichen Parteikomitees, dies jedoch nur auf dem Papier; in Wirklichkeit wird die Abteilung von Genossen geleitet, die in keiner genügenden Verbindung mit der politischen Leitung der Partei stehen. Dieser Umstand verleiht der Agitproparbeit eine vollkommen unerwünschte „Selbständigkeit“ in ihrer Beziehung zur leitenden politischen Tätigkeit der Partei. In Wirklichkeit bedeutet diese Selbständigkeit des öfteren das Fehlen einer politischen Richtung oder die ungenügende Durchführung der politischen Parteibeschlüsse.

Das gleiche gilt auch von der Verbindung mit der allgemeinen organisatorischen Tätigkeit der Partei. Die Organisierung der Zellgruppen für Agitation und Propaganda geht nicht in genügendem Maße Hand in Hand mit dem Aufbau der Zellen selbst. Die Folgen dieses Mangels zeigen sich beim Umbau der Partei darin, daß der Inhalt der Zellentätigkeit dürftig, unvollständig und uninteressant erscheint, was dann seinerseits den Zerfall der Parteizellen nach sich zieht. (Das Hervortreten dieses Mangels veranlaßte das ZK der KPD, die Frage der Organisierung der Agitations- und Propagandatätigkeit in den Zellen bis hinauf zur Provinz auf die Tagesordnung der Herbstkonferenz der Organisationssekretäre zu setzen.)

2. Das Mißverstehen der Aufgaben der Agitproparbeit und des Charakters der Agitproporgane. Als Beispiel können die Auslassungen eines Funktionärs der KPD über Aufgaben und Organisation der Agitprop-Abteilungen und -Kommissionen dienen. Wir führen daraus folgende Stelle an.

„In Zukunft wollen wir überhaupt keine Abgrenzungen mehr nach Abteilungen machen. Die Arbeit der Abteilung besteht lediglich in der Ausarbeitung der besonderen Formen der Agitation und Propaganda. Die Agitproparbeit wird aber nicht durch ein besonderes Arbeitsgebiet begrenzt, sondern umfaßt das ganze Tätigkeitsfeld der Kommunistischen Partei.“

Dieser Standpunkt, der jedwede Arbeitsteilung im Parteiapparat aufhebt und eine Abgrenzung und Verantwortlichkeit der Agitproporgane unmöglich macht, ist aus zwei Gründen entschieden falsch. Einerseits tritt hier die Tendenz hervor, die Agitpropabteilung dort in ein „Mädchen für alles“ zu verwandeln, wo die Arbeitsteilung zur unvermeidlichen Notwendigkeit wird, nämlich zur aktuellen Tagesaufgabe. Andererseits raubt der obengenannte Standpunkt der Agitpropabteilung vollkommen einen wesentlichen Teil des Inhalts ihrer Arbeit, raubt ihr nämlich den ideologischen Inhalt, indem er ihre Tätigkeit lediglich mit der Feststellung der Form, der Methode der Arbeit begrenzt. Gemäß diesem Standpunkt sollen sich die Agitproporgane um den Inhalt der Agitation und Propaganda nicht kümmern, so daß z. B. die Bestimmung des Inhalts der Propaganda entsprechend der politischen Lage nicht ihre Angelegenheit ist, so wenig wie die Ausarbeitung der politischen Beschlüsse und Losungen der Partei in einer den Massen verständlichen Weise zu ihren Aufgaben gehören soll. Durch diesen Standpunkt, trotz der scheinbaren Annäherung an die notwendige Organisierung der Kleinarbeit in den KP, wird letzten Endes das Ziel nicht erreicht, denn er bringt die Agitproporgane mit den Massen nicht in Verbindung.

3. Dieser Standpunkt, der die Aufgaben der Agitproparbeit sowie den Platz ihrer Organe im Parteiapparat falsch bestimmt, bedingt auch eine übermäßige Erweiterung des Agitpropapparates — zumindest auf dem Papier.

Die zentrale Agitpropabteilung der KP Deutschlands besteht auf dem Papier aus sieben Unterabteilungen. Die Agitpropabteilung des ZK der KP der Tschechoslowakei hat annähernd ebensoviel Unterabteilungen. Allein schon aus finanziellen Bedenken ist der Aufbau eines ähnlichen Apparates unmöglich. Vollkommen genügen würde die Einteilung der zentralen Agitpropabteilung in drei Unterabteilungen (Agitation, Propaganda, Presse und Verlag) bei vereinter Leitung dieser Arbeitsgebiete und bewahrter Verbindung mit den anderen Abteilungen, denen gleichfalls Aufgaben agitatorischen Charakters obliegen (Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Sportabteilung, Jugendverband usw.).

4. Die unrichtige Auswahl der Leiter von Abteilungen und Kommissionen. In der Mehrzahl der Fälle wird die Wahl davon abhängig gemacht, daß der Betreffende ein erfahrener Agitator oder eine mehr oder weniger kenntnisreiche Person literarischen Charakters sei. Der Gesichtspunkt organisatorischer Befähigung wird dabei außer acht gelassen. Das führt selbstverständlich dahin, daß der Gewählte die Agitation und Propaganda nicht organisiert, sondern selbst agitiert oder sich erzieherisch betätigt, dabei aber die Organisation dieses Arbeitsgebietes vernachlässigt. Fraglos spielen bei der Wahl eines Agitpropleiters die Kenntnis der marxistischen Lehre und

des Leninismus sowie einige literarische und agitatorische Befähigung eine gewisse Rolle, doch ist das Hauptaugenmerk auf organisatorische Befähigung, auf die Fähigkeit zur politischen und Masseneinfühlung zu richten.

5. Beim Aufbau der Agitprop-Abteilungen und -Kommissionen und beim Funktionieren des Apparates wird dem Massengesichtspunkt eine viel zu geringe Beachtung geschenkt. Als charakteristischstes Beispiel in dieser Hinsicht kann der Standpunkt der Agitproporgane der KP Deutschlands gegenüber der Propaganda, der Erziehungsarbeit angeführt werden. Die Propaganda wird da als innerparteiliche Arbeit angefaßt, und die Erziehungstätigkeit darf sich demnach nur auf die Parteimitglieder beschränken. Die weitere Verfolgung dieses Standpunktes wird zur Beschränkung der Agitations- und Propagandaarbeit auf die Parteifunktionäre führen — was dann seinerseits eine erhebliche Lockerung der Verbindung zwischen der Partei und den Massen und so eine wesentliche Schwächung der Stoßkraft der Partei zur Folge haben wird.

Der Agitpropapparat muß — ohne daß seine organisatorischen Funktionen verwischt werden — zu einem Massenapparat werden, mit dessen Hilfe die Parteimitglieder die allmähliche Verwirklichung ihrer Pflichten hinsichtlich der Parteiarbeit erreichen, womit eine dauernde enge und weit-angelegte Verbindung mit den Massen hergestellt wird. In den kleineren Parteien (z. B. in der englischen) ist dieses Ziel relativ leichter zu erreichen. Die englische Partei hat sich ihm auch schon genähert. In großen Parteien stößt die Erreichung dieses Zieles jedoch auf große organisatorische Schwierigkeiten.

Ein spezielles Hemmnis bei der Organisierung der Agitproporgane bildet das Übergangsstadium, in dem sich die Mehrzahl der Parteien infolge des Umbaus der Organisationsgrundlage befindet. Der Übergang von der territorialen Basis zur Betriebsgrundlage, die dadurch bedingte Veränderung der alten Funktionärkaders, die unzulängliche Verbindung vieler neugebildeter Kräfte mit den Betriebszellen — all das bedeutet ein Hindernis für den Aufbau der unteren Organe für Agitation und Propaganda. Erst nach Überstehen des organisatorischen Übergangsstadiums wird es möglich sein, dieser Hemmnisse Herr zu werden.

Die agitatorische Tätigkeit

Bei der Beurteilung der agitatorischen Tätigkeit der kommunistischen Parteien ist die Feststellung entscheidend, in welchem Grade es gelungen ist, diese in bezug auf Inhalt, Methodik, Form und Organisation jener Politik anzupassen, die zuerst vom 3. Kongreß der Komintern entworfen und vom 5. Kongreß und dem erweiterten Plenum konkretisiert wurde: „An die Massen durch die Bolschewisierung der Parteien.“

Das Problem der Gewinnung der Massen hängt selbstverständlich vor allem von der Politik der Partei ab, doch spielt hier auch die agitatorische Tätigkeit, die diese Politik und ihre Losungen in die Massen trägt, keine geringe Rolle.

In der Sturmperiode charakterisierte sich die Agitation der kommunistischen Partei, wie nicht anders zu erwarten war, durch eine gewisse Allgemeinbehandlung, durch mangelndes Konkretisieren, durch Konzen-

trierung auf eine geringe Zahl von Fragen, durch fieberhaften Ton und Unorganisiertheit. Wie streng man diese Mängel und Fehler auch beurteilen mag, so wäre es doch ungerecht, sich den vielen wertvollen Resultaten zu verschließen, die die Agitation für Revolution, Diktatur und Kommunismus gezeitigt hat. Vieles aus jenen charakteristischen Zügen der Agitation der Kommunistischen Partei ist jedoch auch in der neuen Periode haften geblieben und hat sich so aus einer Tugend zu einem Übel gewandelt.

Die Periode der Teilforderungen und der Teilaktionen duldet keinen allgemeinen Charakter der Agitation, da diese so inhaltslos wird. Der Kampf um Teilforderungen zieht zwangsläufig eine Differenzierung des Inhaltes der Agitation nach sich. So kann man beispielsweise eine Agitation für die Auszahlung des Arbeitslohnes in Goldberechnung nicht führen, indem man sich auf Losungen, auf einige allgemeine simple Phrasen beschränkt. Hier muß den werktätigen Massen unbedingt gezeigt werden, was konkret, in Ziffern ausgedrückt, die Verwirklichung der Forderung, daß der Lohn in Goldberechnung gezahlt werde, gegenüber der bestehenden Gepflogenheit bedeutet. Genau so muß auch die Agitation bezüglich der Steuerfrage gehaltvoller, konkreter und mit vielen Belegen ausgestattet angelegt werden.

In dieser Richtung zeigt die Agitation der französischen Partei mehr Schwung als Inhalt. Die Agitation der deutschen Partei läßt hinsichtlich der Steuerfragen und anderer Teilforderungen trotz des hierin schon erzielten erheblichen Fortschrittes der Partei in bezug auf Inhalt und Konkretisierung viel zu wünschen übrig. Die Überzeugungskraft einer Agitation für Teilforderungen besteht nicht in Beweisen negativer Natur (Ablehnung bestehender Verhältnisse), sondern in der positiven Begründung einer Forderung (welches der konkrete Nutzen ist im Falle der Verwirklichung einer Forderung).

Als Grundziel der Agitation in der gegebenen Periode der Revolution erscheint das Herangehen an die sozialdemokratischen und nichtorganisierten Arbeitermassen. Dieses Herangehen, die Gewinnung der Massen, ist nicht anders möglich als im Wege einer entsprechenden Konkretisierung der Einzelforderungen. Für eine mangelnde Konkretisierung charakteristisch ist auch die Agitation für eine Anerkennung der USSR in einigen Staaten. Beispiel: die Oktoberkampagne der amerikanischen Workers Party, ihr Zirkular und Manifest. Der ganze Inhalt, der Ton des Manifestes erinnert an die Periode der unmittelbaren bewaffneten Intervention gegen Sowjetrußland. In ihm werden die realen Interessen nicht betont, die mit einer Anerkennung der USSR durch Amerika verknüpft sind, und die die amerikanischen Arbeiter veranlassen würde, gegen den Standpunkt der AFL, der gegen eine Anerkennung gerichtet ist, Front zu machen. Im Manifest ist fast gar nichts erwähnt von jenem grandiosen wirtschaftlichen Fortschritt der USSR (es werden nur unrichtige Daten angeführt), der in „real“ denken oder politisch wenig berührten Massen viel eher Sympathiegefühle wachzurufen vermag als Hymnen auf die Revolution ohne Anführung von Belegen.

Die mangelnde Konkretisierung, die mangelnde tatsächliche Begründung der Agitation bildet nur die eine Seite ihres oberflächlichen Charakters. Ein anderer, nicht minder charakteristischer Zug besteht darin, daß unserer Agitation die propagandistische Vertiefung fehlt, die Verbindung zwischen

der Agitation für eine Teilforderung einerseits und den allgemeinen Zielen der Kommunistischen Partei andererseits. Häufig ist das die Folge der ausgeübten Parteipolitik, in vielen Fällen jedoch die Folge mangelnder methodischer Agitation.

Als typisches Beispiel hierfür muß die Agitationskampagne der KP Frankreichs in der Finanzfrage angeführt werden. Am Beginn der Kampagne hatte die ganze Parteipresse fast ausschließlich Losungen aufgestellt, die nicht den Charakter einer Tagesforderung hatten, sondern allgemeine strategische Ziele einer längeren Kampfperiode enthielten (Nationalisierung usw.). In der folgenden Phase der Kampagne wurden die im übrigen durchaus richtigen Einzelforderungen (Lohnzahlung nach Goldberechnung usw.), die im strategischen Plane der Partei nicht enthalten waren, allein in den Mittelpunkt der Agitation gerückt, losgelöst von allgemeinen agitatorischen Losungen. (Beispiele dieser Art könnte man auch aus den Erfahrungen der Wahlagitation der tschechoslowakischen Partei anführen: dieser wurde von der bürgerlichen Presse das große Kompliment zuteil, daß „die Partei sich als Meisterin der Kleinarbeit erwiesen habe“.)

Mit den obengenannten Momenten in engem Zusammenhang steht auch die Frage der Kombinierung und Konzentration der Losungen.

In dieser Beziehung bestehen zwei Typen in der Agitation der kommunistischen Parteien. Die KP Deutschlands hat es bisher nicht vermocht, sich von der Anhäufung von Losungen zu befreien, sie hat es nicht vermocht, eine Konzentrierung der Losungen und damit eine Steigerung ihrer Schlagkraft zu erreichen.

In der Marokkokampagne hat die französische Partei im allgemeinen eine Anhäufung von Losungen vermieden und damit die Durchschlagskraft der Agitation gesteigert. Die Analyse der mit Elan durchgeführten Marokkokampagne beweist andererseits, daß ihre mangelnde Konzentration, die verfehlte Kombinierung der Agitations- und Aktionslosungen die Kampagne untergraben haben, bevor sie noch ihre volle Entfaltung erreicht hatte.

Dieses beweist die folgende kurz dargelegte Analyse der Kampagne (in der die junge Kommunistische Partei ihre große Zähigkeit zu zeigen vermochte) gegen den imperialistischen Kolonialkrieg:

1. Die allgemeine Beurteilung des Krieges ist richtig. Die KP Frankreichs bezeichnet den marokkanischen (und syrischen) Krieg als imperialistischen, während ihn die Gruppe Herriot und die Sozialisten als reaktionären Krieg ansehen. Diese Unterscheidung wird bedingt durch die abweichende allgemeine Einstellung zur Kolonialpolitik. Die französischen Kommunisten stehen in dieser Frage auf dem Leninschen Standpunkte (Unabhängigkeit, Selbstbestimmung), Herriot und seine Gruppe und ebenso die Sozialisten folgen der Jaurès'schen Losung der „friedlichen Durchdringung“ (penetration pacifique), d. h. lehnen nicht eine Kolonialpolitik überhaupt ab, sondern treten nur gegen die „reaktionären“ Methoden auf, die in dieser Politik angewandt werden.

2. Die Hauptlosungen der Kommunistischen Partei:

- a) paix immédiate (sofortiger Friede),
- b) fraternisation (Verbrüderung),
- c) évacuation (Räumung).

3. Die erste Losung wurde und wird unablässig und konsequent in An-

wendung gebracht, die beiden letzteren mit einigen Schwankungen. Das wurde teilweise dadurch hervorgerufen, daß die Losung der Évacuation von den breiten Massen und sogar von den Arbeitern nicht verstanden wurde.

In Anbetracht dessen, daß ein Teil der französischen Massen an der Kolonialpolitik interessiert ist, mußten die große Masse und womöglich auch die Parteimitglieder durch eine weitangelegte und tiefgehende Propaganda für diese Losung vorbereitet werden.

Die Verbrüderung stellten die Gegner der Kommunisten als Aufruf der Soldaten zum Aufruhr hin, der die ganze Härte der Feldgerichte auf die Soldaten selbst niedersausen läßt.

Gleichzeitig wurde diese „Verbrüderung mit den Wilden“ als etwas für die Franzosen „Erniedrigendes“ aufgefaßt.

Die Losungen sowohl der „Verbrüderung“ wie der „Räumung“ wurden von den sozialistischen Führern prinzipiell abgelehnt und haben in einem gewissen Grade das Zustandekommen einer einheitlichen Antikriegsfront durchkreuzt.

Wohl in Würdigung dessen hat die KPF in der letzten Zeit die Losung der Räumung nicht wieder aufgestellt. Was die Losung der Verbrüderung betrifft, so kann man folgender Kritik beipflichten: „Die KP hat einen Fehler begangen, indem sie als unbedingte Voraussetzung für die Verwirklichung der Einheitsfront die Annahme der Losung einer Verbrüderung forderte. Losungen, die Forderungen zum Gegenstand haben, die sehr bald erfüllbar sind, müssen die Werktätigen nach und nach zur Annahme revolutionärer Losungen bewegen.“

Die KP Frankreichs hat offenbar den Fehler begangen, daß sie die Losung des unverzüglichen Friedensschlusses (d. i. eine Losung der Aktion) und die Losung der Räumung (d. i. eine Losung der Propaganda) in einen Topf geworfen hat. Während die erste den Arbeitermassen durchaus verständlich war, forderte die zweite eine langdauernde und angestrenzte propagandistische und agitatorische Bearbeitung der Massen. Ohne solche Vorbereitung hat die ihrem Wesen nach richtige, aber in der Agitation verfehlt eingesetzte Losung der Räumung zweifellos die Schaffung einer einheitlichen Antikriegsfront der Arbeiter- und Bauernmassen verhindert, was vermutlich der KP Frankreichs inzwischen auch zum Bewußtsein gekommen ist.

Diese Beispiele weisen deutlich darauf hin, daß die kommunistischen Parteien sich noch nicht die Methode der Agitation zu eigen gemacht haben, die Lenin bis zur kunstvollen Vollendung entwickelt hat: die Differenzierung und Kombinierung von Losungen, die Abgrenzung und richtige Zusammenfassung propagandistischer und agitatorischer Losungen mit Aktionslosungen.

Zugleich mit den Grundmängeln der Agitationsmethoden machen sich auch Mängel der Organisation geltend. Die wesentlichsten unter ihnen sind folgende:

1. Die ungenügende organisatorische Konzentrierung. Zuviel Kampagnen: kaum ist die eine beendet, so ist die andere im Anzuge, wobei die Kampagnen internationalen Maßstabes störend auf die Kampagnen nationalen Maßstabes einwirken. Auf Grund alles dessen wird es der Partei unmöglich

gemacht, die Kampagnen so zu konzentrieren, daß durch Erweiterung einer derselben breite Arbeitermassen wirklich erfaßt werden. Daraus resultiert auch die geringe Differenziertheit der Kampagnen in dem Sinne, daß die Partei nicht für genügendes Agitationsmaterial für die verschiedenen Schichten der Werktätigen (Arbeiter, Bauern, städtisches Kleinbürgertum) zu sorgen vermag.

Als Ausnahme muß die Wahlkampagne der tschechoslowakischen Partei bezeichnet werden.

2. Die ungenügende Planmäßigkeit der Kampagnen. In dieser Beziehung ist allerdings ein ganz erheblicher Fortschritt zu verzeichnen. Vor einigen Jahren gab allein die KPD im Zentrum Agitationsmaterial im Reichsmaßstabe aus, entsandte Delegierte in die Provinz und versandte politische, organisatorische und agitatorisch-methodische Richtlinien.

Gegenwärtig werden Agitationskampagnen in einer ganzen Reihe von Parteien (England, Tschechoslowakei, Amerika) mehr oder weniger systematisch vorbereitet, die Agitatoren mit Material versehen. Allerdings werden zwei Momente der Planmäßigkeit in der Organisation der Agitation nicht genügend beachtet:

a) Die entsprechende Verteilung der Kräfte und Gruppen der Partei in den Agitationsgebieten und die Konzentrierung ihrer ganzen Arbeit während der Dauer der Kampagne. Überaus selten wird im Agitationszirkular darauf hingewiesen, daß die verschiedenen Parteigruppen, angefangen von der Gewerkschaftsfraktion bis hinauf zur Parlamentsfraktion und Sportorganisation, für das eine Ziel der Agitation, nämlich die Aufrüttelung der Massen, zusammenwirken müssen. Eine Agitationskampagne kann weder genügenden Umfang noch genügende Durchschlagskraft haben, wenn nicht die Partei in ihrer Gesamtheit, jeder einzelne Zweig sämtlicher Organisationen seine bestimmten Aufgaben für die Beteiligung an der Kampagne zugewiesen erhält.

b) Die Aufgabe der Schaffung von Organen, die die Agitation außerhalb der Grenzen der Partei zu entwickeln haben, und die nötige Leitung dieser Organe.

Diese beiden Mängel behindern in hohem Maße die Annäherung an die Massen und die Gewinnung derselben, was ja letzten Endes zu den wesentlichsten Aufgaben der Agitation gehört. Äußerst kennzeichnend für den gegebenen organisatorischen Stand der Agitation in der Kommunistischen Partei ist das nahezu vollständige Fehlen des Bestrebens, die allerwichtigste aktuelle Aufgabe zu vollbringen: nämlich die organisierte Beteiligung an den öffentlichen Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei und anderer Organisationen. In der akuten Periode der Revolution führte diese Beteiligung zumeist zur Sprengung der Versammlungen, später hörte jedoch jede „Berührung mit dem Gegner“ auf. Gegenwärtig, wo die Sympathien der Arbeitermassen nach der USSR und über sie zu den Kommunisten hinstreben, müßte eine der vornehmsten Aufgaben darin bestehen, organisiert und vorbereitet an allen von den Sozialdemokraten und den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Organisationen veranstalteten öffentlichen Versammlungen teilzunehmen und mit deren Rednern die geistige Klinge zu kreuzen (in der Frage der Einheit usw.).

Auf diesem Wege könnte auch ein anderes Ziel seiner Verwirklichung nähergebracht werden — nämlich die Schaffung von Organisationen zu Agitations- und Aktionszwecken außerhalb der Grenzen der Partei. Diese Organisationen waren spezielle Gebilde der unmittelbaren Revolutionsperiode, bei dem Streben der Arbeiterklasse nach Einheit können und müssen sie aber auch in dem gegenwärtig nicht unmittelbar revolutionären Milieu neugebildet werden. Die französische Partei hat in dieser Richtung mit bedeutendem Erfolg zu arbeiten begonnen, und zwar in Verbindung mit der Kampagne für die Einheitsfront und mit der marokkanischen Kampagne (Konferenzen von Ortskartellen, parteilosen Arbeitern und Bauern). Das weitere Schicksal dieser Organe zeugt allerdings davon, daß die Partei dieselben nicht in genügendem Maße zu entwickeln verstanden hat.

Die proletarischen Einheitskomitees sind in ihrer Entwicklung nicht vorwärtsgekommen, weil die Partei es nicht verstanden hat, sie mit einem Inhalt zu erfüllen, sie in Organe der Agitation und Aktion zu verwandeln, die auf Tagesfragen gegründet waren.

Ungefähr das gleiche kann man auch von den Aktionsausschüssen sagen. Diese entstanden in Verbindung mit der Antikriegskampagne und den Arbeiter- und Bauernkongressen (zuerst am 4. Juli in Paris).

Die Aktionsausschüsse, anfänglich enthusiastisch begrüßt (man hatte auf sie große Hoffnungen gesetzt), begannen bald ein papiernes Dasein zu führen. Ausschlaggebend war dafür die Tatsache, daß die Antikriegslosungen allein ja keine Entwicklung der Ausschüsse bewirken konnten und die Kommunistische Partei es andererseits nicht vermochte, sie mit dem allgemeinen Tageskampf zu verbinden, sie mit zum Sprachrohr der täglichen Nöte und Kämpfe der proletarischen Massen zu machen.

Mit dem Hinausdehnen des Krieges begann das französische Proletariat bedauerlicherweise, sich an ihn zu gewöhnen, so daß die Aktionsausschüsse, mit dem Zentralkomitee an der Spitze, immer mehr an Bedeutung verlieren.

Die Schaffung und möglichst schnell vorwärts zu treibende Entwicklung ähnlicher Agitations- und Aktionsorgane haben eine immense Bedeutung, sie sind eine unerläßliche Aufgabe, damit über den in den letzten Jahren zwischen der Kommunistischen Partei und den sozialdemokratischen Massen vornehmlich in Deutschland entstandenen „Hohlraum“ mit Hilfe dieser Organe eine Brücke geschlagen wird.

Endlich noch einige Bemerkungen bezüglich des Tones der Agitation: Entsprechend der Periode des Hinstrebens zur Einheitsfront mußte auch der Ton eine Änderung erfahren. Der scharfe Ton, der der gegenseitigen Animosität entsprach, hat sich überlebt. Der Ton der Agitation ist überlegter, entsprechend beherrschter und ruhiger geworden. Gleichzeitig damit stößt man allerdings des öfteren noch auf die Anwendung des früheren Tones in Aufrufen und bei der Agitation, wie eben Oberflächlichkeit des Inhalts von oberflächlichem Ton begleitet ist. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Agitation, die auf die Gewinnung der Sympathien der sozialdemokratischen Massen gerichtet ist, in Hinblick auf den Erfolg einen entsprechenden Ton erheischt, ohne daß deshalb im Wesen der Kritik etwa Zugeständnisse gemacht zu werden brauchen.

Die Propagandatätigkeit

Die Organisation der Propaganda traf die kommunistischen Parteien noch weniger vorbereitet. Dies tritt ebenso in der Ideologie wie auf dem Gebiete der Organisation hervor. Das letzte Erweiterte Plenum hat wohl in seinen Entschlüssen die Notwendigkeit ideologischer Erläuterungen betont, hat aber keine entsprechenden Folgerungen bezüglich der Festlegung der organisatorischen Arbeit der Partei gemacht.

Die Schwierigkeiten der Propagandatätigkeit auf ideologischem Gebiet haben in der Hauptsache ihren Grund in folgendem:

- a) im niedrigen Stand des allgemein-theoretischen Niveaus, der im Mangel an propagandistischen Kadern zum Ausdruck kommt,
- b) in der mangelnden Verallgemeinerung, in der mangelnden Kenntnis der eigenen revolutionären, politischen Erfahrung der Parteien.

Die Hebung des theoretischen Niveaus kann nur auf Grund zähester dauernder Arbeit erfolgen. Die Marx-Lenin-Kurse, die im ersten Quartal des kommenden Jahres beginnen sollen, bedeuten den ersten Schritt in der Richtung auf dieses Ziel. Die Parteien selbst haben auf diesem Gebiete eine sehr geringe Initiative gezeigt. Was die Fähigkeit der Verallgemeinerung, das Bewußtwerden der eigenen Erfahrung betrifft, so kann man auf diesem Gebiete erheblich bedeutendere Fortschritte verzeichnen. Die letzte politische Krise der KP Deutschlands förderte das Innwerden einer reichen Revolutionserfahrung, des politischen Erlebens der Partei, die bewußte Rechenschaftgebung in den Köpfen der leitenden Kadern und der Parteimitglieder. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch gelingen, jene irrigen Verallgemeinerungen der über den Leninismus herziehenden „Ideologie“ zu bannen, die der Parteiapparat mit Hilfe einer geräuschvollen Reklame verbreitet hat. Auch im Journal der KP Frankreichs, „Cahiers du Bolchevisme“, tritt das Bestreben hervor, die Fragen Leninscher Politik auf dem Boden französischer Ökonomie und Politik auszuarbeiten. In noch höherem Maße kann man das vom Journal der englischen Partei, „Communist Review“, behaupten, in viel geringerem Grade aber vom Journal der tschechoslowakischen Partei, „Kommunistische Revue“, und vom Journal der Workers Party, „Labor Monthly“. Seit dem Erweiterten Plenum kann man auf diesem Gebiet fraglos einen Fortschritt nahezu in allen Parteien verzeichnen. Die Sache der erzieherischen Institutionen der Partei (Kurse, Schulen) bewegt sich, wenn auch langsam und in den einzelnen Parteien in verschiedenem Tempo, doch sicher vorwärts.

Die Partei stand vor zwei Aufgaben:

- a) vor der Heranbildung von Kadern und
- b) vor der Schaffung einer Massenpropaganda.

Die Organisation der Verwirklichung beider Aufgaben dürfte schwerlich zur Aufstellung einheitlicher Typen führen, was jedoch die Schwierigkeiten einer Verwirklichung betrifft, so kann man hier auf annähernd analoge Schwierigkeiten hinweisen, besonders bezüglich der Massenpropaganda.

1. Allgemeiner Mangel an Propagandisten.
2. Mangel der Partei an materiellen Mitteln.
3. Mangel an Lehrbüchern.

4. In Anbetracht des sich vollziehenden Umbaus der Partei war es unmöglich, eine feste organisatorische Basis für eine durchgreifende Massenpropaganda zu finden, war es schwer, diese Propaganda festzulegen, sie territorial oder aber nach Betrieben zu organisieren.

5. Schwankungen in der Frage der Ziele der erzieherischen Arbeit der Schule.

Auf dem Gebiete der Organisation der Propagandatätigkeit marschieren an der Spitze drei Parteien: die englische, französische und norwegische.

Die englische Partei hat die Organisation einer zentralen Parteischule mit einem sechsmonatigen Kursus vollkommen durchgeführt. Die Aufgabe der Schule besteht in der Heranbildung von leitenden Kadern. Die französische Partei beendet jetzt schon den zweiten Kursus ihrer Parteischule mit zweimonatigen Kursen. Die norwegische Parteischule hat noch kurzfristige Kurse eingerichtet.

Derartige Parteischulen können sich natürlich nur mit einer sehr begrenzten Zahl von Arbeitern befassen und ihnen nur eine dürftige Ausbildung geben. Bezüglich der Ziele und Aufgaben der Schulen besteht noch keine vollkommene Klarheit. Die Frage, ob die Schulen den Unterricht in den allgemeinen Elementarfragen der kommunistischen Theorie und der Parteipraxis pflegen oder die spezielle Ausbildung der Funktionäre, die die verschiedenen Arbeitsgebiete leiten, betreiben soll, ist in der Praxis noch nicht gelöst. Das geht auch aus den Schulprogrammen hervor.

Die Lösung der Frage, wie das Programm der Zentralschulen unserer Partei aufzubauen sei, bedarf noch einiger Erfahrung. Wie auf dem Gebiet der gesamten Propagandatätigkeit, so liegt auch auf dem Gebiet der Schulausbildung die Hauptschwierigkeit in der Zusammenfassung des aktuellen Materials mit den theoretischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Es steht ja außer Zweifel, daß die Schulen die Lernenden unverzüglich in die aktuellen Probleme des politischen Parteilebens einführen müssen, und daß die Schüler den Marxismus-Leninismus nicht als trockene Theorie, sondern als wahrhafte Anleitung zu Aktionen ansehen müssen. Vor uns liegen zwei Programmentwürfe. Der eine von diesen (der der englischen Zentralschule) sieht als Hauptgegenstände sechs Themen vor: 1. Historischer Materialismus. 2. Trade-Unionismus (Gewerkschaftsbewegung). 3. Politische Ökonomie (Volkswirtschaftslehre). 4. Politische Theorie. 5. Organisationsfragen. 6. Imperialismus und Kolonialfrage. — Dem steht der Programmentwurf der französischen Zentralschule gegenüber, der fünf Hauptfächer einschließt: 1. Einführung: die Bedeutung der Theorie, die Konferenz der KP Frankreichs, das kapitalistische Frankreich. 2. Marxismus-Leninismus; I. Teil: Volkswirtschaftslehre, historischer Materialismus, Imperialismus, Leninismus. 3. Vertiefteres Studium der gegenwärtigen Lage in nationalem und internationalem Maßstabe. 4. Die Vorbereitung der Revolution (Leninismus, II. Teil). 5. Aufgaben der KP Frankreichs.

Gemeinsam ist beiden Programmen der Mangel an einem einheitlichen, systematischen Aufbau. Spezielle kritische Bemerkungen können gewissermaßen dahin zusammengefaßt werden, daß beide Programmentwürfe an einer gewissen Überanhäufung des Materials leiden. Es besteht auch keine organische Verbindung unter den einzelnen Themen. Bei solcher Anhäufung des Materials sind häufige Wiederholungen kaum zu ver-

meiden. Die Hauptsache aber ist, daß es kein zentrales Thema gibt, um das sich alle anderen gruppieren könnten. Nur durch Gruppierung aller Themen um das zentrale Thema des Leninismus könnte man das ganze Programm organisch in drei Hauptteile zerlegen. Solche Teile sind 1. Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeschichte; 2. Leninismus (Imperialismus, Lehre von den bewegenden Kräften der Revolution, die Agrar- und nationale Frage usw.); 3. Organisatorische und taktische Fragen der Partei. Zum Zwecke einer Verallgemeinerung des ganzen Materials ist es notwendig, mit einer Exkursion über historischen und dialektischen Materialismus zu endigen.

Es versteht sich von selbst, daß eine ähnliche Einteilung des Materials zum Zwecke einer lebendigen und konkreten Durcharbeitung die Verknüpfung desselben mit aktuellen politischen Fragen zur Voraussetzung hat. Hier muß man, ebenso wie in historischen Fragen, immer wieder betonen, daß nur durch planmäßige, gleichmäßig organisierte Festsetzung des Lehrplanes das Studium des Marxismus-Leninismus gegen die Gefahr akademischer Abweichungen oder eines engstirnigen Praktizismus gesichert werden kann.

Unter den Formen der Ausbildung von Arbeitern müssen auch die ganz kurzfristigen Kurse, die zwei- und dreitägigen sowie die am Wochenende (Sonnabend und Sonntag) abgehaltenen Kurse, aus einer oder zwei Lektionen bestehend, erwähnt werden.

Ein grundlegender methodischer Fehler dieser Kurse (wie auch der zentralen Schulen) liegt in der Lektionsmethode, die ein ernsthaftes Durcharbeiten des Lehrmaterials nicht gestattet.

Schwer läßt sich in das System unserer Lehrinstitutionen das sich in Halbheiten erschöpfende System der Leninzirkel der deutschen Partei einreihen. Es hat Schiffbruch erlitten. Der sogenannte Reichs-Leninzirkel ist vom organisatorischen, programmatischen und methodischen Standpunkt ein mißgestaltetes Gebilde, der Boden für die scholastischen Übungen einiger deutscher kommunistischer Akademiker (Korsch und Co.), unter dem Aushängeschild des Marxismus-Leninismus eine Institution zur Verbreitung aller möglichen antimarxistischen Theorien, die des öfteren über die Grenzen des Naiven hinausgehen.

Über die parteierzieherischen Institutionen, die dazu ausersehen sind, die breiten Massen der Parteimitglieder zu bilden, läßt sich zunächst noch nicht viel sagen. Über die deutsche Zirkelgründerei besitzen wir wenig Material. Ebenso lassen sich auch zur Zeit die bisher erzielten Resultate der von der norwegischen und französischen Partei eingerichteten Elementarkurse noch nicht beurteilen. Eine gewisse erwähnenswerte Initiative in dieser Richtung ist in der österreichischen, amerikanischen und kanadischen Partei festzustellen. Die italienische Partei hat gemäß ihrer Illegalität als Form der Propaganda den brieflichen Unterricht eingeführt. In der Tschechoslowakei veranstaltet die Partei zum Teil episodische Lektionen für die breiten Schichten der Parteimitglieder. Eine Massenpropagandaorganisation, die sich mit der ganzen oder annähernd ganzen Masse der Partei befaßt, besteht nur in der englischen Partei. Hier wurde auch der Versuch gemacht, Parteischnulen zu gründen, vorbereitende Kurse für Arbeiter, die der Partei beitreten wollen. Zu diesem Zwecke werden Gruppen gebildet mit nicht mehr als zehn Teilnehmern in jeder Gruppe. Als Grundlage dieser Gruppen dienen die Betriebszellen; es können aber auch da Gruppen gebildet werden, wo

keine Zellen vorhanden sind. Der Leiter der Gruppe erhält folgende Anweisungen: Die erste Aufgabe besteht darin, daß dem Arbeiter Wesen und Rolle der kommunistischen Partei erklärt werden. Sodann wird der Unterschied zwischen der Kommunistischen Partei und den anderen proletarischen und bürgerlichen Parteien dargelegt. Die kennzeichnenden Züge und die allgemeine politische Linie der Partei werden aus der örtlichen Erfahrung, an praktischen Beispielen, aus Betrieben usw. entnommen. Diese elementaren Kurse umfassen acht Lektionen ernsthaften Inhalts: 1. Warum haben wir uns der Kommunistischen Partei angeschlossen?; 2. die organisatorische Struktur der kommunistischen Partei; 3. die organisierte Arbeit und die zentralistische Leitung der Partei; 4. Partei und Betrieb; 5. die Partei und die Labour-Party; 6. Partei und Gewerkschaften; 7. Die Parteiarbeit in ihrer Gesamtheit.

Unzweifelhaft ist in einer so kleinen Partei wie der englischen die Bildung einer propagandistischen Organisation, die die ganze Partei umfaßt, viel leichter als in einer größeren Partei. Es unterliegt aber auch allerdings keinem Zweifel, daß die Schaffung eines organisierten Propagandanetzes nicht minder nötig ist für die KP Deutschlands und der Tschechoslowakei.

Nach Überwindung der Periode der ersten Sondierungen auf dem Gebiete der Massenpropaganda besteht die wichtigste Aufgabe darin, den breiten Weg der Organisation einer Massenpropaganda zu betreten, dabei Hand in Hand gehend mit dem Aufbau der Betriebsparteizellen.

Einige Schlußbemerkungen

Über ein drittes wichtiges Gebiet der Agitation und Propaganda — nämlich der Leitung der Presse und der Verlagstätigkeit — wird ein andermal gesprochen werden müssen, und zwar in Verbindung mit der internationalen Konferenz für Agitation und Propaganda, die nach Beendigung des Erweiterten Plenums stattfinden wird.

Vom Erweiterten Plenum, das den Rahmen der Agitation und Propaganda in Form einer politischen Linie der Kommunistischen Partei festzusetzen hat, erwarten wir folgendes:

1. Von neuem einen energischeren und bestimmteren Hinweis auf die absolute Notwendigkeit, daß alle Sektionen der Komintern ihre spezielle Aufmerksamkeit auf die ideologische Festigung der Parteien im Geiste des Marxismus-Leninismus richten — zumal die gegenwärtige Periode der Revolution durch Gefahren von links und rechts äußerst bedroht ist.

2. Es ist erforderlich, daß eine Linie für den Umbau der Partei gefunden wird, die dieser Arbeit ein weiteres Tätigkeitsfeld bietet, als es durch die Begrenzung durch die Organisation von Betriebszellen in engerem Sinne dieses Wortes bedingt ist. Es muß in konkreter, bestimmter Weise darauf hingewiesen werden, daß der Aufbau der Partei nach dem Prinzip der Betriebszellen zur Gewinnung der Massen nur dann führen, der Betrieb sich in eine Festung für uns dann wandeln kann, wenn die Organisierung der Agitprop-tätigkeit der Kommunistischen Partei mit dieser Umbauarbeit Schritt halten und nicht in weitem Abstand hinterhertröteln wird. Es muß unterstrichen

werden, daß die Schaffung von Organen der Agitpropstätigkeit einen unlöslichen, integrierenden Bestandteil im Umbau der Partei bildet.

Alle Parteien, die einen bestimmten Grad der Arbeitsteilung erreicht haben, müssen Agitproporgane im Zentrum, in den Provinzen und in den Orten schaffen (beginnend vom Zentrum bis hinab zu den Parteizellen).

3. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Agitationsarbeit in der jetzigen Periode der Revolution, entsprechend der Taktik der Einheitsfront und der Einzelforderungen, durchaus vertieft, erweitert und systematisiert sowie im Inhalt und Ton so gehalten werden muß, daß sie die sozialdemokratischen Massen zu überzeugen vermag und den kommunistischen Parteien die Sympathien dieser Massen sichert.

4. Das Erweiterte Plenum muß auf die eingetretenen Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse in internationalem und nationalem Maßstab und auch darauf hinweisen, daß vermöge dieser Veränderungen in ständig sich steigendem Maße Elemente aus der Reihe der Werktätigen emporsteigen, die nicht durch die Schule des Vorkriegslebens der Arbeiterorganisationen gegangen sind und auch nicht an den Kämpfen der Revolutionsperiode nach dem Kriege teilgenommen haben. Die revolutionäre Erziehung dieser Arbeiter, die ein bedeutendes Kontingent innerhalb wie außerhalb der Partei darstellen, muß zur Lebensfrage der kommunistischen Parteien werden.

Unter steter Berücksichtigung dieses Momentes ist es die Pflicht einer jeden einzelnen Sektion, ihre Propagandaorgane in weitestem Umfange zur Entwicklung zu bringen. Die Parteizellen und die örtlichen territorialen Organisationen müssen zumindest ihren Mitgliedern eine elementare kommunistische Bildung geben und allmählich das Netz der Massenpropaganda entsprechend den Bedürfnissen der parteilosen Massen ausbauen. Ebenso muß energisch auf die Notwendigkeit der Schaffung von zentralen Parteischulen in den Sektionen hingewiesen werden, die die Bedeutung einer Heranbildung der Arbeit noch nicht gebührend erkannt haben.

Ohne Erfüllung alles dessen muß jedes Treuegelöbnis dem Leninismus gegenüber nur leeres Geschwätz bleiben.

A. LISS:

DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI UND DER KOMMUNISTISCHEN GEWERKSCHAFTSFRAKTIONEN

Die vom 3. Weltkongreß der Komintern ausgegebene Losung „An die Massen“ hat bis heute ihre volle Geltung behalten. Die von der Komintern in der verflossenen Periode erzielten Erfolge dürfen nur als erste Errungenschaften angesehen werden. Die Erfolge der einzelnen Sektionen haben sich noch nicht zu festigen vermocht, und wenn wir in der Gewinnung der Massen nicht vorwärts schreiten, können wir uns sehr bald auf dem Rückmarsch begriffen sehen. (Aus den Thesen des 5. Kongresses der Komintern über Fragen der Taktik.)

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß für die Zwecke einer Gewinnung der Massen die Tätigkeit der kommunistischen Parteien in der Hauptsache auf die Gewerkschaften als die größten Massenorganisationen gerichtet werden muß. Denn, wie Wladimir Iljitsch sagte, „auf keinem anderen Wege als über die Gewerkschaften und deren Wechselbeziehungen mit der Partei der Arbeiterklasse ist irgendwo auf der Welt ein Aufsteigen des Proletariats erfolgt — und konnte auch nicht erfolgen“. (Lenin: „Die Kinderkrankheit „Radikalismus“ im Kommunismus.)

Mit der Eroberung der Gewerkschaften schmiedet sich die kommunistische Partei die eiserne Waffe der Revolution, durch die allein sie die Möglichkeit eines wirksamen Einflusses auf die breiten Massen der Arbeiterklasse erhält.

„Wenn wir in der Gewinnung der Massen nicht vorwärts schreiten“ — so lautet die Resolution des 5. Kongresses der Komintern —, „dann können wir uns sehr bald auf dem Rückmarsch begriffen sehen.“ Eine Erfahrung von anderthalb Jahren seit der Tagung des 5. Kongresses der Komintern hat uns die Richtigkeit dieses Ausspruches mit besonderer Deutlichkeit gelehrt. Jeglicher Stillstand in der Eroberung der Gewerkschaften, auch ein zeitlich nur begrenzter, wirkt sogleich und unvermeidlich auf unseren Einfluß in den Gewerkschaften zurück, indem er uns aus den eroberten Positionen zurückdrängt.

Im Wirtschaftskampfe der Arbeiterklasse, diesem wichtigsten Faktor für die Zersetzung des Kapitalismus, nehmen die Gewerkschaften die erste Stelle ein. Diese können aber auch zur bevorzugten Waffe der Kompromißlerpolitik werden (was auch der Fall ist). Der Charakter des Klassenkampfes kann jedoch nicht anders als revolutionär sein; die Massen erweitern bei entsprechend günstigen Bedingungen ihren revolutionären Einfluß und verlassen die kompromißlerische Plattform der reformistischen Führer. In der allgemeinen historischen Entwicklung der Gewerkschaften können also nicht selten Schwankungen eintreten, doch ist der endgültige Triumph der revolutionären Ideologie unausbleiblich.

Trotzdem nun die Dinge so liegen, sind in gewissen Kreisen der kommunistischen Parteien Westeuropas Zweifel und Schwankungen bezüglich der Gewerkschaften aufgetaucht. Unter diesen Schwankungen auf dem Boden des Prinzipiellen hat die praktische Arbeit in den Gewerkschaften unstreitig gelitten. Es ist nicht möglich, die Aktiva und Passiva unserer Tätigkeit in den Gewerkschaften genau zu bestimmen, d. h. vollständige Angaben über gewonnene und verlorene Positionen zu machen, doch ist die Tatsache nicht wegzuleugnen, daß da neben unbestrittenen Errungenschaften in den letzten anderthalb Jahren eine Reihe wesentlicher Mängel zutage getreten ist.

Diese Mängel lassen sich in ihren Grundzügen auf folgende fünf Gruppen zurückführen:

1. In einigen kommunistischen Parteien sind antigewerkschaftliche Tendenzen bis auf den heutigen Tag noch nicht überwunden. Es mangelt an einer genügend nachdrücklichen Bekämpfung dieses ablehnenden Verhaltens eines Teiles der Kommunisten gegenüber der Arbeit innerhalb der bestehenden, vornehmlich sozialdemokratischen Gewerkschaften. Noch weniger wird die Notwendigkeit einer Tätigkeit in den konfessionellen, nationalen und anderen Gewerkschaften gewürdigt.

2. Die Partei betreibt keine genügend durchgreifende, planmäßige, systematische Organisierung der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften. Das Netz dieser Fraktionen ist schwach, und mit geringen Ausnahmen ist auch der Prozentsatz der aktiv in den Fraktionen tätigen Kommunisten gering. Vom organisatorisch-politischen Standpunkt ergibt sich so eine für unsere Zeit charakteristische Lage — das Bild einer eigenartigen „Schere“ mit einer Riesenspanne zwischen dem Grade des allgemeinen Einflusses der Kommunisten und der Stärke unseres organisatorischen Einflusses z. B. in den Gewerkschaften.

3. In einer Reihe von kommunistischen Parteien herrscht das offenbar irrümliche, unrichtige Bestreben, die Tätigkeit in den kommunistischen Fraktionen der Gewerkschaften durch Arbeit in der Opposition oder in selbständigen revolutionären Verbänden zu ersetzen. Opposition und revolutionäre Verbände können aber die Tätigkeit in kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen weder ersetzen noch ausschließen.

4. Trotz der absoluten Klarheit in der Frage der organisatorischen Struktur der kommunistischen Fraktionen tragen einige kommunistische Parteien in diese Struktur Theorien hinein, die den wahren Sinn der kommunistischen Fraktionen entstellen und, aller Wahrscheinlichkeit nach, die Entwicklung der letzteren aufhalten.

5. In vielen kommunistischen Parteien werden die Aufgaben der kommunistischen Fraktion nicht genügend klar und konkret zum Ausdruck gebracht. Es wird auch versucht, der kommunistischen Fraktion Aufgaben aufzubürden, die der Bestimmung der Fraktion nicht entsprechen; man möchte durch politischen „Radikalismus“ eine gesunde, sachliche wirtschaftliche Tätigkeit in den Gewerkschaften ersetzen.

Die angeführten Mängel lassen sich allerdings ohne Zweifel in vollstem Maße durch die Grundanschauung rechtfertigen, daß es keine richtige produktive Arbeit in den Gewerkschaften ohne eine richtige politische Linie der Partei geben kann. Eine falsche politische Linie, verfehlte Ausrichtung

und Tendenzen nicht nur den Gewerkschaften, sondern auch der allgemeinen Parteipolitik gegenüber, wirken in sehr empfindlicher Weise auf die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften zurück.

1. Partei und Gewerkschaften

Man kann füglich von keinerlei Organisation und Tätigkeit der kommunistischen Gewerkschaftsfractionen sprechen, wenn selbst nur unter einem Teile der Mitglieder einiger kommunistischer Parteien ein ablehnendes Verhältnis gegenüber der Betätigung innerhalb der bestehenden „reaktionären“ Gewerkschaften herrscht. Es mag sonderbar erscheinen, daß um die heutige Zeit, im Jahre 1925, nach den Erfahrungen so vieler Jahre und unter den gegenwärtigen Daseinsbedingungen der Kommunistischen Partei und der Arbeiterklasse sich der Standpunkt erst noch Geltung verschaffen muß, der „die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit der Betätigung der Kommunisten innerhalb der reaktionären Gewerkschaften“ betont.

Und doch sehen wir an dem Beispiele Deutschlands (das eine der größten Sektionen der Komintern besitzt), Österreichs und Italiens, daß einige kommunistische Parteien antigewerkschaftliche Strömungen noch nicht genügend überwunden haben.

Auf dem letzten, 10. Parteitag der KPD erklärte Gen. Thälmann in seinem Referat zur Gewerkschaftsfrage, daß

„die damaligen Tendenzen (nämlich die ultralinken Tendenzen bezüglich der Frage der Gewerkschaftsarbeit auf dem Parteitag in Frankfurt) natürlich auch heute noch in der Partei zu finden seien. Die Partei sei sich auch gegenwärtig der politischen Bedeutung und der Wichtigkeit der Arbeit in den Gewerkschaften und Betrieben nicht genügend bewußt. So lange noch solche ultralinken Tendenzen bestünden, die auf das Gefühl gegründet seien, würden sie natürlich der Erweiterung unserer Aktivität in den Gewerkschaften überaus hinderlich sein.“

Nicht weniger beredt illustriert diese Lage Gen. Heckert, der Leiter der Gewerkschaftskommission in der KPD:

„Wir deutschen Kommunisten,“ sagt Heckert, „haben entschieden viel Terrain und Einfluß verloren, weil wir die Gewerkschaftsfrage jahrelang in ihrer Bedeutung nicht voll erkannt, ja zum Teil deren Bedeutung sogar gelehnet haben . . . Noch zum 5. Weltkongreß der KI sind wir mit sehr falschen Einstellungen zur Gewerkschaftsfrage gefahren . . . Es ist bekannt, daß wir nicht genügend Courage hatten, den abseitigen Ideen der Schumacher, Weyer, Kaiser, Schmidtke sofort so energisch zu Leibe zu gehen, wie das nötig gewesen wäre . . . Ja, es lassen sich im Funktionärlager noch deutliche Spuren wahrnehmen von Leuten, die der Meinung sind, unsere jetzige Einstellung zur Gewerkschaftsfrage entspringe nur einer vorübergehenden Laune, und sie hoffen, daß wir bald davon abkommen werden, um auf Schumachers Bahnen in allen Ecken und Winkeln des Landes gewerkschaftliche Experimente zu machen.“

Durchaus verständlich sind demnach die Befürchtungen des Exekutivkomitees der Komintern, die sowohl im Schreiben an den Frankfurter Parteitag wie im Schreiben an den 10. Kongreß und im letzten Sendschreiben an die Kommunistische Partei Deutschlands ausgesprochen werden:

„Hier auf dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands“ — so heißt es in dem Schreiben des Exekutivkomitees der Komintern — „wird es keine ‚prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten‘ über die Frage geben, ob die Bolschewiki Mitglieder der reaktionären Gewerkschaften sein sollen oder nicht . . . Wir müssen indes offen erklären: ungeachtet aller Bemühungen des Zentralkomitees sind sie (das heißt die ultra-

linken Torheiten) lediglich in der Theorie überwunden, nicht aber in der Praxis, innerhalb der Parteimasse. Der beste Beweis dafür ist der geringe Einfluß der kommunistischen Partei Deutschland in den Gewerkschaften.“

Daß das letztere zutrifft, beweisen ein Überblick über den Stand der Arbeiten in den Gewerkschaften, die Wahlen für den Kongreß des ADGB, die Wahlen für eine Reihe anderer Kongresse dieses Jahres und der Verlust einer Anzahl wichtigster Positionen in den Gewerkschaften.

Besonders kraß trat der katastrophale Niedergang der Opposition auf dem Breslauer Kongreß des ADGB hervor. Während auf dem 11. Kongreß des ADGB im Jahre 1922 von 692 Delegierten 463 der SPD, 138 der USPD und 90 Delegierte der KPD angehörten, hatte sich das Verhältnis auf dem diesjährigen Kongreß des ADGB so geändert, daß von 350 Delegierten des Kongresses nur 2 der KPD angehörten.

Wenn auch alle durch die Gewerkschaftsbureaukratie verursachten Schwierigkeiten und Hemmnisse (von 40 dem Bestande des ADGB angehörenden Verbänden hatten nur 11 allgemeine Wahlen veranstaltet) in Betracht gezogen werden müssen, so kommt doch selbst das Zentralkomitee der KPD zu dem Ergebnis, daß „der Grund für die schlechten Resultate der Wahlkampagne für den Gewerkschaftskongreß vor allem in der mangelnden Intensität unserer Arbeit in den Gewerkschaften überhaupt und in dem vollständigen Fehlen arbeitsfähiger Fraktionen in allen Gewerkschaften zu suchen sei.“

Die kommunistischen Fraktionen in den zahlreichen Gewerkschaftskonferenzen dieses Sommers waren in der Mehrzahl der Fälle auf $\frac{1}{5}$, $\frac{1}{10}$ und einen noch geringeren Bruchteil ihres früheren ziffernmäßigen Bestandes zurückgegangen. So waren beispielsweise auf der Gewerkschaftskonferenz der Holz- und Bauarbeiter unter 198 Delegierten nur 3 kommunistische Delegierte. Auf der vorhergehenden Konferenz der Holzarbeiter zählte die kommunistische Fraktion 31 Delegierte. Die Tagung der Transportarbeiter (am 16. August 1925) zählte unter 192 Delegierten 7 Kommunisten und 2 Sympathisierende, die Tagung der Eisenbahner (Ende Juli 1925) unter 110 Delegierten 7 Kommunisten. Auf der Konferenz der Arbeiter der chemischen Industrie (Juli 1925) waren unter 151 Delegierten 12 Kommunisten und auf der Tagung der Buchbinder unter 67 Delegierten 3 Kommunisten.

Man darf allerdings diese Daten nicht als absoluten Maßstab ansprechen, denn der Einfluß der Kommunisten ist, wie die Erfahrung gelehrt hat, stets größer als die Zahl der Delegierten, die die Kommunisten für eine Konferenz durchzubringen vermögen. Dies hängt mit dem inneren Wahlmechanismus zusammen; so hätten beispielsweise bei einem proportionellen Wahlsystem die Kommunisten auf dem Kongreß des ADGB 15 Mandate innehaben müssen.

Zur Kennzeichnung der Lage wäre es nicht uninteressant, das Resultat der Wahlen für den Kongreß des ADGB im Metallarbeiterverband näher ins Auge zu fassen.

Nach genauen Daten erhielten die Kommunisten: in Sachsen von 21 000 Stimmen 6120 (28 Prozent), nach annäherndem Ergebnis im ganzen Lande von 146 000 Stimmen 38 000 (26 Prozent), während noch auf der Tagung der Metallarbeiter in Kassel im Februar 1924 (die Wahlen hatten im

Sommer 1923 stattgefunden) die Kommunisten $\frac{1}{3}$ der Mandate innehatten, und von den 1 200 000 Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes nicht weniger als 500 000 (40 Prozent) hinter sich hatten. Der also vor zwei Jahren noch so riesengroße Einfluß der Kommunisten im Metallarbeiterverband ist inzwischen fast um die Hälfte zurückgegangen.

Aber auch das Ergebnis dieses Jahres zeigt, daß unser Einfluß weit höher ist, als die Wahlen für die einzelnen Tagungen vermuten lassen, wenn er auch im Vergleich mit den Jahren 1923/24 bedeutend zurückgegangen ist. Das konstatiert auch der Leiter der KPD, Gen. Thälmann, indem er auf dem 10. Kongreß der KPD erklärte, daß

„unsere Arbeit in den Gewerkschaften ganz brach daniederliege und wir bei einer Rückkehr in die Gewerkschaften uns erst am Beginn einer Lösung unserer politischen Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung befinden würden. Unsere Partei sei zur Zeit noch isoliert von der Mehrheit der Arbeiterklasse, von den Millionen Arbeitern, die den deutschen Gewerkschaften angehören.“

All das weist darauf hin, daß die Resolution des 5. Kongresses der Komintern unstreitig in allerschleunigstem Tempo zur Ausführung gebracht werden muß; sie lautet:

„Mit eiserner Hand muß den Tendenzen zum Austritt aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften entgegengetreten werden; alle Parteimitglieder bis auf den letzten Mann sind dahin zu bringen, daß sie es als ihre Gewissenspflicht betrachten, die Taktik der Komintern und des Frankfurter Parteitages bezüglich der Gewerkschaftsfrage innezuhalten, die Reorganisierung der Partei auf der Grundlage von Betriebs-Parteizellen ist entschlossen und energisch zu betreiben; das wird der Partei auch in den Fällen ungeheuren Nutzen bringen, wo diese sich zu illegaler Tätigkeit gezwungen sieht.“ (Thesen über die Taktik.)

Durch systematische, planmäßige, zähe Arbeit der kommunistischen Fraktionen kann der geringe Einfluß in den Gewerkschaften wieder gehoben werden, doch ist die Grundbedingung für eine fruchtbringende Tätigkeit in dieser Richtung vor allem die richtige Einstellung der Kommunisten zu ihren Aufgaben in den Gewerkschaften.

Auch in Österreich finden wir falsche Tendenzen in bezug auf die Gewerkschaften. Die österreichische Kommunistische Partei ist zweifelsohne von den allerbesten Absichten durchdrungen, doch zeugt die Tatsache, daß nur 15 Prozent der Parteimitglieder den Gewerkschaften angehören, von einer überaus ungenügenden Aktivität der Kommunisten in den Gewerkschaften. Nicht ohne Grund nahm daher das ZK in seiner Sitzung am 27. August eine Resolution an, in der es heißt, daß es die Aufgabe der Partei sei,

„den Übergang der ganzen Partei zu einer richtigen Politik in der Gewerkschaftsfrage und die ungesäumte Einleitung einer innerparteilichen Kampagne für den Eintritt aller Kommunisten in die Gewerkschaften und in den revolutionären Block zu betreiben.“

In Steiermark, einer Provinz, in der die Strömungen zugunsten eines Austritts aus den Gewerkschaften die Oberhand haben und von den Faschisten für die Zwecke neuer Gewerkschaftsgründungen ausgenutzt werden, waren die Kommunisten eine Zeitlang von diesen Tendenzen offenbar ganz und gar beherrscht. In vielen, im übrigen gediegenen und kampffähigen Bezirksorganisationen, sind in den Gewerkschaften nur 5 bis 6 Prozent der Parteimitglieder organisiert. Ein leitender Funktionär der Provinz Steiermark äußert sich zum Problem der Flucht aus den Gewerkschaften wie folgt (Bericht vom 25. Mai 1925):

„Es besteht keinerlei Möglichkeit, unsere Parteigenossen in die Reihen der freien Gewerkschaften hineinzuziehen und in den Gewerkschaften revolutionäre Blocks zu bilden. Wenn wir es versuchen wollten, die Parteimitglieder auf dem Disziplinarwege zum Eintritt in die freien Gewerkschaften zu veranlassen, so würden wir damit die letzten Grundlagen der Parteiorganisation vollkommen zerstören. Es erweist sich, umgekehrt, als notwendig, einzelne Parteigenossen abzukommandieren, um die Leitung dieser Bewegung in die Hand zu nehmen; denn, sollte die Schaffung revolutionärer Verbände nicht mit uns erfolgen, so geschähe das ohne und gegen uns.“

Auf einer kommunistischen Konferenz Ober-Steiermarks wurde ein Antrag abgelehnt, der den Eintritt der Parteifunktionäre in die Gewerkschaften bis Ende Februar forderte.

In Italien ist unter den Parteimitgliedern die Ansicht verbreitet, daß die Partei schon eine in genügendem Grade allumfassende Organisation sei, und daß deshalb keine Notwendigkeit vorliege, die Kräfte auch noch für die Arbeit in den Gewerkschaften zu zersplittern. Andere sind wieder der Meinung, daß das Eintreten in die Gewerkschaften und die Betätigung daseibst nur „den Reformisten Wasser auf die Mühle leiten“ hieße. Daß diese falschen Tendenzen noch nicht überwunden sind, beweist die Tatsache, daß in der Provinz Mailand, einem Bericht zufolge, von 2500 Parteimitgliedern 500 außerhalb der Gewerkschaften stehen.

Die Kommunistische Partei Italiens kämpft gegen diese verfehlten Tendenzen an und stärkt so ihren Einfluß in den Gewerkschaften. Einem Bericht des Gen. T. zufolge besitzen wir in der reformistischen Arbeitskonföderation gewissermaßen einen Einfluß von annähernd 30 Prozent des ganzen Bestandes der organisierten Arbeiter; im einzelnen reicht unser Einfluß bei den Metallarbeitern bis zu 37 Prozent, bei den Textil- und Bauarbeitern bis zu 33 Prozent. Daß die Kommunistische Partei Sympathien besitzt, bezeugt u. a. die Tatsache, daß in Mailand (26. September) die Durchführung eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks gelungen war, an dem sich nicht weniger als 70 Prozent der Arbeiter beteiligten. Der Streik sollte eine Protestkundgebung gegen das neue Gewerkschaftsgesetz sein.

In Italien ist im Hinblick auf das Monopol der faschistischen Gewerkschaften eine eifrige Tätigkeit besonders unentbehrlich, sowohl in den Überbleibseln der reformistischen Verbände selbst wie im Interesse der Losung einer Wiederaufrichtung der Klassenverbände.

Selbst in Polen, wo man sich der Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit vollauf bewußt ist, muß die Tätigkeit der Partei in den Gewerkschaften als ungenügend bezeichnet werden. So wird z. B. im Augustbericht des Oberschlesischen Bezirkskomitees (des wichtigsten Bergbaurayons), der nach der Julikampagne gegen die Verlängerung des Arbeitstages verfaßt wurde, erklärt:

„Unser alter Fehler, die mangelnde Betätigung in den Gewerkschaften, hat sich an uns gerächt; als die Kampagne in die Gewerkschaften getragen wurde, da erwies es sich, daß wir in den Gewerkschaften nur einen winzigen Faktor bildeten, wir waren nirgends, unsere Stimme wurde nirgends gehört. Die Reformisten verrieten die Arbeiter, wie sie es stets tun, doch haben wir ihnen diese Aufgabe erleichtert, indem wir ihnen keinerlei Macht in den Gewerkschaften entgegenstellen konnten.“

Und weiter:

„Durch die bittere Erfahrung des Julistreiks belehrt, müssen wir es endlich begreifen, daß unsere vornehmste Aufgabe in der Gewerkschaftsarbeit besteht.“

Eine gewisse Zeit behauptete sich auch in Polen die Tendenz, den reformistischen Gewerkschaften, wenn auch nicht die eigenen revolutionären Organisationen, so doch Organisationen anderer Art, wie die Betriebsräte, in denen die Kommunisten großen Einfluß hatten, entgegenzustellen. Die Apathie der Massen, die Flucht aus den Gewerkschaften und der allgemeine Niedergang der ziffernmäßigen Bestände der Gewerkschaften waren ungesunde Erscheinungen, deren Beseitigung für die Partei zur dringlichen Aufgabe wurde. Auf der Suche nach neuen Wegen kam man dahin, daß nur eine neue Organisationsform die Gewerkschaften wieder zu stärken vermöge. Diese neue Organisationsform — Betriebsräte oder Aktionsausschüsse oder etwas Ähnliches — stand nun im Vordergrund, während die Gewerkschaften in den Hintergrund treten mußten. Der breiten werktätigen Masse war so etwas unverständlich, denn die Betriebsräte und Aktionsausschüsse wurden so den Gewerkschaften entgegengestellt; und die Folge konnte auch nur ein Anwachsen der Flucht aus den Gewerkschaften sein.

In Oberschlesien trat diese Erscheinung besonders deutlich hervor. Der hier seinerzeit gegründete 21er Ausschuß der Betriebsräte genoß — weil den Gewerkschaften gegenübergestellt — noch nach seinem Falle große Popularität. Diese Lage der Dinge war jedoch auch eine der Ursachen für das Sinken unseres Einflusses in den Gewerkschaften Oberschlesiens, obgleich die Gewinnung der Arbeiter dieses Rayons keine schwere Aufgabe war, „das Maximum der Energie seitens aller Genossen ist dazu nur erforderlich“ — heißt es im Septemberbericht des ober-schlesischen Parteikomitees.

In den von der französischen Kommunistischen Partei für die Parteikonferenz (Oktober 1925) in Vorschlag gebrachten Thesen über die Betätigung der Kommunisten in den Gewerkschaften werden die Schwächen der Partei gegenüber den Gewerkschaften dahin präzisiert:

„Mangel an einer klaren, bestimmten politischen und taktischen Linie bezüglich der Gewerkschaftsfrage innerhalb der KPF; ungenügende Würdigung der Wichtigkeit und der Rolle der Tätigkeit in den Gewerkschaften und daher mangelndes Interesse der Parteiorgane und Parteipresse für diese Frage.“ („Cahiers du Bolchevisme“, Nr. 28, S. 1872.)

Was aber ausschlaggebend ist — das ist die in vielen kommunistischen Parteien Westeuropas und Amerikas vollständig (bis 100 Prozent) mangelnde Beteiligung der Kommunisten an der Gewerkschaftsarbeit. Darüber hinaus tritt sogar in vielen Ländern ein bedeutender Prozentsatz der Kommunisten den Gewerkschaften gar nicht einmal bei, ist gewerkschaftlich nicht organisiert.

Von 5000 Mitgliedern der österreichischen Kommunistischen Partei sind nur 817 in Gewerkschaften aktiv tätig (Bericht vom 12. August 1925) was 15 Prozent der Gesamtzahl der Kommunisten ausmacht; im Verhältnis zu der Gesamtzahl der in Gewerkschaften organisierten Werktätigen Österreichs — 828 088 (am 31. Dezember 1924) — machen die Kommunisten in den Gewerkschaften 0,08 Prozent aus.

Die Ende des vorigen Jahres in der Tschechoslowakei veranstaltete Parteizählung ergab bei einer Gesamtmitgliederzahl von 138 896 Köpfen die Zahl von 87 734 gewerkschaftlich Organisierten. Von diesen entfielen auf die roten Gewerkschaften 39 391 Parteimitglieder (45 Prozent), auf die Amster-

damer 14 796 Parteimitglieder (16,9 Prozent). 33 447 (38,1 Prozent) waren Unorganisierte.

Die Gewerkschaftsstatistik ergab unter den Parteiangehörigen folgende Resultate: 78,83 Prozent Industrie- und Landarbeiter, 14,74 Prozent Frauen und Hausfrauen, 0,46 Prozent Intellektuelle, 2,31 Prozent selbständig Werk-tätige, 2,66 Prozent Kleinbauern und 0,47 Prozent Partei- und Gewerk-schaftsfunktionäre.

Wir sehen also, daß fast 80 Prozent unbedingt gewerkschaftlich organi-siert werden können. Annähernd 40 Prozent treten keinen Verbänden bei. (Wenn auch inzwischen in der Partei bezüglich des ziffernmäßigen Be-standes gewisse Veränderungen eingetreten sind, so ist es doch wenig wahr-scheinlich, daß das prozentuale Verhältnis zwischen den in Gewerkschaften Organisierten und Nichtorganisierten sich verschoben hat.)

Das von der Komintern und Profintern in diesem Sommer an die Ameri-kanische Kommunistische Partei gerichtete Schreiben konstatiert, daß nur 40 Prozent der Parteimitglieder in Gewerkschaften organisiert seien. Im Verhältnis zu der Gesamtzahl der gewerkschaftlich Organisierten (über 3 000 000) mache das nur 0,2 Prozent aus. (Die Amerikanische Kommu-nistische Partei zählt zirka 16 000 Mitglieder.) Man darf auch nicht außer acht lassen, daß in den amerikanischen Gewerkschaften nur ein kleiner Teil des 20 000 000 Köpfe zählenden Proletariats organisiert ist.

In Deutschland ist es auch kein geringer Bruchteil der Partei, der den Gewerkschaften nicht angehört. Der Beschluß der Partei bezüglich des Eintrittes sämtlicher Kommunisten in die Gewerkschaften bis zum 1. Fe-bruar ist nicht zur Ausführung gekommen. Die letzte Parteikonferenz (September) fordert von neuem eindringlich die Durchführung des Be-schlusses. Im Verhältnis zu der Gesamtzahl der in den reformistischen Ver-bänden organisierten Arbeiter macht die Zahl der daselbst organisierten Kommunisten zirka 1 Prozent aus. (Es ist dabei in Betracht zu ziehen, daß die Partei 150 000 Mitglieder zählt, wie auf dem letzten Plenum des ZK der KPR Gen. Sinowjew betonte.)

All diese Tatsachen und Tendenzen, die von den Leitern und Funktionären der kommunistischen Parteien selbst aufgedeckt wurden, zeigen zur Genüge, daß in der Praxis in einer Reihe von kommunistischen Parteien

a) ein entschiedener Kampf gegen die gewerkschaftsfeindlichen Strömun-gen sowohl im Wege theoretischer Erläuterungen wie praktischer Arbeit in den Gewerkschaften geführt werden muß, daß die Parteien die pseudo-kommunistischen Anschauungen über Gewerkschaftsaufgaben endgültig überwinden und die Parteimitglieder zur Gewerkschaftstätigkeit heranziehen müssen;

b) daß die Bekämpfung gewerkschaftsfeindlicher Strömungen erst dann einen Erfolg haben wird, wenn die Parteien selbst in viel höherem Grade ihr Augenmerk auf die praktische Tätigkeit in den Gewerkschaften richten werden, und wenn Gewerkschaftsfragen nicht nur irgendwo auf den Hinter-höfen und nur zufällig zur Erörterung kommen, wie z. B. aus Anlaß be-vorstehender größerer Ereignisse, wie Kongresse, Wahlen usw., sondern täglich im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen und Gegenstand sorgfältigster Behandlung sein werden.

2. Partei und kommunistische Fraktion in der Gewerkschaft

Das logische Resultat eines richtigen Verhältnisses zur Arbeit innerhalb der Gewerkschaften wird das wachsende Interesse der Partei für die Organisation und die Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen sein. Die kommunistische Fraktion ist jener Treibriemen, der die Gewerkschaften mit der Partei und umgekehrt die Partei mit den Gewerkschaften und über diese mit der breiten Masse der Werkstätigen verbindet. Je weiter nun das Netz der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften, je größer die Zahl der aktiv in den Fraktionen arbeitenden Kommunisten — um so organisatorisch stärker wird der Einfluß der Kommunistischen Partei sein.

Man kann nicht behaupten, daß die Parteien diese Lage der Dinge etwa nicht erfaßt hätten. Der 10. Parteitag (Juli 1925) der KPD hat die Forderung aufgestellt, in allen örtlichen und Bezirksabteilungen der Gewerkschaften kommunistische Fraktionen zu bilden. Auch der Parteitag (Juni 1925) der englischen KP hat sich die Aufgabe gestellt, die Arbeiten für die Organisierung der kommunistischen Fraktionen zu beschleunigen. Eine Reihe anderer Parteitage hat entsprechende spezielle Entschlüsse angenommen. Dessenungeachtet gehen die praktischen Arbeiten zur Organisierung von kommunistischen Fraktionen nur sehr langsam vor sich.

Womit ist nun dieses Auseinandergehen von theoretisch richtiger Einstellung und praktischer Arbeit zu erklären?

Auf diese Frage erwidert für die deutsche KP Gen. Thälmann (Rede auf dem 10. Parteitag über Gewerkschaftsfragen):

„Wir müssen auch dem Parteitag die Frage vorlegen: Warum bestehen nicht überall Fraktionen? Das liegt einmal an der Passivität und dem Nichterkennen der Notwendigkeit der Fraktionsarbeit seitens der Parteimitglieder und — was noch schlimmer ist — an dem Unverständnis unserer Bezirksleitungen und Unterbezirksleitungen.“

Eine fast analoge Erklärung hören wir auch auf dem letzten englischen Parteitag. Im Kongreßbericht (S. 173) heißt es:

„Während die Fraktionsarbeit innerhalb der Gewerkschaftsabteilungen in den Industriezentren befriedigend ist, begegnet die Gewerkschaftsabteilung der Partei mit ihrer Tätigkeit zur Organisierung von kommunistischen Fraktionen einem sehr geringen Interesse seitens der Bezirkskomitees der Partei.“

Die französische KP konstatiert, daß nur sehr wenige Fraktionen bestehen, und wenn solche organisiert werden, so werde diesen die Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit sehr schwer bewußt.

„Das erklärt sich daraus, daß unsere Zellen und Bezirksorganisationen politisch noch nicht genügend reif sind, um die Notwendigkeit der Betätigung in den Gewerkschaften zu begreifen. Ihre Tätigkeit ist noch zu gering, um greifbare Resultate zu zeitigen.“ (Brief vom September 1925.)

Der 5. Kongreß der Komintern gab der französischen KP in dieser Frage folgende Direktive:

„Es darf keinen Augenblick vergessen werden, daß trotz aller von der französischen KP und der Unitären Arbeitskonföderation erzielten Erfolge weder die Partei noch die revolutionären Gewerkschaften die Massen in Wahrheit gewonnen und ihren Einfluß organisatorisch festigt haben, um sich als Vorhut des französischen Proletariats zu bezeichnen.“ (Thesen über die Bolschewisierung der Partei.)

Diese Direktive des 5. Kongresses ist organisatorisch noch lange nicht durchgeführt worden.

Unbeschadet der Besonderheiten in der Gewerkschaftsbewegung und der Einstellung zu den Fragen der Gewerkschaft und der Kommunistischen Partei in Deutschland, England, Frankreich und anderen Ländern muß ein derartiges Verhältnis der Mitgliedermassen und Parteiorgane doch eine gemeinsame Wurzel haben — und zwar muß sie liegen in der politisch verfehlten Einschätzung der Rolle der Gewerkschaften. Die Apathie der Parteimitglieder und das Entgegenwirken der Parteiorgane können lediglich als resultative Faktoren der allgemeinen Parteipolitik angesehen werden. Es steht auch außer Zweifel, daß unter solchen Umständen weder die Organisation noch die Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen einen Fortschritt zeigen können. Eine geringe Entwicklung der Fraktionen führt aber des öfteren dahin, daß die Partei, die dank einer richtigen Umstellung ihrer politischen Linie in den Gewerkschaften Einfluß gewinnt, diesen Einfluß organisatorisch nicht festigen kann.

Auf Grund dieser organisatorisch-politischen Momente ergibt sich eine Kluft zwischen dem Grade des Einflusses der Partei und der Stärke der organisatorischen Verankerung dieses Einflusses. Eine Reihe von Tatsachen (wie die Bewegung der Minderheit in England, die wirtschaftliche und gegen den Krieg [Marokko] gerichtete Kampagne in Frankreich, die letzten Kommunalwahlen in Deutschland) zeugt von dem unzweifelhaften Einfluß der Kommunistischen Partei, zeugt davon, daß Politik und Losungen der Partei Zustimmung und Unterstützung seitens weiter Kreise der Werktätigen finden. Nichtsdestoweniger findet dieser Einfluß keine organisatorisch-politische Befestigung in den Gewerkschaften, hier haben die kommunistischen Parteien teils organisatorisch, teils organisatorisch und politisch viel schwächeren Einfluß, als sie überhaupt auf die Masse der Werktätigen besitzen.

Die daniederliegende Entwicklung der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen fordert gebieterisch die Schaffung eines dirigierenden Organs in Form einer Gewerkschaftsabteilung beim ZK der Partei. Dieser soll es obliegen, die Arbeiten aller kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen des Landes zu erfassen und zu konzentrieren, und zwar unter der Leitung des ZK der Partei. Die Gewerkschaftsabteilung gibt die Möglichkeit der Durchführung eines einheitlichen Programms und einer einheitlichen Taktik in den Fraktionen und erleichtert so die Arbeit der Partei. Man kann deshalb nicht umhin, die Entschließung der österreichischen Kommunistischen Partei über die Organisierung einer Gewerkschaftsabteilung beim ZK zu begrüßen, die auf dem letzten Parteitag dieser Partei angenommen wurde. Analoge Entschließungen wurden auch von Parteitagen anderer kommunistischer Parteien gefaßt. Bei dieser Gelegenheit dürfen die auf diesem Gebiet vorgenommenen Experimente der KPD nicht unerwähnt bleiben, die eines schönen Tages ihre Gewerkschaftsabteilung wegen „mangelnden Bedürfnisses“ auflöste, um sie jetzt von neuem zu schaffen. Mit vollem Recht unterstrich das Exekutivkomitee der Komintern in seinem letzten Schreiben an die KPD deren schweren Fehler, der allen kommunistischen Parteien als Warnung dienen müßte.

Die Wechselbeziehungen zwischen den kommunistischen Fraktionen und der Partei müssen hier gleichfalls näher berührt werden.

Eine ganze Reihe von Tatsachen zeugt davon, daß hier manches zu wünschen übrigbleibt. Einige kommunistische Fraktionen schätzen die dirigierende Rolle der Partei nicht genügend ein und sind in einigen Fällen bestrebt, sich von der Partei zu emanzipieren. So wird beispielsweise in einem Bericht aus Frankreich folgendes mitgeteilt:

a) Die Fraktion der Metallarbeiter der Seine weigerte sich, die Parteibeschlüsse durchzuführen.

b) Auf dem Buchdruckerkongreß haben viele kommunistische Delegierte, die imperative Mandate innehatten, gegen die Direktiven der Partei abgestimmt.

c) Auf der Konferenz des Unitären Lehrerverbandes führten die Mitglieder der kommunistischen Fraktion den Beschluß, der in der Fraktions-sitzung der kommunistischen Delegierten gefaßt worden war, nicht durch.

d) Endlich besteht im Verbands der Pariser Transportarbeiter (Fuhrleute und Chauffeure) eine Fraktion, die von der Partei fast unabhängig ist und so in der Tat eine Partei in der Partei bildet.

Nicht minder kennzeichnende Beispiele sind auch in Amerika vorgekommen. Auf der im Juni dieses Jahres stattgefundenen Konferenz der Metallarbeiter weigerten sich unsere kommunistischen Genossen, einen Vertreter der Partei zur Fraktions-sitzung zuzulassen, und zwar mit der Begründung, daß Personen, die in keiner unmittelbaren Berührung mit der Metallindustrie stünden, kein Verständnis für die Aufgaben der Metallarbeiter haben könnten. Es kommen Fälle vor, in denen Kommunisten in Verbands-versammlungen wegen Fragen der Verbandstaktik aneinander geraten.

In Spanien leidet jetzt die Partei unter den Folgen des Mangels an organisierten kommunistischen Fraktionen und der mangelnden Verbindung derselben mit den Zentralorganen. So wurde z. B. während des letzten Metallarbeiterstreiks in Biscaya die Partei von den entsprechenden Fraktionen nicht davon verständigt, daß eine Konferenz der Buchdrucker- und Metallarbeitergewerkschaften stattfindet. Gewiß ist jetzt in Spanien unter dem Belagerungszustand die Tätigkeit für die Kommunisten eine viel schwierigere. Um so mehr ist es erforderlich, den inneren Zusammenhang zwischen kommunistischer Fraktion und Partei zu vertiefen, denn die revolutionären kommunistischen Tendenzen haben trotz des militärischen Regimes in den größten Bezirken und Städten, wie Biscaya, Valencia, Madrid, in den Gewerkschaften der Bergarbeiter, Maurer, Angestellten und anderen festen Fuß zu fassen vermocht.

In der Tschechoslowakei nehmen zur Zeit die Wechselbeziehungen zwischen der Partei und den Kommunisten in den Gewerkschaften den Charakter scharfer Konflikte an. In einer Konferenz der KP teilt z. B. Genosse Garus mit, daß

„unsere Bestrebungen zur Organisierung von kommunistischen Fraktionen auf den Widerstand von Parteifunktionären und der roten Gewerkschaften stoßen . . . Mir selbst — sagt Gen. Garus — wurde mit dem Ausschluß aus der Organisation gedroht, wenn ich versuchen sollte, in den Gewerkschaften kommunistische Fraktionen zu organisieren“.

Es ist ganz klar, daß derartige Erscheinungen gewissermaßen auf den Zunftcharakter mancher Fraktionen, auf ein Abrücken der Fraktionen von der Partei und der Partei von den Fraktionen hinweisen. Dieses Abrücken

ist nicht nur vom Standpunkte einer Verletzung der Parteidisziplin durch die kommunistischen Fraktionsmitglieder als unerfreuliche Erscheinung zu bezeichnen. Es gibt nicht wenige Kommunisten, die sich offenbar über die Bedeutung der Kommunistischen Partei in den Gewerkschaften gar nicht im klaren sind. Es ist auch möglich, daß die Partei in manchen Fällen den Fraktionen Aufgaben auferlegt, die unter gegebenen konkreten Bedingungen über die Grenzen des Erfüllbaren hinausgehen.

Wie nun einerseits die Passivität der Parteimitglieder und der Widerstand der lokalen Parteiorgane überwunden werden müssen, so tritt auch in ihrer ganzen Dringlichkeit die Frage der unermüdlichen Durchführung eines einheitlichen kommunistischen Programms und einer gleichen Taktik in den schon bestehenden Fraktionen hervor.

3. Kommunistische Gewerkschaftsfraktionen, Minderheiten (Opposition) und selbständige Verbände

Es liegt scheinbar auf der Hand, daß die kommunistische Fraktion in den Gewerkschaften nicht als konkurrierendes Organ für eine Minderheit-Opposition oder für selbständige revolutionäre Gewerkschaften in Betracht kommen kann. Es erscheint auch klar, daß sowohl revolutionäre Minderheiten wie revolutionäre selbständige Verbände an der Entwicklung und Festigung kommunistischer Fraktionen interessiert sein müssen, da der letzteren nützliche Arbeit den Einfluß der Minderheit und der selbständigen Verbände ja nur heben kann. Die Wechselbeziehungen dieser beiden Organisationen können nicht andere sein als die der allseitigen Förderung des Kernes (kommunistische Fraktionen) in der Entwicklung und Festigung der revolutionären Klassenpositionen der Gewerkschaften. Und doch beweist eine Reihe von Tatsachen, daß es in dieser Richtung unter den Mitgliedern einiger kommunistischer Parteien ganz abweichende irrende Auffassungen gibt.

In Frankreich galt vor zwei Jahren die Frage der Fraktionen als eine außerordentlich ernste parteigewerkschaftliche Frage. Es gab nicht wenig Genossen, die die Notwendigkeit einer Organisierung von Fraktionen in der Unitären Arbeitskonföderation anzweifelten, da ja die CGTU mit ihrer Klassenlinie parallel mit der Partei ginge (wir sprechen hier von den sogenannten „Commissions Syndicales“, kommunistischen Fraktionen, die in der Hauptsache bei den Parteiinstanzen gebildet wurden). Die französische Kommunistische Partei vermochte aber trotz der Strömungen unter den französischen Arbeitern und des starken anarcho-syndikalistischen Einschlags der französischen Gewerkschaftsbewegung diese unrichtigen Tendenzen zu überwinden. Die „Commissions Syndicales“ förderten seinerzeit die ideelle Konsolidierung der CGTU (besonders während der Periode des Kongresses der CGTU in Tours im November 1923) und ermöglichten so die gänzliche Verdrängung der anarcho-syndikalistischen Tendenzen.

Auch in Amerika haben sich bei der „Workers“-Partei unrichtige Tendenzen gegenüber der Liga für gewerkschaftliche Propaganda gezeigt. Man versuchte, die Liga als kommunistische Fraktion, die nur Kommunisten aufnehmen könnte, hinzustellen, während ihre wahre Aufgabe in der Vereini-

gung einer revolutionären Minderheit als Opposition in den Gewerkschaften bestand. Diese Tendenz hatte sich in der Partei deshalb behauptet, weil die Liga in den letzten zwei Jahren bedeutend an Einfluß verloren hatte. Das war auch der Grund, der einige Genossen bewog, den Bestand der Ortsgruppen der Liga sowie die Konferenzen der Liga nur auf Kommunisten und einen kleinen Kreis von Sympathisierenden zu beschränken. Aus diesem Anlaß schrieb auch Gen. Foster in seinem Aufsatz („The Workers Monthly“, Juni 1925):

„In unserer Gewerkschaftstätigkeit tritt jetzt die starke Tendenz hervor, unsere Liga-Gruppen als kommunistische Fraktionen anzusehen und ihren Bestand deshalb nur auf Kommunisten zu beschränken.“

Es ist zweifelsohne falsch, anzunehmen, daß in der revolutionären Minderheit oder in den selbständigen Verbänden die Organisierung von kommunistischen Fraktionen nicht notwendig sei, ein zwiefacher Fehler aber ist die Tendenz, die Gewerkschaftsopposition, deren Bestand nicht nur aus Kommunisten zusammengesetzt sein kann, in eine kommunistische Fraktion zu verwandeln. Nicht ohne Grund sagt deshalb Gen. Foster in dem gleichen Artikel, daß

„die Liga zur Zeit eine Periode starker Isolierung durchlebt“.

Zugleich mit der Tendenz, die Funktionen der kommunistischen Fraktionen und der revolutionären Minderheiten zu verwechseln, sehen wir auch andere unrichtige Tendenzen, die darauf abzielen, die revolutionäre Gewerkschaftstätigkeit ausschließlich auf revolutionäre Verbände zu beschränken.

Gen. Zapotocky äußerte sich auf der Organisationskonferenz des Exekutivkomitees der Komintern (März 1925) anläßlich der Besprechung der in der Tschechoslowakei infolge des Ausschlusses der Verbände durch die Amsterdamer für die Gewerkschaftsbewegung entstandenen Situation dahin:

„Die entstandene Situation führte dazu, daß in der ersten Arbeitsperiode der Partei die Ansicht vorherrschte, man dürfe bei gleichzeitigem Bestehen unserer eigenen Verbände in den Amsterdamer Gewerkschaften keine kommunistischen Fraktionen organisieren.“

In Frankreich geht die Organisierung von kommunistischen Fraktionen in der reformistischen Arbeitskonföderation praktisch auch heute noch nur sehr langsam vonstatten. In Deutschland, wo noch bei Bestehen der Bergarbeiter- und Metallarbeiter-Union die Notwendigkeit einer Organisierung von kommunistischen Fraktionen in den reformistischen Gewerkschaften erkannt worden war, führte die in dieser Richtung angelegte praktische Arbeit zu keinen großen Erfolgen, was unter anderem mit ein Hemmnis für die Verschmelzung der selbständigen Verbände mit den reformistischen wurde.

In Spanien bestand nach einem Bericht ein großer Fehler der Parteileitung auf dem Gebiete der Gewerkschaftspolitik in jener Indifferenz, mit der sie die Organisierung einer Minderheitsgruppe innerhalb des Allgemeinen Arbeiterverbandes betrieb. Es wurde nicht eine einzige kommunistische Fraktion errichtet. In nationalem Maßstabe gab es innerhalb des Allgemeinen Arbeiterverbandes keine organisierte Minderheit. Es wurde auch nicht zur Bildung kommunistischer gewerkschaftlicher Gruppen in nationalem Maßstabe geschritten. Die wenigen in den Gewerkschaften gebildeten kommunistischen Fraktionen hatten keine klaren konkreten Direktiven. Dieser Umstand ermöglichte es den Sozialisten, sich im Allgemeinen Arbeiterverband festzusetzen.

„In einer ganzen Zahl von Fällen“ — so heißt es in dem gleichen Bericht. — „wurden bedauerlicherweise Parteiarbeit und Gewerkschaftstätigkeit miteinander verwechselt. Das ergab den Eindruck, daß der Eintritt in eine Gewerkschaft, an deren Spitze Kommunisten standen, gleichbedeutend wäre mit dem Eintritt in die Partei. Sobald es Parteimitgliedern gelang, in den Gewerkschaften, wo organisierte kommunistische Gruppen bestanden, die Leitung an sich zu reißen, wurden diese Gruppen bald wegen mangelnden Bedürfnisses aufgelöst. Man kann behaupten, daß die Gewerkschaftsarbeit der Partei sowohl im Verbands als in der Konföderation im allgemeinen außerordentlich nachlässig geführt wurde.“

Auch in der Tschechoslowakei ist die Tätigkeit der Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften keine glänzende zu nennen. So erklärte auf dem letzten Parteitag der tschechoslowakischen KP Genosse Kohn:

„Selbst in den von den Reformisten zerschlagenen tschechischen sozialdemokratischen Verbänden konnte sich unsere Fraktionsarbeit nicht mehr in genügendem Grade festigen. Ich verweise in dieser Beziehung auf den überaus starken Metallarbeiterverband, der voll und ganz unter dem Einfluß der kompromißlerischen Ideologie seines Vorsitzenden Hampel steht, der zugleich Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei ist. Und auch in den deutschen reformistischen Verbänden ist unsere Fraktionsarbeit nicht über das Anfangsstadium hinausgekommen. So steht z. B. die deutsche Union der Bergarbeiter, in der gegenwärtig noch Zehntausende von Kohlengrubenarbeitern organisiert sind, vollständig unter dem Einfluß des Reformisten Pohl. Mit noch größerem Rechte kann man das von den tschechischen sozialistischen Gewerkschaften sagen, unter denen die „Jednota“ der Eisenbahner, die das ganze Zugdienstpersonal umfaßt, sowie die Organisation der Angestellten besonders hervorzuheben sind. Unter den Mitgliedern dieser Organisationen herrscht große Unzufriedenheit mit der Politik der Führer. Das Fehlen unserer Fraktionen in diesen Verbänden hat uns bisher die Möglichkeit genommen, diese Unzufriedenheit in ein uns genehmes Bett zu lenken.“

Die bezüglich der revolutionären Minderheiten und Verbände zutage getretenen irrigen Anschauungen haben zweifellos Wachstum und Entwicklung der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften aufgehalten. Eine schnelle Beseitigung dieser Hemmnisse dürfte nur zum Nutzen der Partei wie der Gewerkschaftsbewegung ausschlagen.

4. Organisationsmängel

Ohne irgendwie das Organisationsschema im Aufbau der kommunistischen Fraktionen zu berühren, möchten wir hier eine Reihe von Mängeln erwähnen, die sich in etlichen kommunistischen Parteien kundtun. Das Organisationssystem für den Aufbau von kommunistischen Fraktionen ist in seinen Grundzügen vollständig klar und bestimmt fesgelegt, beispielsweise durch die letzte Organisationskonferenz der Komintern. Dieses System, das unter der Mitwirkung vieler kommunistischer Parteien entstanden und in der Praxis durchgeprüft ist, genügt den Anforderungen der kommunistischen Tätigkeit in den Gewerkschaften in hohem Grade. Die einigen kommunistischen Parteien jedoch anhaftenden irrigen „Theorien“ sind lediglich dazu angetan, die organisatorische und politische Bedeutung der kommunistischen Fraktionen zu entstellen, und müssen zwangsläufig zu einer Verzögerung des Wachstums und der Entwicklung der letzteren führen, was in seiner Auswirkung auch eine Eindämmung des Einflusses der Kommunisten bedeutet.

Höchst originell ist die Einstellung des Genossen Gais zur Frage der Organisation der kommunistischen Fraktionen. Auf dem letzten Parteitag der tschechoslowakischen KP sprach sich Genosse Gais dahin aus, daß die

kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften von Einzelpersonen geleitet werden müßten.

„Dieses muß eine intelligente Einzelperson sein und kein Haufe von Arbeitern, die keinen Begriff davon haben, was eine kommunistische Fraktion bedeutet.“

Zur Erhärtung dieser seiner Ansicht führt Gais an, daß der Erfolg der englischen Minderheitsbewegung dem Umstande zuzuschreiben sei, daß an der Spitze der englischen Gewerkschaften „einzelne starke Persönlichkeiten“ stünden. Genosse Gais erlegt diesen „starken Persönlichkeiten“ (und offenbar auch den kommunistischen Fraktionen) die nicht minder originelle Aufgabe auf . . .

„die revolutionär gestimmten Arbeitergruppen zum Verlassen der reformistischen Verbände und zum Eintritt in die revolutionäre Vereinigung der tschechoslowakischen Verbände zu bewegen“.

Selbst in Deutschland, wo das Fraktionssystem in den Gewerkschaften sich in der reinsten Form durchgesetzt hat, gibt es Tendenzen, die diese Frage verwirren wollen. So heißt es beispielsweise in einer offiziellen Instruktion der Partei (für Oktober d. J.), daß

„in den Betrieben zugleich mit bestehenden kommunistischen Zellen keine kommunistischen Fraktionen zu bilden seien“.

Gleichzeitig heißt es in einem offenbar offiziellen, „Zum neuen Kurs“ überschriebenen Artikel ohne Unterschrift, daß

„in allen örtlichen Verbandsabteilungen, in allen Betrieben festgefügte kommunistische Fraktionen gebildet werden müßten“.

Daneben sind etliche Genossen der Ansicht, daß kommunistische Fraktionen lediglich in den Vollzugsorganen der Gewerkschaften organisiert werden müßten, und daß man das bestehende System, in dem die kommunistische Fraktion alle Kommunisten eines Verbandes vereinigt, als ein interimistisches anzusehen hätte (!). Und dies unter den heutigen Bedingungen, wo eine auf breiter Basis angelegte Tätigkeit innerhalb der ganzen Gewerkschaftsbewegung unentbehrlich ist!

Endlich ist noch ein neuer Typus der Fraktionstätigkeit zu erwähnen, d. i. die durch „Freiwillige“. Auf dem letzten Parteitag der KP Tsch erklärte Genosse Kohn, der Leiter der Gewerkschaftsabteilung der tschechoslowakischen KP:

„Bisher haben wir die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften durchgeführt, indem die Gewerkschaftsabteilung für diese Zwecke Freiwillige verwandte, die in den einzelnen Gewerkschaftsorganisationen gearbeitet hatten. Nur so ist es uns möglich gewesen, uns wenigstens jene Positionen zu erhalten, die wir in der Periode der ersten Revolutionswelle erobert hatten; nur dank diesen Freiwilligen ist es uns gelungen, die von uns auf der vorletzten Konferenz der Tabakarbeiter errungene unerhebliche Majorität etwas zu erweitern und es sogar dahin zu bringen, daß zur Zeit der Vorsitzende dieses Verbandes ein Kommunist ist. Und nur aus dem gleichen Grunde ist es uns möglich geworden, im Verbandsrat der Zimmerleute, deren Kongreß gerade zurzeit stattfindet, unsere Position gegenüber dem vorletzten Kongreß dieses Verbandes ein wenig zu verbessern. Wenn wir aber in diesen Verbänden wirkliche Fraktionen besäßen, so könnten wir auf den Kongressen mit so erheblicher Majorität rechnen, daß auch die Beschlüsse dieser Kongresse ganz anders ausfallen müßten. Wenn wir uns aber in den Verbänden nur die anfänglich gewonnenen Positionen zu erhalten vermögen, so wird das zweifellos zu wenig sein, wenn man die günstigen Bedingungen in Betracht zieht, die gegenwärtig die Durchführung der Fraktionsarbeit so sehr erleichtern.“

Seine Ausführungen zu Ende bringend, sagt Genosse Kohn:

„Wir hatten einzelne freiwillige Fraktionsarbeiter, niemals aber brachten wir es zu systematischer Arbeit in festgefühten kommunistischen Fraktionen.“

Die Organisierung von Fraktionen in beschränkter Zahl, nur in bestimmten, nicht in allen Verbandsorganen, das Freiwilligen-Prinzip und nicht das System der Fraktionsarbeit, all das muß auf die organisatorische Entwicklung und auf die Festigung des Einflusses der Kommunistischen Partei schädigend zurückwirken. Derartige Theorien erübrigen sich gegenwärtig vollkommen, da die Komintern ihre eingehenden und durchaus konkreten Instruktionen erteilt. Wie verschieden auch die praktische Anlage der Arbeit für die Organisierung von kommunistischen Fraktionen in den verschiedenen Ländern sein mag — etwas Gemeinsames gilt für alle — nämlich, daß die kommunistische Gewerkschaftsfraktion — ein Organ der Partei in der Gewerkschaft darstellt, von der Partei geleitet wird und dieser auch verantwortlich ist. Kommunistische Fraktionen werden in allen Verbandsinstanzen von oben bis unten eingerichtet und müssen alle Kommunisten eines gegebenen Verbandsorganes vereinigen.

5. Die kommunistische Fraktion und die laufende Gewerkschaftstätigkeit

Die Grundbedingung für eine richtige gedeihliche Arbeit der kommunistischen Fraktionen darf nicht in einer sporadischen, von Fall zu Fall einsetzenden Tätigkeit gesucht werden, sondern in einer kontinuierlichen, systematischen Durchdringung aller Details des Gewerkschaftslebens, in einer energischen Vertretung aller Bedürfnisse der Arbeiter und in einer planmäßigen Verfolgung der Klassenlinie der Kommunistischen Partei.

Diese Aufgabe kann verwirklicht werden, wenn die kommunistischen Fraktionen für die Forderungen der Werktätigen ein williges Ohr haben, die wirtschaftliche Lage ihres Betriebes, Bezirkes und Produktionszweiges studieren werden, um ohne überflüssigen „Radikalismus“ zur rechten Zeit die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen für den gegebenen Zeitabschnitt in einem bestimmten Produktionszweige zu formulieren. Durch solche Arbeit werden Fraktion und Partei das Vertrauen der werktätigen Massen und damit die Möglichkeit einer politischen Leitung erlangen.

Es ist sonderbar, daß die deutsche KP bei der Propagierung des „neuen Kurses“ von einer durchaus richtigen Kritik des Vergangenen ausgeht, um zu gerade entgegengesetzten Schlüssen zu kommen. In einem Artikel „Zum neuen Kurs und zu den Aufgaben der KPD“ („Rote Fahne“, 18. X. 25) werden unsere Gewerkschaftsaufgaben folgendermaßen präzisiert:

„Unsere Gewerkschaftsarbeit wurde lediglich unter den Gesichtspunkt der Lohnfrage und, wenn es gut ging, der Arbeitszeitfrage gestellt. So wurde diese Gewerkschaftsarbeit zu einem Ökonomismus, nicht aber zu einer lebendigen, revolutionären, politischen Arbeit. Aber nur in der politisch-revolutionären Belegung der Gewerkschaftsarbeit kann die kommunistische Gewerkschaftsarbeit fruchtbringend sein.“

Man kann der KPD den Tadel nicht ersparen, daß sie sich nicht genügend sachlich, nicht genügend nüchtern und überlegt mit den wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterklasse abgegeben hat. In diesem Sinne läßt sich auch der Autor aus und kommt so in Widerspruch mit sich selbst.

„Unsere Gewerkschaftsarbeit“ — so heißt es in dem Artikel — „war eine Schwanzpolitik im Fahrwasser der reformistischen Gewerkschaftsführer. Gaben diese die Losung aus: 10prozentige Lohnerhöhung, dann stellten wir die Forderung nach 30- oder 40prozentiger Lohnerhöhung und glaubten, durch diesen ‚Radikalismus‘ die Arbeiter für uns zu gewinnen.“

Ist das nicht der beste Beweis für das Fehlen jeglichen ernsthaften wirtschaftlichen Programms? Ein derartiger „Ökonomismus“ muß wahrlich abgelehnt werden. Diesem „Ökonomismus“ aber die Worte von „der lebendigen, revolutionären, politischen Arbeit“ gegenüberstellen, heißt die unentbehrliche wirtschaftliche Tätigkeit in den Gewerkschaften mit leerer „revolutionärer“ Phraseologie ausfüllen. Erforderlich ist ein klares, konkretes, sachliches Wirtschaftsprogramm und die Fähigkeit, die vitalen wirtschaftlichen Tagesfragen mit den großen politischen Fragen und dem politischen Programm der kommunistischen Partei zu verknüpfen.

Von solcher praktischen wirtschaftlichen Tätigkeit spricht auch das letzte Schreiben der Komintern an die deutsche KP. Es heißt da:

„Dies (die Tätigkeit in den Gewerkschaften) erlegt unseren Gewerkschaftsfraktionen eine Reihe von Aufgaben auf: wahrhaftes Eindringen in das Gewerkschaftsleben, sorgfältigstes Studium der wirtschaftlichen und politischen Wechselbeziehungen (Wesen der Konzerne, Wirtschaftskonjunktur, Lage der einzelnen Industriezweige, Besonderheiten des einen oder anderen Industriegebietes usw.), die Ausarbeitung einer klaren, auf Sachkenntnis gegründeten Tarif- und Sozialpolitik, die Leitung des Wirtschaftskampfes, die bestimmte Einstellung zu allen in den Gewerkschaften auftauchenden Organisationsfragen, Kampf für die Industrieverbände, ernste Berücksichtigung der Rolle und der Aufgaben der Betriebsräte...“

Diese Hinweise sind zweifellos für alle kommunistischen Parteien von großem Wert. Ein derartiges Arbeiten ist dazu angetan, den Einfluß der kommunistischen Parteien zu steigern und den kommunistischen Fraktionen die Möglichkeit zu geben, bei Gewerkschafts- und Kongreßwahlen eine überragende Rolle zu spielen.

Was die Eroberung des Gewerkschaftsapparates betrifft, so ist das Hauptaugenmerk der kommunistischen Fraktionen auf die Erfassung und Gewinnung des unteren Verbandsapparates zu richten. Gewiß, die Eroberung des Apparates ist nur die logische Folge einer Erweiterung und Festigung des Einflusses der Kommunistischen Partei und wird lediglich in solchem Falle wirkliche und dauernde Bedeutung haben. Den Verbandsapparat in Händen haben — ohne entsprechenden Einfluß der Partei und ohne die Möglichkeit einer Vertiefung und Erweiterung dieses Einflusses, d. h. ohne ein Netz fest untereinander und mit der Partei verknüpfter kommunistischer Fraktionen —, das hieße diesen Apparat sehr bald wieder aus den Händen verlieren. Die allseitige organisatorische Ausgestaltung der kommunistischen Fraktionen wird deshalb auch für die Zwecke einer Gewinnung und Festigung des Gewerkschaftsapparates durch klassenbewußte Gewerkschaftsarbeiter und Kommunisten zweifellos dienlich sein.

In der weiteren Reihe laufender wichtiger Fragen, mit denen sich die kommunistischen Fraktionen zu beschäftigen haben, ist eine der grundlegendsten — die Hineinziehung der unorganisierten Arbeiter in die Gewerkschaften. Wenn wir die Zahl der organisierten Arbeiter mit der der nicht organisierten vergleichen, so stoßen wir in einer Reihe von Ländern auf ein trostloses Ergebnis. In allen Ländern muß die Zahl der organisierten Werktätigen als durchaus ungenügend bezeichnet werden. Wenn man dazu noch in Betracht zieht, daß ein nicht geringer Bruchteil der Arbeiter in politisch neutralen Verbänden untergebracht ist, so ergeben sich daraus von selbst für die Kommunisten in Betrieben und Gewerkschaften die dringlichen Aufgaben: a) einer Heranziehung der Nichtorganisierten an die Gewerkschaften, und b) einer Steigerung der Agitation für den Übergang der

Arbeiter aus neutralen in Klassenverbände. Von diesem Standpunkte erscheint uns die Taktik der „Roten Fahne“ (18. Okt. 25) gänzlich verfehlt, wenn es da heißt, „die Gewerkschaftsorganisation solle, wenn sie in einem Betriebe genügend erstarkt sei, es zu erreichen suchen, daß die Arbeiter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen in die freien Gewerkschaften eintreten oder aber die Betriebe verlassen“. Mit solchen diktatorischen Maßnahmen dürfte man kaum die Vereinigung des Proletariats zu einer Klassenfamilie erreichen.

Endlich ist als eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Fraktionen — der Kampf um die Gewerkschaftseinheit zu bezeichnen. Auch diese Aufgabe stellt nicht etwas von der allgemeinen Tagesarbeit der Fraktionen Losgelöstes dar.

Mängel in der Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen, der revolutionären wie der reformistischen Gewerkschaften, sind in allen Ländern zutage getreten. In Deutschland ist nach langen Bemühungen endlich die Verschmelzung der „Union“ der Bergarbeiter mit dem reformistischen Verband erfolgt. Infolge der schwachen Arbeit der kommunistischen Fraktion hat der Übergang von 10 000 Mitgliedern der Union in den Bergarbeiterverband unsere politische Position im reformistischen Verbandsverband wenig gestärkt. Ein analoges Bild ergab sich während der Wahlen für den letzten Kongreß des ADGB, als die Kommunisten in Dortmund im Metallarbeiterverband nur 186, die Reformisten — 726 Stimmen erhielten, trotzdem die örtliche Abteilung der Union, die 1500 Mitglieder zählte, schon vor sechs Monaten in den reformistischen Verband übergetreten war. Die geringen Leistungen der kommunistischen Fraktion in bezug auf die Einheit treten besonders kraß im Metallarbeiterverband hervor. Der Übergang der Metallarbeiterunion zum reformistischen Verband vollzog sich unter großen Verlusten; in Leipzig wanderten z. B. 600—800 Mitglieder der Union zum anarcho-syndikalistischen Verband ab; an anderen Plätzen gingen 40 bis 50 Mitglieder verloren. Dazu kommt noch, daß unser Einfluß im reformistischen Metallarbeiterverband infolge der mangelnden Tätigkeit der kommunistischen Fraktion im allgemeinen sehr gesunken war.

In Österreich hat die schwächliche Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen die Sache der Einheit nicht nur nicht gefördert, sondern darüber hinaus die Ohnmacht der kommunistischen Partei im Kampfe mit den Spaltungstendenzen in unserer eigenen Mitte dargetan.

Im Kampfe um die Einheit der Klassengewerkschaften in Polen wurden nach den Angaben des Berichts ebenfalls viele Fehler gemacht. Unsere Genossen zeigten keine allzu große Lust, sich für die Einigung einzusetzen. So traten beispielsweise die selbständigen Metallarbeiterverbände nicht energisch genug für die Einheit ein und fristeten ihr elendes Dasein weiter. Als Beispiel können die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen den Verbänden der Papierarbeiter und der chemischen Arbeiter angeführt werden. Hier forderten die chemischen Arbeiter die Vereinigung, während unser Papierarbeiterverband die kategorische Forderung nach Errichtung einer Sektion der Papierarbeiter im Verbandsverband aufstellte. Die Verhandlungen führten zu keinem Resultate, da sie auf den entschiedenen Widerstand unserer Genossen stießen. Die Angelegenheit führte zu guter Letzt zum Ausschlusse des Papierarbeiterverbandes durch die reformistische

Zentralkommission. Das Sekretariat der Gewerkschaftsabteilung erklärt in seinem Bericht über diese Tatsache, daß der Kampf unserer Genossen gegen die Vereinigung nicht so sehr politischen wie persönlichen Charakters war. Man hätte des öfteren den Eindruck gehabt, daß unsere Genossen nur dann entschlossen für eine Vereinigung eintraten, wenn ein unter unserem Einfluß stehender Verband geschlossen wurde oder vor der Schließung stand.

Besser steht es in dieser Richtung in Belgien. Die Kommunisten erhielten in den Gewerkschaften die Verbindung mit den der Belgischen Arbeiterpartei angeschlossenen Arbeitern aufrecht. Außer der KP gab es jedoch in den Gewerkschaften auch andere Leute, die gegen die reformistische Politik der BAP ankämpften. Die KP bemühte sich, diese Opposition in einen organisierten Rahmen zu bringen. Im Jahre 1924 gelang ihr die Gründung einer besonderen Gruppe, des sogenannten „Klassenkampfes“. Es war von Anfang an klar, daß diese gewerkschaftlichen Oppositionsgruppen die einzige Grundlage einer ernsthaften Opposition gegen die Belgische Arbeiterpartei bilden würden. Seitdem hat die Bewegung für die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung die Energie einiger Mitglieder zu erneuern vermocht; es wurde in Belgien eine Gruppe „Einheit“ gegründet, die nach dem Beispiel der Trade-Unions Englands das Einheitsprogramm des englisch-russischen Komitees annahm. Diese Gruppe gibt eine kleine Zeitschrift heraus, die für die Losung des englisch-russischen Komitees eintritt.

Die in Brüssel von einigen Gewerkschaften gegründete Gruppe „Einheit“ hat inzwischen in einer ganzen Reihe von Industriebezirken Fuß gefaßt und hat sich in den Bergbaubezirken von Lüttich und Charleroy besonders erweitert. Diese Bewegung kann sich zur Grundlage einer soliden Opposition in Belgien auswachsen. Sie ist der Ausdruck der unter den Werktätigen ständig zunehmenden Unzufriedenheit und wird eine bedeutende Entwicklung nehmen, falls sie es versteht, den Arbeitern konkrete Losungen zu geben.

Diese Tatsachen zeugen davon, daß bei energischer Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen nicht nur die Spaltungstendenzen überwunden werden können, sondern auch eine Vereinigung der reformistischen Verbände mit den unsrigen dort erreicht werden kann, wo diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Aber nicht nur in der Frage einer Vereinigung mit den abgespaltenen Verbänden können die kommunistischen Fraktionen eine wesentliche Rolle spielen. Nach Festigung der Fraktionen und weiterer Steigerung des Einflusses der Kommunisten kann man mittels ständiger Agitation die Werktätigen und die Gewerkschaften von der dringenden Notwendigkeit der nationalen und internationalen Einheit überzeugen. Und das ist zweifelsohne eine der wesentlichsten Kampfaufgaben der derzeitigen Gewerkschaftsbewegung.

N. L.:

ÜBER EINE INTERNATIONALE KOMMISSION ZUM STUDIUM DER GESCHICHTE DER KP*

I.

Die Bolschewisierung der Sektionen der Komintern bezeichnet eine Epoche der Vertiefung der innerparteilichen Erziehungsarbeit. Durchaus nicht zufällig beginnen gerade jetzt Propagandafragen in immer größerem Maße die Aufmerksamkeit der Komintern und ihrer Sektionen auf sich zu lenken. Nicht an letzter Stelle dieses allgemeinen Systems der Erziehungsarbeit steht die vertiefte Kenntnis der zurückliegenden Erfahrung des Klassenkampfes im allgemeinen und der Tätigkeit der Partei im besonderen. Vom dialektischen Materialismus durch und durch durchtränkt, erfordert gerade der Leninismus eine gründliche Kenntnis der zurückgelegten Etappen des Klassenkampfes. Der Leninismus verwirft die metaphysische, abstrakte Art bei der Festsetzung strategischer, taktischer Aufgaben, er erfordert vielmehr ein konkretes Herangehen an diese Aufgaben. Und diese konkrete Methode kann man um so besser ausarbeiten, je gründlicher man mit der angehäuften Erfahrung vertraut ist. Es ist durchaus kein Zufall, daß Lenin bei entscheidenden polemischen Zusammenstößen (Polemik mit den Menschewiki 1905, mit den Otsowisten 1908/09 usw.) gerade mit der Erfahrung der Vergangenheit operierte und solche konkreten Bedingungen der vergangenen Etappen untersuchte, die bestimmte Analogien mit der gegebenen Etappe aufwies (man erinnere sich an seine Ausflüge in die Geschichte der Revolution von 1848, an die sorgfältige Analyse der Etappen der Boykottisten-taktik). Die Kriegsepoche hinterläßt als Denkmal der Art, in der der Bolschewismus, sich auf die Erfahrungen der Parteigeschichte stützend, an die politischen Probleme herantritt, das bekannte Werk des Genossen Sinowjew „Krieg und Krise des Sozialismus“.

Auch aus andern Gründen ist das Studium der zurückliegenden Erfahrungen von nicht geringer Wichtigkeit. In den Reihen der Komintern befinden sich Arbeiterschichten, die sich der Bewegung während und nach dem Kriege angeschlossen haben. Ja noch mehr. Sogar der Führerbestand oder bestenfalls ein Teil des Führungskaders der einzelnen Sektionen ist in der Nachkriegsepoche aufgewachsen. Mit der Erfahrung des Klassenkampfes und mit den taktischen Differenzen der Vorkriegsepoche und der Kriegszeit sind solche Kreise meist nur oberflächlich vertraut. Kraft dessen und einer Reihe anderer Ursachen, die wir hier nicht analysieren wollen, wird in diesen Sektionen die Frage des ideellen Erbes oft sehr aktuell. Folglich wird auch die Notwendigkeit des Studiums dieses Erbes zur brennenden Frage.

Andererseits ist die Geschichte der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit so stürmisch gewesen, die angehäuften Erfahrungen sind bereits so weit-

* Als Diskussionsartikel.

gehend geworden, daß man bei der Festsetzung von Tagesaufgaben schon jetzt ohne sorgfältiges Studium dieser Erfahrung nicht auskommen kann.

All dies diktiert die Notwendigkeit, das Studium der Parteivergangenheit zu systematisieren. Auf sich allein angewiesen, kann der in der Praxis stehende Parteiarbeiter, mag er noch so tüchtig und bedeutend sein, bei einem selbständigen detaillierten Studium dieser Vergangenheit auch dem hundertsten Teil der Aufgabe nicht gerecht werden. Es muß ein Apparat geschaffen werden, der sich speziell mit dem Studium der Parteivergangenheit zu befassen hätte, d. h., es muß eine Internationale Kommission zum Studium der Parteigeschichte gebildet werden. Ihre Arbeit muß (wenigstens in der nächsten Periode) eine Kampfarbeit sein, ihre Tätigkeit darf nicht vom Standpunkt der Archivwissenschaft, sondern von dem der Propaganda, mitunter gar von dem der Agitation, betrachtet werden. Alle der Vergangenheit gewidmeten Arbeiten müssen dieses Vergangene mehr oder minder mit der Gegenwart verknüpfen.

II.

Im Zusammenhang mit dem Obengesagten ergeben sich für die Internationale Studienkommission ungefähr folgende Arbeitsgebiete: 1. die Vorkriegsepoche, 2. der Krieg, 3. die Nachkriegsepoche, 4. die geschichtliche Erfahrung des Bolschewismus.

Zum ersten Fragenkomplex gehört: 1. das Studium des ideellen Nachlasses des Vorkriegssozialismus, die Klärung dessen, was die kommunistischen Parteien übernehmen können, und wogegen sie kämpfen sollen. In Deutschland ist dies in erster Linie mit dem Studium des Luxemburgismus und des Linkradikalismus verbunden, in zweiter Linie mit dem Kennenlernen der starken Seiten der Praxis der von Bebel geführten deutschen Sozialdemokratie (man erinnere sich beispielsweise an die Leninsche Einschätzung in der „Kinderkrankheit“). Die deutsche Kommunistische Partei soll durchaus nicht die gesamte Vergangenheit der Vorkriegszeit den Scheidemannern und Kautskyanern überlassen und ihnen das Recht einräumen, vor den Massen in der Aureole der Nachfolger Bebels und des alten Liebknechts aufzutreten. Ein Werk (bzw. Werke), das durch Vergleich den ganzen Grad der Unterschiede zwischen der gegenwärtigen Praxis und den politischen Erklärungen der deutschen Sozialdemokratie und den revolutionären Worten und Taten der Begründer der deutschen Sozialdemokratie aufklären würde, ein solches Werk würde dem Zersetzungsprozeß, der in den sozialdemokratischen Massen beginnt, von großem Nutzen sein.

In Frankreich muß vor allem das Verhältnis zum Jaurèsismus geklärt werden. Es kommt nicht selten vor, daß in den literarischen Arbeiten der Kommunisten die Rolle Jaurès' als revolutionären Sozialisten übertrieben wird. Ohne auf die Charakterisierung Jaurès' als eines Kämpfers für den Frieden zu verzichten, muß man nichtsdestoweniger eine eingehende Kritik seines gesamten opportunistischen Anschauungssystems geben. Besonders wichtig ist dies in einer Epoche des Linksblocks. Andererseits ist noch wenig getan, um die jetzige Taktik der Kommunistischen Partei mit den revolutionären taktischen (und theoretischen) Ansichten Guesdes und Lafargues zu verknüpfen. Der mit dem Kriegsbeginn eingetretene Sündenfall Guesdes als Revolutionärs gibt der französischen Sozialdemokratie die Möglichkeit, mit

seinem Namen Schiebergeschäfte zu machen. Als Gegengewicht dazu ist eine Reihe von Arbeiten erforderlich, die die Kontinuität der kommunistischen Taktik mit dem, was Guesde und Lafargue im Laufe von Jahrzehnten propagiert haben, allseitig klarzustellen hätten. Wir werden nicht bei allen Ländern verweilen. Frankreich und Deutschland sollten nur Illustrationen sein. Es gibt jedoch fast kein einziges Land, in dem die Frage des Nachlasses der Vorkriegszeit nicht eine wesentliche Rolle im allgemeinen System der Bolschewisierung der Partei spielen würde. In der Tschechoslowakei ist sie z. B. besonders verbunden mit der Kritik der vor dem Kriege herrschenden Ansichten in der nationalen Frage, in Holland mit der Klärung der radikalen Opposition Gorter-Pannekoek usw.

Nicht minder wichtig und interessant ist die allgemeine Frage des ideellen Nachlasses der II. Internationale. Es wäre falsch, zu denken, daß er sich mit dem allgemeinen Problem des Luxemburgismus decke. Er ist sowohl mit dem Guesdeismus als internationaler Strömung (man erinnere sich z. B. an den Pariser Kongreß 1900) als auch mit dem deutschen Linksradikalismus als Ganzem verbunden.

Zweitens tut das Studium der vom Syndikalismus und Anarchismus durchgemachten Evolution not. Hier muß die geschichtliche Beschränktheit der Epoche des Syndikalismus und Anarchismus aufgezeigt werden sowie die Unvermeidlichkeit ihres Zerfalls in einen revolutionären und einen reformistischen Flügel. Denn bereits vor dem Kriege zeigte sich in Italien und in Frankreich (und auch in anderen Ländern) dieser Prozeß. Jouhaux, d'Aragona u. a. verwandelten sich in gewöhnliche reformistische Bürokraten. Anhänger des Klassenfriedens. Andererseits nahm die revolutionäre Strömung zu, die sich unvermeidlich mit dem revolutionären Flügel des Sozialismus verschmelzen wird.

Für eine Reihe anderer Länder (speziell Frankreich und Spanien), in denen noch die Überzeugung von der Möglichkeit und Notwendigkeit eines unbefleckten Syndikalismus und die Vorurteile über die Neutralität der Gewerkschaftsbewegung stark sind, würden kritische Arbeiten über den Vorkriegssyndikalismus und -anarchismus eine große Rolle bei der Bolschewisierung sowohl der Partei als auch der revolutionären Gewerkschaften spielen.

Drittens haben wir eine ganze Reihe allgemeiner Probleme der Arbeiterbewegung aus der Vorkriegszeit. Ihr Studium ist sowohl für den Kampf gegen die II. Internationale als auch für die innerparteiliche Erziehungsarbeit wichtig. Die Kritik an der alten parlamentarischen Taktik der Sozialdemokratie (positive Arbeit im Parlament), falsche Ansichten in der Agrarfrage, die Hallheiten der Kolonialpolitik der II. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie, die Probleme der Ein- und Auswanderung, bei denen die Engstirnigkeit des europäischen und amerikanischen Arbeiteraristokraten zutage trat, Fehler in der Nationalfrage — das sind die Hauptfragen, deren Klärung für die praktische (und besonders die agitatorische) Arbeit der Sektionen von Wert sind.

Zur zweiten Gruppe gehören Fragen, die für heute und morgen mitunter äußerst aktuell sind. Das ist erstens das sorgfältige Studium der letzten Tage vor und der ersten Tage nach dem Kriegsbeginn. Die Wichtigkeit dieser Arbeit ist ohne weiteres einleuchtend. Zweitens ist eine Geschichte der ver-

räterischen Tätigkeit der sozialdemokratischen Parteien und der reformistischen Gewerkschaften während des Krieges* notwendig. Die Schilderung dessen, was Scheidemann und Renaudel, Jouhaux und Legien, Henderson und Vandervelde getan haben, wird die beste Beantwortung der Frage sein, mit der sich die ehrlichen Arbeiter in der Sozialdemokratie abquälen: Wie werden sich diese Führer oder ihre Vertreter im Falle eines neuen Krieges benehmen? Drittens ist eine kritische Arbeit über die Gefahren der linken zentristischen Phrase in der Kriegsfrage notwendig. Die Erfahrung des Longuetismus, des Kautskyanismus, des Macdonaldismus usw. in den Jahren 1914/18 ist allzu lehrreich, um einfach übergangen zu werden. Viertens muß auch die Tätigkeit der revolutionären Gruppen studiert und mit Selbstkritik verbunden werden. Fünftens endlich ist von wesentlicher Bedeutung ein Werk darüber, wie der Krieg vorbereitet wurde. Die Aufdeckung der ganzen Geschichte der diplomatischen, hinter den Kulissen betriebenen Vorbereitung des Weltkrieges vor den Massen, die Enthüllung der geheimen militär-topographischen Vorbereitungsmaßnahmen, des für die Massen unsichtbaren Anwachsens der Rüstungen und des gleichzeitig wachsenden pazifistischen Phrasenschwalls sowohl bei den Bürgerlichen als auch bei den Sozialisten, der Vergleich dieser Prozesse mit den gleichen Vorgängen von heute — alles dies mit der notwendigen Sorgfalt und Ernsthaftigkeit tun, heißt die agitatorisch-propagandistische Antikriegsarbeit der ganzen Komintern bedeutend erleichtern.

Der dritte Fragenkomplex ist mit der Nachkriegsepoche verbunden. Die Hauptmomente sind hier: erstens das Studium des Verrats der sozialdemokratischen und der „Arbeiter“-Parteien. In der allernächsten Zeit werden die Komintern und ihre Sektionen vor der Frage stehen, die Arbeit unter den sozialdemokratischen Massen zu vertiefen. Ein wichtiges Moment dieser Arbeit ist die Klärung des Verrats der führenden sozialdemokratischen Kreise in den vergangenen Jahren, besonders in den Revolutionen von 1918. Die Sozialdemokratie besitzt bereits Arbeiten und eine Reihe von Memoiren über die Revolution von 1918 (die Werke Bauers, Erinnerungen deutscher Sozialdemokraten usw.), die kommunistischen Parteien können solche Arbeiten nicht aufweisen. Auch in den Siegerländern hat die Arbeiterklasse eine Reihe von Niederlagen im Massenkampf erlitten. In aller Erinnerung ist noch die Niederlage der italienischen Arbeiter im Herbst 1920, der „Schwarze Freitag“ der englischen Bergarbeiter, der mißlungene Generalstreik im Juli 1919. Und dabei ist der Augenblick nicht weit, wo die englischen Bergarbeiter von neuem einen gewaltigen Kampf mit dem Kapital, die italienischen Arbeiter mit dem Faschismus aufnehmen werden. Kann jemand behaupten, daß die Ursachen und Lehren der zurückliegenden Niederlagen von den kommunistischen Parteien analysiert worden und daß sie folglich gewappnet sind gegen neuen Verrat, dessen Unvermeidlichkeit seitens der rechten Trade-Unionisten, der italienischen Maximalisten, der d'Aragona und Co. augenscheinlich ist. Das Moment des Vertrautseins mit der Vergangenheit wird von uns keineswegs überschätzt. Niemand kann aber die Tatsache bestreiten, daß die den sozialdemokratischen Parteien folgenden Massen im Laufe der

* Diese Frage sollte den dritten Teil des Buches des Gen. Sinowjew „Krieg und Krise des Sozialismus“ bilden, jedoch hat das Problem auch heute seine Aktualität nicht eingebüßt.

Jahre die zurückliegenden Verrätereien zu vergessen beginnen. Gerade darum hat die Komintern im vorigen Jahre anlässlich des 10. Jahrestages des Weltkrieges eine breite Kampagne geführt, um den Arbeitern die vergangenen Lehren in Erinnerung zu bringen.

Zweitens müssen wir unsere eigenen Fehler studieren, die wir bei Massenbewegungen begangen haben. In erster Linie steht hier die Rechenschaft über die Ursachen und Lehren der von den Sowjetrepubliken (Ungarn, Bayern) erlittenen Niederlagen. Bis jetzt können wir auf diesem Gebiete fast nichts aufweisen (außer der Literatur über den Fraktionskampf.) In erster Linie muß das Verhältnis zur Bauernschaft beleuchtet werden, die in den beiden Ländern eine große Rolle spielte und in einer Reihe europäischer Länder noch spielen wird. Zu berücksichtigen ist auch die Erfahrung der Blockbildungen mit linken sozialdemokratischen Elementen, die in Ungarn so traurige Folgen zeitigten, und die auch in Bayern (auch in Sachsen 1923) nicht minder lehrreich waren. Ebenso wichtig ist die Erfahrung dieser Republiken hinsichtlich der allgemeinen, auf die Behauptung der Macht gerichteten Taktik unmittelbar nach der Machtergreifung.

Andererseits weist die Vergangenheit eine Reihe von Fehlern in Massenbewegungen auf, die nicht zum Siege geführt haben. Es genügt, die Märzereignisse von 1921 zu nennen, die in gewissem Maße einen Wendepunkt der kommunistischen Taktik bedeutet haben. Bereits jetzt können wir an die Analyse der Niederlage von 1923 herangehen.

Als Drittes ist es notwendig, ein sorgfältiges Fazit aus der taktischen Erfahrung der Komintern selbst und ihrer Sektionen zu ziehen. In den Jahren 1920/21 durchlebten wir eine Epidemie der Kinderkrankheiten des Radikalismus, die der Abschluß einer ganzen geschichtlichen Epoche der europäischen Arbeiterbewegung war. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß eine ganze Reihe von Lehren, die sich aus dieser Epoche ergeben haben, die Komintern in den Jahren 1923/24 vor einer neuen Epidemie der Linkskrankheit bewahrt haben, da die führende Sektion — die KPR — die Ratschläge Lenins aus der Epoche 1920/21 sich fest eingepägt hatte. Wir hatten bereits Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß auch die deutsche Partei begriffen hat, wie wichtig es ist, sich die Arbeiten Lenins aus dieser Epoche zu vergegenwärtigen, und daß sie den „Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ neu herausgegeben hat. Die ultralinke Bewegung liefert reichhaltiges Material sowohl über praktische Fehler als auch über theoretische Konstruktionen. Diese Bewegung ist sehr kompliziert; denn sie umfaßt die verschiedensten Länder (Deutschland, Italien, Holland, England usw.). Angesichts der gegenwärtigen Rückfälle in die Linkskrankheit ist es schon in der allernächsten Zeit von größter praktischer Bedeutung, ihre Erfahrung zusammenzufassen. Für eine Reihe von Ländern (z. B. für Italien) ist das Studium der von dieser Bewegung begangenen Fehler das wichtigste Moment im Gesamtprozeß der Bolschewisierung der Partei.

Keine historische, sondern eine praktische Frage ist die Rechenschaftslegung über die Erfahrungen der Einheitsfront. Es ist kein Geheimnis, daß in einer Reihe von Sektionen Mißverständnisse bei der Auslegung dieser Frage bis heute noch nicht selten sind. Daneben verfügen wir bereits über Erfahrungen sowohl einer gelungenen als auch einer mißglückten Anwendung der Einheitsfront. Auch aus der theoretischen Diskussion, die in

der KI und den Sektionen seit 1922 vor sich ging, muß das Fazit gezogen werden. Arbeiten über dieses Gebiet wären von Interesse nicht nur als Arbeiten über die Vergangenheit. Für eine ganze Reihe von Sektionen würden sie vielmehr geradezu akut sein.

Wir können nicht (es ist auch nicht notwendig) alle Fragen aufzählen, die unter der Rubrik „Komintern“ studiert werden müssen. Jedenfalls muß aber erwähnt werden, daß es notwendig ist, die historische Erfahrung durchzuarbeiten, die mit den „zentristischen“ Elementen in der Komintern verbunden ist. Zusammengefaßt, werden die Zickzacklinien Serratis und des Frossardismus in Frankreich sowie die Erfahrung, die mit der Evolution solcher Strömungen verbunden ist (die Gruppe Levis in Deutschland und die Höglunds in Schweden), lehrreiches Material liefern, das für die Bolschewisierung einer Reihe von Sektionen (z. B. der tschechischen, teilweise auch der amerikanischen Partei usw.) von Nutzen sein wird.

Zum vierten Fragenkomplex gehören endlich Arbeiten, die die geschichtliche Erfahrung des Bolschewismus den Sektionen der Komintern überliefern. Bis jetzt wurde diese Arbeit ungenügend durchgeführt. Es genügt zu sagen, daß man an die Herausgabe der gesammelten Werke Lenins eben erst herangegangen ist. Die Überlieferung (sei es auch nur die literarische Überlieferung) der Erfahrungen des Bolschewismus erschöpft sich aber nicht mit der Herausgabe dieser gesammelten Werke. (Natürlich ist diese Herausgabe eine der wichtigsten Aufgaben der Kommission zum Studium der Parteigeschichte.) Die Sektionen der Komintern durchleben jetzt Perioden, die in gewissem Maße mit der Vorkriegsepoche des Bolschewismus zu vergleichen sind. Die Kommunistische Partei Chinas sieht sich vor Aufgaben gestellt, die dem russischen Jahr 1905 analog sind. Die italienische Partei und eine Reihe anderer Sektionen befinden sich in einer Lage, die in vielem mit der Epoche 1911/14 identisch ist (illegale Partei und halblegale Arbeitsmöglichkeiten). Die spanische, bulgarische und eine Reihe anderer Sektionen durchleben eine Periode, die in gewissem Grade den Jahren 1907/10 in Rußland entspricht. Parteien, die formell legal sind (z. B. die tschechische, deutsche und andere), stoßen in ihrer Arbeit auf eine Reihe von Problemen, die die bolschewistische Partei in der Vorkriegszeit bewegt haben. Eine Reihe taktischer und organisatorischer Fragen, über die die KPR solide Erfahrungen gesammelt hat — Verbindung der Tätigkeit im Parlament mit dem Massenkampf, Verknüpfung der legalen Arbeitsformen mit den illegalen, Kampf gegen linke Abweichungen (Otsowismus — Ultimatismus), Formen der Agitationsarbeit eines illegalen und eines halblegalen Apparates (darunter der Presse), Formen der Führung des Wirtschaftskampfes der Massen während einer halblegalen Existenz der Gewerkschaften, illegale Arbeit der Betriebszellen, Verknüpfung der laufenden Tagesaufgaben mit den strategischen Aufgaben und viele andere Fragen — all dies sind aktuelle Fragen für fast alle Sektionen der Komintern.

Der zehnte Jahrestag des Oktober liegt nicht mehr hinter den Bergen. Wer könnte aber behaupten, daß sich auch nur die führenden Kreise der Sektionen der Komintern die Erfahrung der Bolschewiki in ihrem Kampf um die Macht angeeignet hätten? Nicht eine, sondern viele Arbeiten sind notwendig, um die Erfahrung des um die Macht geführten Kampfes der ge-

samtan Komintern zu überliefern, und dies nicht „auf russisch“* (d. h. nicht nach Schablone). Sogar ein Übersichtswerk besitzen wir bis heute nicht. (Nebenbei gesagt können auch die russischen Genossen eine solche Arbeit nicht aufweisen.) Kurz: man kann die Sektionen der Komintern nicht im vollen Maße bolschewisieren, ohne ihnen die Erfahrung des Bolschewismus zugänglich gemacht zu haben, darunter auch die Erfahrungen, die durch die Tätigkeit der Kommission zum Studium der Parteigeschichte beim ZK der russischen Partei (Ispart)** überliefert worden sind. Auf diesem Gebiet wird man die Arbeit mit der russischen Studienkommission koordinieren müssen, die bereits über die Erfahrungen einer fünfjährigen Forschungsarbeit verfügt.

III.

Nicht alle von uns angeschnittenen Fragen sind von der gleichen Aktualität. Die Zusammenfassung der Erfahrungen aus der Nachkriegszeit und die Aneignung der geschichtlichen Erfahrungen des Bolschewismus ist wichtiger als das Studium der Vorkriegsepoche. Die Fixierung dieser Erfahrung in einer Reihe von Werken wird natürlich lange Zeit beanspruchen. Die Komintern ist aber in ihrer Tätigkeit in eine Periode eingetreten, wo der revolutionäre Enthusiasmus und die Kampf Stimmung allein für die Vorbereitung der proletarischen Revolution nicht genügen. Man muß die zurückliegende Erfahrung, die seinerzeit begangenen Fehler und die Vergangenheit seiner Feinde kennen.

Diese wichtigste und verantwortungsvollste Arbeit kann von einem Organ bewältigt werden, das die Veteranen der russischen und der internationalen Arbeiterbewegung und die literarischen Kräfte der gesamten Komintern umfaßt. Die Arbeit darf keinen episodenhaften Charakter tragen. Sie muß vielmehr planmäßig betrieben werden, unter Berücksichtigung der Wichtigkeit und der Aktualität der einen oder der anderen Probleme. In den Händen der internationalen Kommission zum Studium der Parteigeschichte konzentriert, muß sie durch diese mit Hilfe der örtlichen nationalen Studienkommissionen geführt werden. Die Schaffung dieser Kommissionen ist gleich nach der Organisation der Internationalen Kommission in Angriff zu nehmen.

Die internationale Kommission zum Studium der Parteigeschichte wird eine unübersehbare Fülle von Arbeit vor sich haben. Bei aktiver Mitarbeit der Sektionen und ihrer aktiven Mitglieder wird aber das Werk viel schneller vor sich gehen, als es auf den ersten Blick scheinen könnte.

IV.

In einem Artikel über den Marseiller Kongreß schrieb unlängst Bauer, daß die Stärke des Kommunismus, d. h. die Stärke der Komintern, in ihrem wirklichen Internationalismus zu suchen ist. Dies stimmt nicht nur in bezug auf die Tagespolitik, sondern auch hinsichtlich der Rechenschaft über die internationalen Erfahrungen der Vergangenheit. Die II. Internationale

* Bei der Bearbeitung des vierten Fragenkomplexes darf man nicht den diesbezüglichen Vorwurf vergessen, den Lenin anlässlich der Resolution des 3. Kongresses der Komintern über Organisationsfragen machte (siehe Rede Lenins auf dem 4. Kongreß, Protokoll Seite 229, deutsche Ausgabe).

** Denn das ausschlaggebende Mittel der Überlieferung des Bolschewismus ist selbstverständlich die politische Führung, die die KPR innerhalb der Komintern innehat.

vermeidet nach wie vor, sich an die Fehler ihrer Sektionen und Strömungen zu erinnern, denn sie ist eine mechanische Vereinigung von Parteien, die mit ihren imperialistischen Vaterländern verbunden sind. Die Parteien der II. Internationale wollen und können nicht das Studium ihrer Vergangenheit (im nationalen und internationalen Maßstabe) unter Berücksichtigung der begangenen Fehler in Angriff nehmen. Der objektive Verlauf der Geschichte zwingt diese Parteien, einen Schleier über die Vergangenheit auszubreiten, denn das Vergangene hat zuviel Verrat am Sozialismus aufzuweisen. Die Komintern und ihre Sektionen sind dem Vermächtnis Marx' und Lenins treu geblieben, die mehr als einmal auf die Notwendigkeit eines systematischen Studiums der vergangenen Kämpfe hingewiesen und dieses Studium als einen bedeutenden Faktor bei der Verbesserung der laufenden Tätigkeit betrachtet haben. Als Parteien der proletarischen Revolution schrecken die kommunistischen Parteien vor der Aufdeckung der eigenen Fehler nicht zurück. Daran werden alle heutigen und noch mehr die morgigen Kämpfer für die kommunistische Weltbewegung lernen.

Im September werden es zehn Jahre her sein, seit die Zimmerwalder Konferenz einberufen wurde, die die ersten Bausteine für das künftige Gebäude der Komintern lieferte. Wir glauben, daß die in Bälde tagende erweiterte Exekutive diesem Jubiläum den besten Ausdruck geben wird, indem sie die Schaffung einer Internationalen Kommission zum Studium der Geschichte der kommunistischen Parteien beschließt.

1. 9. 1925

**G. WALETZKI:
EINE MUSTERPARTEI DER ZWEITEN
INTERNATIONALE ***

Anläßlich des vierzigjährigen Jahrestages der „Belgischen Arbeiter-Partei“ hat Emile Vandervelde, ihr derzeitiger politischer und ideologischer Führer, einen umfangreichen Band herausgegeben, der die Geschichte und gegenwärtige Lage der Partei behandelt. Ungeachtet des apologetischen, zuweilen aufdringlich reklamehaften Charakters des mit zahlreichen Bilderchen (darunter auch dem Bildnis Vanderveldes selbst, der gerade im Begriff ist, an der Front auf Aufforderung des Königs die belgischen Soldaten zur Offensive aufzurufen) geschmückten Buches wird der Leser in demselben auch reichhaltiges lehrreiches Material über die belgische sozialistische Partei finden.

In der Einleitung finden wir Angaben über die Organisation der Partei. Die Grundlage der Organisation ist das Prinzip des Föderalismus, und zwar eines zwiefachen Föderalismus: die Partei stellt einerseits eine Föderation autonomer Provinzorganisationen dar und andererseits eine Föderation von in nationalem Maßstab zusammengefaßten wirtschaftlichen Organisationen, Genossenschaften, Gewerkschaften und Hilfsvereinen. Die rein politischen Organisationen, die nach territorialen Gesichtspunkten gebildet wurden, haben zumeist den Charakter von Klubs und weisen je nach der Provinz (Brüssel, Lüttich, Gent) durchaus abweichende Typen auf. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der Mitglieder gelangt in die Partei über die ihr angeschlossenen wirtschaftlichen Organisationen. So waren beispielsweise im Brüsseler Bezirk von 59 000 Parteimitgliedern (im Jahre 1923) 32 800 über die Gewerkschaften, 19 350 über die Genossenschaften und nur 6850 über die politischen „Arbeiter-Ligen“ in die Partei gelangt. Die Gesamtzahl der Parteimitglieder belief sich im Jahre 1923 auf die imponierende Ziffer von 632 307 Mitgliedern, wobei allerdings eine gewisse Anzahl derselben (die gleichzeitig mehreren Organisationen angehörten) zwei-, sogar dreimal zur Zählung gekommen war.

An der Spitze der Partei steht der Generalrat und das Bureau des Generalrats; von den 17 Mitgliedern des Bureaus werden neun vom Parteitag gewählt, sieben werden aber durch den Vorstand der nationalen Vereinigungen der Gewerkschaften, Genossenschaften und Hilfsvereine bestimmt. Im Generalrat selbst ist die dominierende Stellung der bürokratischen Spitzen der Wirtschaftsorganisationen noch ausgeprägter. Bei Wahlen für den Parteitag haben die Provinzorganisationen das Recht, den Minderheiten eine Vertretung zu versagen. Auf den Parteitag wie im Generalrat ist der überwiegende Einfluß in der Hauptsache den ZK der gewerkschaftlichen Vereinigungen gesichert. So ist es klar, daß die Parteileitung unmittelbar bis zum beginnenden Parteitag gegen das Eindringen oppositioneller Elemente hinlänglich gesichert ist.

Das Budget der Partei für 1923 betrug 364 000 Fr. (nach dem damaligen Kurs zirka 70 000 Rbl.); davon entfielen 248 000 Fr. auf Mitgliederbeiträge. Dieser lächerlich geringe Betrag des Zentralbudgets erklärt sich daraus, daß ein bedeutender Ausgabenteil der Partei direkt von den Provinzorganisationen und den Wirtschaftsvereinigungen gedeckt wird.

*) Emile Vandervelde: Die belgische Arbeiterpartei, 1885—1925. Brüssel 1925. (503 S.)

Der vielleicht interessanteste Teil des Buches ist der erste, der politischen Tätigkeit der Partei gewidmete Teil. Aus den Darlegungen Vanderveldes, der sich übrigens einer unermüdlichen Schönmalerei befliessen zeigt, tritt uns jene lähmende, zuweilen geradezu verräterische Rolle entgegen, die die Führer der belgischen Sozialdemokratie noch in der Heldenperiode der Geschichte der letzteren, in der Periode der Generalstreiks im Kampfe um das allgemeine Wahlrecht gespielt haben. Wir greifen hier zwei in dieser Richtung besonders kennzeichnende Episoden heraus.

Die erste spielt im April 1893. Die Kohlengrubenreviere und alle Industriezentren waren vom Generalstreik betroffen. 200 000 Mann streikten schon eine ganze Woche. Am 17. April — so erzählt Vandervelde — hatten die führenden Mitglieder des Generalrats in Erfahrung gebracht, daß ihre Verhaftung bevorstehe. Darauf begaben sich drei von ihnen, darunter der Erzähler, zu zwei bürgerlich-radikalen Deputierten ins Haus mit dem Ersuchen um Vermittlung bei der Regierung, die ihre Verhaftung beschlossen hatte. Einer der Deputierten fragte da die sozialdemokratischen Führer: „Wenn das Parlament morgen die Einführung des Pluralwahlrechts beschließen sollte — wird da der Streik fortgesetzt werden?“ Die Führer erwiderten: „Nein, wir werden ihn abbrechen . . .“ Darauf der Deputierte nochmals: „Bevollmächtigen Sie uns, diese Antwort dem Premier zu überbringen?“ „Weshalb nicht? Wir machen daraus kein Geheimnis.“ Das Resultat dieses Besuches ließ nicht lange auf sich warten: am anderen Tage hob die Regierung die befohlene Verhaftung der „Führer“ auf, um diesen die Möglichkeit zu geben, den Streik unverzüglich abzublase.

Die zweite, noch prägnantere Episode spielt nach zwanzig Jahren, im April 1913. Der Parteitag hatte beschlossen, am 14. April den Generalstreik zu proklamieren. „Während dieser kritischen Periode“ — so berichtet Vandervelde — „führte ich ein Tagebuch, das, könnte ich es jetzt veröffentlichten, so vieles über jene Kluft dartun würde, die sooft zwischen Schein und Wirklichkeit in der Politik besteht. Ich könnte allerdings gewisse Dinge nicht erwähnen, ohne eine Indiskretion zu begehen; sie würden der Friedensliebe und der politischen Weitsichtigkeit des damaligen Premiers alle Ehre machen; andererseits sind sie allein imstande, jenen Widerstand zu erklären, auf dem einige von uns gegenüber dem einmütigen Wunsche der Arbeitermassen nach Verkündung des Generalstreiks im April 1913 verharren.“ Worin bestanden nun diese „Dinge“? Der Vorsitzende der Antwerpener Handelskammer hatte, beunruhigt durch die Androhung des Generalstreiks, der die Interessen des Antwerpener Hafens schwer treffen mußte, eine heimliche Begegnung zwischen Vandervelde und dem Premier, dem Grafen de Broqueville, herbeigeführt. „Ich kann natürlich nicht veröffentlichen,“ — schreibt Vandervelde im Jahre 1925 — „was bei dieser Begegnung besprochen wurde.“ Was da besprochen wurde, genügte aber vollkommen, um Vandervelde zu veranlassen, sich der Verkündung des Streiks mit allen Kräften zu widersetzen. Als aber der Streik sich dennoch entlud und 450 000 Arbeiter mitriß, da griff Vandervelde nach der von der Regierung in der Kammer abgegebenen, verschwommenen Erklärung, die zweifellos hinter den Kulissen mit den verräterischen „Führern“ der heldenmütigen Arbeitermassen verabredet worden war, um die Kampfesenergie der Streikenden zu unterhöheln und einen Beschluß zur Beendigung des Streiks durchzupfeitschen.

Wie die belgische Sozialistische Partei — „als erste in Europa“, betont mit Stolz Vandervelde — zur Taktik einer direkten Beteiligung an bürgerlichen Regierungen überging, darüber berichtet er folgendes: „Es war in den ersten Kriegstagen. Die Kammer hatte sich zum letztenmal versammelt. Der König rief, um das Land zu schützen, zur Einigung aller auf . . . Der Premier, Graf de Broqueville, verließ unerwartet die Ministerbank, kam auf mich zu und sagte mit gedämpfter Stimme (so!): ‚Wir haben Sie soeben zum Minister

ohne Portefeuille ernannt. Das ist etwas, dem man in einem solchen Augenblick nicht entsagt! Ohne eine Antwort meinerseits abzuwarten, hatte er im nächsten Moment die Tribüne erstiegen, um den Erlaß über meine Ernennung zu verlesen. Von allen sozialistischen Bänken erschallte Händeklatschen, und diese kollektive Antwort diktierte mir mein Einverständnis.“ Wie einfach!

Nach dem Kriege wurde die Beteiligung der belgischen Sozialisten an bürgerlichen Regierungen in erweitertem Maßstabe fortgesetzt. Vandervelde hat auch in der Eigenschaft eines Regierungsdelegierten im Jahre 1920 den Versailler Vertrag unterschrieben (was er in seinem Buche aus irgendeinem Grunde zu erwähnen vergessen hat). Als im Oktober 1921 die inzwischen erstarkte und wieder impertinent gewordene Bourgeoisie die unmittelbaren Dienste der sozialistischen Minister nicht mehr brauchte und einen derselben in provokatorischer Weise ausschiffen wollte, da traten die Sozialisten aus dem Ministerium aus; und das um so leichter, als ja die neuen Parlamentswahlen vor der Tür standen und es doch so viel vorteilhafter war, den Wählermassen als „Oppositionspartei“ gegenüberzutreten. Auf dem nach erfolgter Wahl abgehaltenen Kongreß (November 1921) konstatierte man die „moralische Unmöglichkeit, unter den gegebenen Bedingungen an einer Regierung mit bürgerlichen Parteien mitzutun“. Wie bekannt, fand die Partei Vanderveldes drei Jahre später nach den neuen Wahlen die „moralische Möglichkeit“, in ein bürgerliches Ministerium zurückzukehren, dieses Mal nur im Bunde mit der klerikalen Partei gegen die liberale. Vandervelde war als Minister des Auswärtigen bekanntlich auch einer der aktiven Mitarbeiter am Verträge von Locarno.

Der zweite Teil des Buches beschäftigt sich mit dem Genossenschaftswesen. Vor dem Kriege (im Jahre 1913) belief sich die Mitgliederzahl der sozialistischen, d. h. der Arbeiterpartei angeschlossenen Genossenschaften auf 170 000, der Jahresumsatz pro Genossenschaftsmitglied durchschnittlich auf 380 Fr., im Jahre 1922 waren die entsprechenden Zahlen 225 000 Mitglieder und 1200 Fr. pro Mitglied.

Unter den vier großen Genossenschaften, deren Struktur und Tätigkeit in dem Buche überaus erschöpfend dargestellt sind („Volkshaus“ in Brüssel, „Vooruit“ in Gent, die Genossenschaften der Provinz Hennegau und der „Genossenschaftsverband“ in Lüttich), beansprucht das meiste Interesse der „Vooruit“ in Gent. Charakteristisch für diese Genossenschaft ist es, daß sie eine ganze Reihe von Fabrikunternehmen in Form von Aktiengesellschaften gegründet hat; in diesen Fabriken, zumeist Textilfabriken, sind gegen 5000 Arbeiter beschäftigt. Ein helles Schlaglicht auf den wahren Charakter dieser „genossenschaftlichen“ Unternehmungen wirft eine Diskussion, die auf der belgischen Genossenschaftskonferenz im Jahre 1923 zwischen Anseele, dem Begründer und Leiter der Genossenschaft in Gent, und Boulanger, dem Direktor der Genossenschaft in Micheroux bei Lüttich stattfand. Der erstere verteidigte die Aktien-„Form“ für die durch die Genossenschaften zu gründenden Fabriken, der zweite bekämpfte sie. Aus der Diskussion geht hervor, daß diese Unternehmen in den letzten fünf Jahren für zehn Millionen Frank Aktien auf den Markt geworfen haben. Die ausgeschütteten Dividenden, die von den kapitalistischen Aktionären geschluckt wurden, beliefen sich bis auf 17 Prozent, während die Arbeiter, die in die Genossenschaften ihre Ersparnisse hincingegeben hatten, 4 bis 6 Prozent Jahreszinsen bezogen. Wir erhalten so das groteske Bild, daß die Genossenschaften die Arbeiter in „ihren eigenen“ Fabriken exploitieren, um den Bourgeois-Aktionären immense Dividenden zu zahlen. Anseele erklärte bei der Verteidigung dieser merkwürdigen Genossenschaften:

„Wenn es uns gelänge, alle Ersparnisse der Arbeiterklasse zu mobilisieren, dann könnten wir so grandiose Unternehmen schaffen, daß damit die soziale Frage zu 50 Prozent gelöst wäre... Unsere Tätigkeit muß sich auf vier Linien bewegen: wir

müssen die Ersparnisse der Arbeiterklasse mobilisieren, wir müssen ihre Kaufkraft mobilisieren, und wir müssen ihre Tätigkeit zur Schaffung eines Angestelltenstabes und einer Arbeiterklasse steigern, die das Verständnis für die Organisation der Produktion besitzen. Wenn wir diese Tätigkeit in gebührender Weise entwickeln, so wird nach zwanzig, nach dreißig, nach fünfzig Jahren die Bourgeoisie gestürzt werden, und unsere Söhne werden dann in die Positionen einrücken, die jene gegenwärtig noch innehat.“

Zunächst wollen wir dieser Bourgeoisie noch dazu verhelfen, Dividenden von 17 Prozent zu beziehen!

Vandervelde begleitet die Darstellung der einander widersprechenden Ansichten Anseeles und Boulangers mit überaus amüsanten philosophischen Erwägungen:

„Diese Anschauungen werden mehr als einmal noch aufeinanderstoßen, denn sie sind nichts anderes als eine der Formen des ewigen Kampfes zwischen Opportunismus und Unversöhnlichkeit, zwischen der Politik der Resultate und der Politik der Prinzipien... Boulanger selbst kann es nicht leugnen, daß Anseele dank dieser Abweichung, dank diesen Kompromissen mit dem Kapitalismus im Stile Lenins (!) es vermocht hat, dem normalen Fortschritt der genossenschaftlichen Produktion um zehn, ja um zwanzig Jahre voranzueilen.“

Nach seiner verfehlten Zitierung des Namens Lenin beschließt Vandervelde seine wortreichen Erörterungen mit folgender Morallehre:

„Man darf nicht Sklave demokratischer Formeln werden, man soll aber auch nicht um unmittelbarer Erfolge willen das hinopfern, was der proletarischen Aktie erst ihre Größe und ihren edlen Gehalt verleiht. Weshalb sollen wir die Welt erobern, wenn wir dabei unsere Seele drangeben müssen?“

Kann man sich etwa das Vergnügen versagen, diese poetische Prosa des größten Heuchlers unserer Zeit hierherzusetzen?

Im dritten Teile des Buches entwirft Vandervelde ein Bild der Gewerkschaftsbewegung in Belgien. Kurz vor Ausbruch des Krieges zählte man in den der Arbeiter-Partei angeschlossenen Gewerkschaften 120 000 Mitglieder, zum 31. Dezember 1922 618 000 (ein Jahr vorher 698 000, im Jahre 1920 718 000). Die größten Verbände zählten an Mitgliedern: Metallarbeiter: 129 000, Bauarbeiter: 103 000, Bergarbeiter: 86 000, Postbeamten: 79 000, Textilarbeiter: 62 000. Die Einnahmen der Verbände stellten sich im Jahre 1922 auf 73 Millionen, die Ausgaben auf 59 Millionen und der Kassenbestand auf 49 Millionen Franken.

Den vierten Teil des Buches füllen die Angaben über die Hilfsvereine, die Vandervelde zugleich mit der Arbeiterhochschule als die „originellsten“ und „revolutionärsten“ unter den Organisationen bezeichnet, die von der Arbeiter-Partei im letzten Jahrzehnt geschaffen worden seien.

„Die Zusammenfassung der zentralisierten Hilfsvereine war die Quelle jener Initiative, die danach bestrebt war, die sanitäre Organisation zu revolutionieren, die Medizin durch unsere auf gegenseitige Hilfe gegründete Medizin zu ersetzen.“

Die Sache liegt aber einfach so, daß Belgien in bezug auf Sozialversicherung, und besonders Krankenversicherung, das rückständigste Land auf unserem Kontinent ist, und daß die Werk tätigen solehermaßen gezwungen sind, in Krankheitsfällen die Heilung aus ihren eigenen kargen Mitteln zu bestreiten. Indem sie nun, wiewohl mit großem Verständnis, die Hilfsvereine organisierten, schufen die kompromißlerischen Führer zugleich ein riesenhaftes Hemmnis für den Kampf der Arbeiterklasse um eine Sozialversicherung auf Rechnung der Unternehmer und des Staates und erwiesen so der Bourgeoisie gewaltige Dienste. Die Gesamtmitgliederzahl der Hilfsvereine belief sich am 31. Dezember 1923 auf 388 000 (darunter 51 000 Frauen), eine im Vergleich mit der Ziffer der gewerkschaftlich Organisierten nicht besonders hohe Zahl.

Der letzte Teil des Buches behandelt die „bildende, ästhetische und moralische“ Tätigkeit der Partei und bietet dem Verfasser ein weites Feld zur Anbringung seiner schwülstigen Phraseologie. Wir wollen hier indessen aus dem Meer der Phrasen einige faktische Daten herausgreifen.

Die sechs täglich erscheinenden Presseorgane der Partei haben eine Gesamtauflage von 200 000 Exemplaren (darunter 70 000 in flämischer Sprache). Demgegenüber läßt die Auflage einer einzigen bürgerlichen liberalen Zeitung sportlichen Charakters die Auflage aller sozialistischen Zeitungen zusammengenommen weit hinter sich.

„Die Zentral-Kommission für Arbeiterbildung“ wurde im Jahre 1911 dank einem Geschenke (?) von einer Million Franken, das von dem bekannten Industriellen Solveign gestiftet wurde, gegründet. Das Gesamtbild der Bildungsarbeit der Partei ist keineswegs imponierend. Der Katalog der vom Parteiverlag herausgegebenen Bücher und Broschüren ist gleichfalls ziemlich dürftig.

Die Föderation für Leibeserziehung zählt 15 000, die Föderation der Jugendlichen 22 000 Mitglieder, wobei allerdings auf solche Zentren wie Brüssel und Antwerpen nur einige Hundert entfallen; außerdem ist die Zahl derselben im Rückgang begriffen.

An weiblichen Mitgliedern zählt die Partei gegen 100 000 — eine zweifellos imponierende Zahl. Allerdings hat sich die Partei aus der Befürchtung heraus, es könnten bei Wahlen relativ mehr Frauen als Männer für die Klerikalen stimmen, entgegen dem Wortlaut ihres Programms, der Einführung des Frauenstimmrechts widersetzt.

Am Schlusse versucht es Vandervelde, seine Partei gegen die von den Kommunisten ihr gegenüber vorgebrachte Anschuldigung, daß „sie ihre revolutionäre Flamme ausgelöscht hätte“, in Schutz zu nehmen.

Im allgemeinen enthält das Buch Vanderveldes genügendes Material für das Studium der Sozialistischen Partei Belgiens. Es gibt eine gute Vorstellung von dem komplizierten und elastischen Apparat, der von gewandten Mechanikern zu dem Zwecke gebaut wurde, um die belgische Arbeiterklasse in der Zange zu halten. Ein sorgfältiges Studium dieses Apparates in allen seinen Teilen — nicht nur in denen, die Vandervelde zu beleuchten beliebt — ist für einen erfolgreichen Kampf gegen die sozialverräterische Gewaltherrschaft in Belgien unentbehrlich; denn der Weg zur Befreiung der Werktätigen vom Joche des Kapitalismus führt zunächst über die Befreiung vom Einflusse ihrer sozialverräterischen Führer.

M. RUBINSTEIN:
ROBERT MICHELS, ZUR SOZIOLOGIE DES
PARTEIWESENS IN DER MODERNEN
DEMOKRATIE

Die erste Auflage dieses Buches erschien bereits 1910. Das Buch rief seinerzeit ziemlich großes Interesse hervor, es wurde in verschiedene Sprachen übersetzt und fand starken literarischen Widerhall.

Die zweite Auflage soll bedeutend umgearbeitet und ergänzt sein. Wir haben die erste Auflage nicht bei der Hand, müssen aber feststellen, daß bei der Umarbeitung das gewaltige Tatsachenmaterial aus den stürmischen Nachkriegsjahren vollständig übergegangen worden ist. Der Verfasser operiert ausschließlich mit Beispielen, Erfahrungen und Literatur aus der Vorkriegszeit. Er mag von der Existenz ewiger, unumstößlicher, sich immer wiederholender Gesetze überzeugt sein. Um auch den skeptischen Leser dazu zu bringen, hätte es nicht geschadet, wenn er seine Argumentation mit den Erfahrungen der modernen Arbeiterbewegung ergänzt hätte.

Allerdings bemerkt der Verfasser selbst, daß er in diesem Buche aus verschiedenen Gründen von der Untersuchung des Faschismus und des Bolschewismus absehe.

So befaßt sich Michels in seinem Werk zu neun Zehnteln mit der soziologischen Analyse der westeuropäischen politischen Parteien und der reformistischen Gewerkschaftsbewegung.

Der Inhalt dieses zweifellos interessanten und in vieler Hinsicht eigenartigen Werkes hinterläßt einen äußerst zwiespältigen Eindruck.

Einerseits zeugt dieses Buch, fast im selben Maße wie das klägliche Geschreibsel Sombarts aus der letzten Zeit, von der Sackgasse, in die sich die bürgerliche Soziologie fest und hoffnungslos verirrt hat.

Ähnlich der historischen Schule in der politischen Ökonomie, von der Rosa Luxemburg treffend sagte, daß sie „kleinlichen Tatsachenkram mit Ameisenfleiß zu einem Abfallhaufen der Geschichte zusammenträgt“, macht es auch unser Verfasser. Auf 500 Seiten registriert er fein säuberlich eine Unmenge einzelner Tatsachen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, eine Reihe von Biographien, Anekdoten, Zitaten in allen europäischen Sprachen. Das wird aber ohne die Analyse der gesellschaftlichen Beziehungen gemacht (diese gewaltige Waffe liefert einzig und allein der historische Materialismus) und bleibt daher nichts als eine schlecht zusammengefügte Sammlung von Tatsachen, die nur in der Einbildung des Verfassers von einer einheitlichen Idee — dem „allgemeinen Weltentwicklungsgesetz“ — zusammengehalten wird.

Dieses Gesetz, unter das der Verfasser den gesamten Inhalt seines Buches zu bringen versucht, ist das „eiserne Gesetz der Oligarchie“.

Michels meint, er sei zu diesem Gesetz auf empirischem Wege gekommen, ähnlich wie man Naturgesetze entdeckt. Seiner Meinung nach entsteht die Oligarchie organisch und mit eherner Gesetzmäßigkeit aus jeder Form der Demokratie, speziell entsteht sie in jeder Arbeiterorganisation. Jede Arbeiterpartei sei eine mächtige Oligarchie auf kläglichen demokratischen Füßen ... Die Masse sei — wiederum organisch und auf ewig — zu regieren unfähig. Sie sei vollkommen amorph und indifferent, benötige immer jemanden zur Verteilung ihrer Arbeit, müsse ständig geführt werden. Sie verlange diese Führung, und die Überzeugung, sie sei imstande, auf ihre Führer irgendwie einzuwirken, sei nichts als kläglicher Betrug oder Selbstbetrug. Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung sei ein ewig wiederkehrender Ansturm der demokratischen Wellen gegen die

Felsen der Oligarchie, ein Zerschellen an diesen Felsen, ein neuer Ansturm usw. ohne Ende. Ein endloser Kampf der demokratischen Opposition gegen die Oligarchie, eine Umwandlung der Demokratie in Oligarchie, ein Verwachsen mit der Oligarchie, ein Entstehen einer neuen demokratischen Opposition usw. Wo ist nun der Ausweg? Mitunter bemerkt man bei Michels Sympathien zum Faschismus. Am Ende des Buches hält er es jedoch für nützlich, diese seine „Umwandlung“ (in weiter Vergangenheit war er „linker Sozialdemokrat“) nicht besonders hervorzuheben, und schließt ziemlich unerwartet mit der Schlußfolgerung, „man könne die Demokratie nicht finden, aber es sei nützlich, sie zu suchen“. Damit kehrt er zurück zu dem berühmten revisionistischen Glaubenssymbol: „Das Ziel ist nichts, die Bewegung alles.“ Diese Schlußfolgerung steht in keinem Zusammenhang mit der vorhergehenden Darlegung. Auch alle anderen Konstruktionen und Verallgemeinerungen sind miteinander sehr vage verknüpft.

All diese „soziologischen“ Verallgemeinerungen würden eine Betrachtung dieses „größten Werkes der modernen Soziologie“, wie dies Buch von den Sozialdemokraten und den Rezensenten des Untermertums genannt wird, nicht lohnen.

Aber das Werk hat auch eine andere Seite. Die große Belesenheit des Verfassers, sein wenn auch nicht tief-, so doch außerordentlich weitgehendes Vertrautsein mit der Geschichte der Arbeiterbewegung (besonders in Italien und anderen lateinischen Ländern), seine unzweifelhafte Beobachtungsgabe und die Fähigkeit zu partiellen Verallgemeinerungen haben es ihm ermöglicht, ein außerordentlich klares Bild der Verwesung und „Umwandlung“ des Apparates der sozialistischen Parteien und der reformistischen Gewerkschaften zu entwerfen.

Ohne eine einigermaßen wertvolle Analyse der sozialen und ökonomischen Grundlagen des Reformismus als Übergang eines Teiles der Arbeiterbewegung auf die Seite der Bourgeoisie zu geben, beschreibt Michels sehr gut den Mechanismus dieses Überganges und analysiert ihn auch zum Teil.

Die Zusammensetzung und die Bedeutung des führenden Apparates der sozialistischen Parteien; die Rolle der „Weggenossen“ — des Kleinbürgertums und der Intelligenz —; die Auslese und die Aufsaugung der in den Parteiapparat geratenen Arbeiter und ihre „Verbürgerlichung“ unter dem Einfluß der neuen Lebensverhältnisse, des Parlaments und ihrer Funktionen im kapitalistischen Staate; die Rolle und der soziale Charakter der Gewerkschaftsbureaukratie, auf die ehemals die Hoffnung gesetzt wurde, daß sie die Arbeiterbewegung von „den radikaltuenden sozialistischen Intellektuellen befreien“ werde; die Art, in der die Partei- und Gewerkschaftsbureaukratie sich der Abstimmungen, Kongresse usw. bedient, der angeblich demokratischen Methoden zur Errichtung faktischer Unabsetzbarkeit und Unkontrollierbarkeit eines Häufleins von Führern; die Rolle des administrativen und des Finanzapparates in Parteien und Verbänden; die Ausnutzung der Presse; die faktische Unabhängigkeit und die Herrschaft der Parlamentsfraktionen in den sozialistischen Parteien; die „Umwandlung“ der Genossenschaften usw. — all dies zieht in Einzelfällen zwar übertrieben oder ungenügend begründet, im großen und ganzen aber äußerst klar und überzeugend an dem Leser vorüber.

Wir können hier bei den Einzelheiten dieses Bildes und bei den Hunderten von Fragen, die bei den einzelnen Teilen dieses ungleichmäßigen, trotz des äußerlich einheitlichen Titels manchmal chaotisch bunten Buches entstehen, nicht verweilen.

Viele dieser Fragen sind für die Arbeiterbewegung auch jetzt aktuelle Probleme. Wenn auch die hilflosen Schlußfolgerungen und Verallgemeinerungen Michels' für die kommunistischen Parteien des Westens von keiner Bedeutung sind, kann vieles aus dem angeführten Tatsachenmaterial und den aufgerollten Fragen — in der Beleuchtung der revolutionären marxistischen Theorie — dem Klassenkampf des Proletariats recht dienstbar sein.

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Sonderheft

PROBLEME DES OSTENS

INHALT

Die nationalrevolutionäre Bewegung in China und die Taktik der KP Chinas — Heller: Die Arbeiterbewegung in China — Tschervonnij: Die Vorgänge in Persien — Kitaigorodski: Syrien im Kampf um seine Unabhängigkeit — Katayama: Das allgemeine Wahlrecht in Japan — Wassiljew: Die proletarische Partei Japans — Semaon: Der internationale Imperialismus und die KP Indonesiens — Petrow: Die nationale Frage und die Arbeiterbewegung in Südafrika — Kitaigorodski: Die Arbeiterbewegung in der Türkei — J. P.: Die Arbeiterkonferenzen in Asien und am Pazifik

88 Seiten

1,50 Mk.

Heft 1—6 und 7—12 in zwei Halbjahresbänden, Ganzleinen. — Preis je 10 Mark

Einbanddecken, Ganzleinen, für beide Halbjahresbände, je 1 Mark

VERLAG CARL HOYM NACHF.

In Kürze erscheint

UNTER DEM BANNER DES MARXISMUS

HEFT 3

INHALT:

Deborin: Materialistische Dialektik und Naturwissenschaft — Thalheimer: Die Auflösung des Austromarxismus — Rudas: Graziadei — ein Ökonom und Kommunist von Gottes Gnaden — Max Levien: Bertrand Russels „ABC der Atome“ — N. Marr: Über die Entstehung der Sprache — Timirjasew: Engels und die Naturwissenschaft — Luppold: Die fällige Widerlegung des Marxismus

PREIS

Einzelheft	Reichsmark	3,—
Abonnement auf drei Hefte	„	9,—
Abonnement auf sechs Hefte	„	18,—

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK